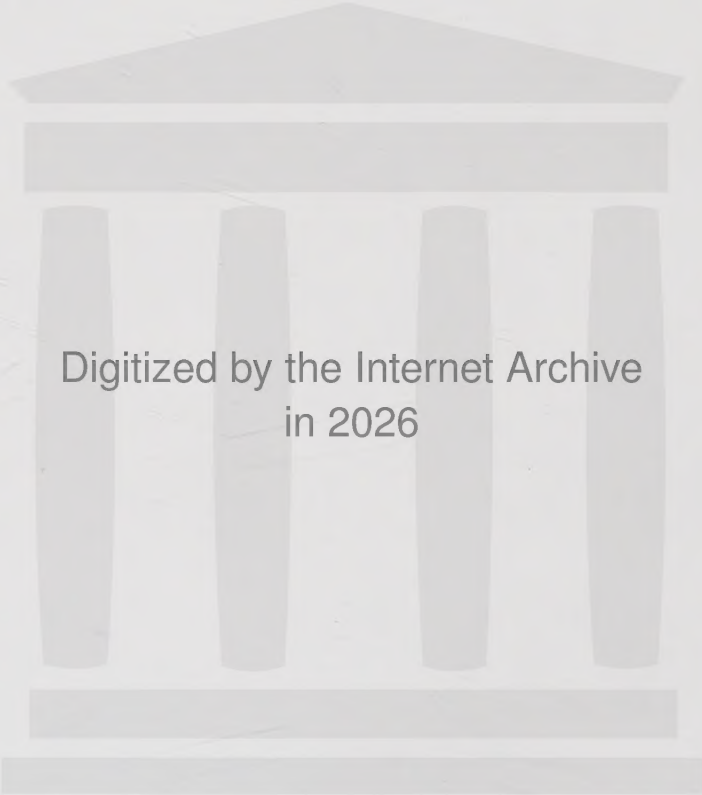


**Das Tier als Sache —
das Tier als Lebewesen
die rechtliche Behandlung des Tieres**

Susanne Kobler

1975



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Aus der Medizinischen Klinik Lehrstuhl I
des Fachbereichs Tiermedizin der Universität München
geschäftsf. Vorstand: Prof. Dr. G. Dirksen
Arbeit angefertigt unter Leitung von Prof. Dr. H. KRAFT

DAS TIER ALS SACHE - DAS TIER ALS LEBEWESEN
DIE RECHTLICHE BEHANDLUNG DES TIERES

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der tiermedizinischen Doktorwürde
des Fachbereichs Tiermedizin der Ludwig-Maximilians-Universität
München

von
Susanne Kobler
aus
Rosenheim

München 1975

Gedruckt mit Genehmigung des Fachbereichs

Tiermedizin der Universität

München

Dekan: Prof. Dr. B. Vollmerhaus

Referent: Prof. Dr. H. Kraft

Korreferent: Prof. Dr. Dr.h.c. L. Kotter

Tag der Promotion: 18. Juli 1975



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. EINLEITUNG	1
B. LITERATUR	2
Das Tier im Bürgerlichen Gesetzbuch	2
Kaiserliche Verordnung	4
Tierschutzgesetz von 1933	21
Tierschutzgesetz von 1972	23
Verordnung über das Halten von Hunden im Freien	28
C. EIGENE UNTERSUCHUNGEN UND ERGEBNISSE	34
Das Tier im BGB	34
Sachbegriff und Tierschutz	65
Tierschutzgesetz	84
Tierhaltung in Mietwohnungen	167
D. DISKUSSION	176
E. ZUSAMMENFASSUNG	195
SUMMARY	196
F. LITERATURVERZEICHNIS	197

A. EINLEITUNG

Im Bürgerlichen Gesetzbuch wird das Tier juristisch als Sache, im Tierschutzgesetz dagegen als Lebewesen behandelt. Da es sich in den meisten Auseinandersetzungen vor Gericht um zivilrechtliche Verfahren handelt, erscheint hier immer nur das "Tier als Sache".

Meine Aufgabe im Rahmen dieser Dissertation war es, die unterschiedliche Rechtssprechung bei der Urteilsfällung herauszustellen. Dazu lagen mir willkürlich ausgewählte Gerichtsakten sowohl aus dem Zivilrecht als auch aus dem Strafrecht vor.

Bei einigen Fällen konnte ich in Gerichten die vollständigen Akten einsehen. Zum grossen Teil ging ich jedoch nur von den mir vorliegenden Urteilsabschriften, Einstellungsbescheiden, Schriftwechsel zwischen den Parteien oder Zeitungsausschnitten aus.

Berücksichtigt wurden Tierschutzgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch, Viehseuchengesetz, Jagdgesetz und andere einschlägige Gesetze und Verordnungen.

Bei dieser Arbeit sollten keine Eingriffe in die juristische Urteilsfindung erfolgen, sondern aus tierärztlicher Erfahrung und tierschützerischer Sicht Vorschläge für zukünftige Verfahren gemacht werden.

B. LITERATUR

Das BÜRGERLICHE GESETZBUCH (BGB) vom 18. August 1896, in Kraft getreten am 1. Januar 1900, bildet die Grundlage des gesamten deutschen bürgerlichen Rechts (Privatrechts).

Den Gegensatz bildet das öffentliche Recht, das die Rechtsnormen umfaßt, welche sich auf das Verhältnis des Einzelnen zum Staat und zu den übrigen Trägern öffentlicher Gewalt oder auf das Verhältnis solcher Verbindungen untereinander beziehen.

Das Bürgerliche Recht, auch Zivilrecht oder Privatrecht genannt, umfaßt die Rechtssätze, welche sich auf die Rechtsverhältnisse der Menschen als einzelne zueinander beziehen. Sie umfassen insbesondere das Familien- und Vermögensrecht.

Das BGB enthält 2385 Paragraphen in 5 Büchern:

- I. Allgemeiner Teil (allgemeine Rechtsbegriffe)
- II. Recht der Schuldverhältnisse (Verhältnis zwischen dem Leistungsberechtigten = Gläubiger und dem zur Leistung Verpflichteten = Schuldner)
- III. Sachenrecht (Verhältnis zwischen Person und Sache)
- IV. Familienrecht (bürgerliche Ehe, Verwandtschaft, Vormundschaft)
- V. Erbrecht (Übergang des Vermögens eines Verstorbenen)

Im Rahmen dieser Dissertation war nur das II. Buch und hiervon wieder nur der Erste Titel (Kauf und Tausch) des VII. Abschnittes von Bedeutung:

BÜRGERLICHES GESETZBUCH VOM 18. AUGUST 1896

VII. Abschnitt: Einzelne Schuldverhältnisse

Erster Titel: Kauf, Tausch

I. Allgemeine Vorschriften

§§ 433 - 458

II. Gewährleistung wegen Mängel der Sachen

§ 459 Grundsatz der Gewährleistung

1. Der Verkäufer einer Sache haftet dem Käufer dafür, daß sie zu der Zeit, zu welcher die Gefahr auf den Käufer übergeht, nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder den nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern. Eine unerhebliche Minderung des Wertes oder der Tauglichkeit kommt nicht in Betracht.
2. Der Verkäufer haftet auch dafür, daß die Sache zur Zeit des Übergangs der Gefahr die zugesicherten Eigenschaften hat.

§ 460 Ausschluß der Gewährleistung

Der Verkäufer hat einen Mangel der verkauften Sache nicht zu vertreten, wenn der Käufer den Mangel bei Abschluß des Kaufes kennt. Ist dem Käufer ein Mangel der im § 459 Absatz 1 bezeichneten Art infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben, so haftet der Verkäufer, sofern er nicht die Abwesenheit des Fehlers zugesichert hat, nur, wenn er den Fehler arglistig verschwiegen hat.

§ 461 Pfandverkauf

§ 462 Wandelung und Minderung

Wegen eines Mangels, den der Verkäufer nach den Vorschriften der §§ 459, 460 zu vertreten hat, kann der Käufer Rückgängigmachung des Kaufes (Wandelung) oder Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) verlangen.

§ 463 Schadensersatz

Fehlt der verkauften Sache zur Zeit des Kaufes eine zugesicherte Eigenschaft, so kann der Käufer statt der Wandelung oder Minderung Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen.

Das gleiche gilt, wenn der Verkäufer einen Fehler arglistig verschwiegen hat.

§ 464 Notwendiger Vorbehalt

§ 465 Vollziehung von Wandelung und Minderung

§ 466 Ausschlußfrist für Wandelung

§ 467 Durchführung der Wandelung

§ 468 Zusicherung der Grundstücksgröße

§ 469 Wandelung bei Gesamtpreis, Verkauf mehrerer Sachen

§ 470 Haupt- und Nebensache

§ 471 Teilwandelung bei Gesamtpreis

§ 472 Berechnung der Minderung

§ 473 Sachleistungen als Kaufpreis

§ 474 Mehrere Beteiligte

§ 475 Mehrmalige Gewährleistung

§ 476 Vertraglicher Gewährleistungsausschluß

§ 477 Verjährung

§ 478 Erhaltung der Einrede

§ 479 Aufrechnung

§ 480 Gattungskauf

§ 481 Viehkauf - beschränkte Anwendung des allgemeinen Kaufrechts

§ 482 Gewährfristen und Hauptmängel

1. Der Verkäufer hat nur bestimmte Fehler (Hauptmängel) und diese nur dann zu vertreten, wenn sie sich innerhalb bestimmter Fristen zeigen (Gewährfristen).
2. Die Hauptmängel und die Gewährfristen werden durch eine mit Zustimmung des Bundesrats zu erlassende Kaiserliche Verordnung bestimmt. Die Verordnung kann auf demselben Wege ergänzt oder abgeändert werden.

VERORDNUNG BETREFFEND DER HAUPTMÄNGEL UND GEWÄHRFRISTEN
BEIM VIEHHADEL VOM 24. MÄRZ 1899

§ 1 Für den Verkauf von Nutz- und Zuchttieren werden bei Pferden, Eseln und Maultieren 6 Hauptmängel, bei Rindvieh und Schweinen je 2 und bei Schafen 1 Hauptmangel aufgezählt.

§ 2 Für den Verkauf solcher Tiere, die alsbald geschlachtet werden sollen und bestimmt sind als Nahrungsmittel für Menschen zu dienen (Schlachttiere) werden bei Einhufern, Rindvieh und Schafen je 1 und beim Schwein 3 Hauptmängel erwähnt.

§ 483 Fristbeginn (.... mit Ablauf des Tages, an dem die Gefahr auf den Käufer übergeht.)

§ 484 Mängelvermutung (.... wenn sich ein Hauptmangel innerhalb der Gewährfrist zeigt, wird vermutet, daß er schon zur Zeit des Gefahrübergangs vorhanden war.)

§ 485 Rechtsverlust (.... Anzeigepflicht des Käufers)

§ 486 Fristverlängerung (.... durch Vertrag Verlängerung oder Abkürzung der Frist möglich)

§ 487 Ausschluß der Minderung (.... Käufer kann nur Wandlung verlangen)

§ 488 Nebenkosten (.... Ersatz von Kosten für Fütterung, Pflege, tierärztliche Untersuchung und Behandlung, sowie bei notwendiger Tötung und Wegschaffung des Tieres)

§ 489 Versteigerung (.... Öffentliche Versteigerung und Hinterlegung des Erlöses möglich, sobald die Besichtigung des Tieres nicht mehr nötig)

§ 490 Verjährung der Mängelansprüche des Käufers (...6 Wochen nach Ende der Gewährfrist)

§ 491 Gattungsviehkauf

§ 492 Zusicherung - Erweiterung der Gewährfrist durch einen Vertrag

§ 493 Entsprechende Anwendung (.... auf andere Verträge)

III. Besondere Arten des Kaufes

1. Kauf auf Probe, Kauf nach Probe §§ 494 bis 496

2. Widerkauf §§ 497 bis 503

3. Vorkauf §§ 504 bis 514

IV. Tausch

Weil die gesetzliche Gewährleistung mit der Kaiserlichen Verordnung aus dem Jahre 1899 so unzureichend ist, empfiehlt EIKMEIER (4) folgende Grundsätze zu beachten:

Die beste Art ohne Schaden und Enttäuschungen zu einem Pferd zu kommen, ist der Kauf auf Probe mit einer Probezeit von 10 - 14 Tagen. Währenddessen hat der Käufer ausreichend Gelegenheit, das Pferd auf seinen Gesundheitszustand und seine Leistungsfähigkeit untersuchen zu lassen. Er kann in Ruhe prüfen, ob es reiterlich für ihn geeignet ist. Sagt ihm das Pferd aus irgendeinem Grunde nicht zu, kann er es ohne weiteres zurückgeben, d.h. er braucht nicht einmal Gründe dafür zu nennen, also auch keinen Mangel zu beweisen. Lediglich für Futter und Pflege muß der Käufer aufkommen; die Nutzung, die er während der Probezeit gezogen hat, braucht er dem Verkäufer nicht zu vergüten. Der Kauf auf Probe wird erst perfekt, wenn die Probezeit ohne Einspruch des Käufers abgelaufen ist oder wenn der Käufer erklärt, das Pferd gefalle ihm, er behalte es usw. Erst von diesem Moment an geht die Gefahr auf den Käufer über, d.h. er hat nun erst das Risiko einer Erkrankung, des Verlustes usw. zu tragen.

Nicht so günstig - auch wenn es auf den ersten Blick so scheinen mag - ist der Kauf auf Probe mit Umtauschvereinbarung. Zu den Vorteilen des Kaufes auf Probe (bei Nichtgefallen Zurückgabe des Tieres) kommt der Nachteil des Umtausches. Der Käufer bekommt nicht sein Geld zurück, sondern muß ein anderes Pferd vom Verkäufer nehmen.

Wenn der Verkäufer den Kauf auf Probe aber ablehnt, empfiehlt sich der Versuch, die Gewährleistung gesund und fehlerfrei mit einer Gewährfrist von 14 Tagen vertraglich zu vereinbaren. Da beim Pferdehandel viel geredet wird und selten ein Verkäufer nicht sein Pferd anpreist und lobt als gesund und tadellos, einwandfrei, reell usw. empfiehlt sich dringend die schriftliche Vertragsform.

Gesund sein heißt frei sein von Erkrankungen. Das allein würde als Gewährleistung aber nicht genügen, denn ein gesundes Pferd, das aber Beißer, Schläger, widersetzlich, scheu usw. ist, kann dadurch für die beabsichtigte Dienstleistung völlig ungeeignet sein. Die Gewährleistung gesund und fehlerfrei findet nun dadurch eine Einschränkung, daß vom Gesetzgeber unbedeutende und unerhebliche Erkrankungen und Mängel ausgenommen sind. Der Verkäufer haftet mit anderen Worten nicht für alle Kleinigkeiten. Der Umfang der Gewährleistung "gesund und fehlerfrei" wird durch den § 459 BGB bestimmt. Danach ist ein Fehler nicht nur dann als erheblich zu betrachten, wenn er die Dienstbrauchbarkeit beeinträchtigt, sondern auch schon, wenn er den Kauf- oder Handelswert schmälert. Verschiedene Untugenden des Pferdes, z.B. Weben oder Lippenschlagen, beeinträchtigen zwar kaum den Dienstgebrauch, in Reiterkreisen genießen sie aber einen so schlechten Ruf, daß für solche Pferde nie der volle Preis gezahlt wird. Aus diesem Grunde sind im Sinne des § 459 BGB auch diese an sich harmlosen Mängel als erheblich zu betrachten.

Die Vereinbarung einer Gewährfrist ist außerordentlich wichtig. Sie verschafft dem Käufer große Vorteile, denn er braucht nicht zu beweisen, daß der Fehler beim Übergang der Gefahr schon vorhanden war. Er muß lediglich nachweisen - und das bereitet erfahrungsgemäß kaum Schwierigkeiten - daß sich der Mangel innerhalb der Gewährfrist gezeigt hat. Wenn eine Gewährfrist vereinbart wurde, gilt nach § 484 BGB die Rechtsvermutung, daß der Fehler - einerlei ob Haupt- oder Vertragsmangel - schon beim Übergang der Gefahr vorhanden war.

Jede Gewährfrist - auch die vertragliche - ist automatisch mit einer Anzeigefrist verbunden. Diese beträgt 2 Tage und beginnt mit Ablauf der Gewährfrist bzw. im Falle des Todes oder der Schlachtung mit dem auf den Todestag folgenden Tag. Versäumt der Käufer diese Frist, so verliert er alle ihm wegen des Mangels zustehenden Rechte.

Die einzige Ausnahme ist, wenn der Verkäufer ihm den Mangel arglistig verschwiegen hat. Die ordnungsgemäße Anzeige eines Mangels hat die richtige Diagnose zur Voraussetzung, denn eine falsche Anzeige steht einer unterlassenen rechtlich gleich.

Wie bereits erwähnt, umfasst die Gewährleistung "gesund und fehlerfrei" nur die erheblichen Mängel, nicht die Kleinigkeiten. Das ist anders bei der Zusicherung "gesund und fehlerfrei mit einer Gewährfrist von 14 Tagen". Die Zusicherung erstreckt sich auch auf die unerheblichen Mängel, ferner bietet sie den Vorteil, dass der Verkäufer auch dann haftet, wenn der Käufer den Mangel infolge grober Fahrlässigkeit beim Kaufabschluss übersehen hat. Schließlich erlangt der Käufer bei einer Zusicherung auch das Recht, statt der Wandelung Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen.

Wenn der Käufer einen geeigneten Tierarzt zur Verfügung hat, bewährt sich auch der suspensiv bedingte Kauf (aufschiebend bedingter Kauf). Durch Vereinbarung wird der Kauf erst dann perfekt, wenn die Untersuchung des Pferdes durch einen Tierarzt oder durch eine Klinik keine Beanstandungen ergibt. Bis zu diesem Zeitpunkt gehört das Pferd noch dem Verkäufer.

Bei den Kaufverhandlungen muß der Verkäufer nur die Mängel dem Käufer mitteilen, für die er Gewähr leistet. Da die gesetzliche Gewährleistung beim Pferdekauf nur ungenügend ist, empfehlen sich also folgende vertragliche Vereinbarungen:

- Kauf auf Probe mit einer Probezeit von 14 Tagen -
- Gewährleistung gesund und fehlerfrei mit einer Gewährfrist von 14 Tagen -
- Zusicherung gesund und fehlerfrei mit einer Gewährfrist von 14 Tagen -

- Wirksamwerden des Kaufes, wenn die tierärztliche Untersuchung keine Beanstandung ergeben hat (aufschiebend bedingter Kauf) -

Zur Definition des Begriffs "Sache" (§ 90 BGB "Sachen im Sinne des Gesetzes sind nur körperliche Gegenstände") schreibt PALANDT (16):

Die Sache ist ein begrenztes Stück der den Menschen umgebenden Natur, ein nach natürlicher Anschauung für sich bestehender im Verkehrsleben besonders bezeichneter und bewerteter körperlicher Gegenstand (fest, flüssig oder gasförmig). Die Wahrnehmbarkeit durch den Tastsinn (im römischen Recht Unterscheidungsmerkmal zwischen "res corporales" und "res incorporales") ist nicht mehr entscheidend.

Praktische Bedeutung des Begriffs Sache:

Nur Sachen können Gegenstand des Besitzes, des Eigentums und der meisten anderen dinglichen Rechte sein. Auch gewisse Vorschriften des Schuldrechts setzen als Gegenstand eine Sache voraus (Sachmängelhaftung beim Kauf, Miete, Leihe, Verwahrung). Auf andere Gegenstände als Sachen finden diese Vorschriften keine unmittelbare Anwendung, ob entsprechende ist Frage der Gesetzesauslegung.

GUNST (8) faßt über "Das Tier im privaten Recht" folgendes zusammen:

Das Deutsche Privatrecht wird wesentlich bestimmt durch das 1896 geschaffene und 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch. Das BGB befaßt sich nur an einigen wenigen Stellen mit dem Recht der Tiere.

In den §§ 481 bis 492 BGB ist vom Viehkauf die Rede. Das bedeutet, daß hier besondere Vorschriften für den Handel mit Pferden, Rindern, Schafen und Schweinen geregelt sind.

Nach § 601 BGB hat der Entleiher bei der Leihe eines Tieres die Fütterungskosten zu tragen.

Laut § 833 BGB haftet der Tierhalter für Schäden, die durch ein Tier verursacht werden. Gemäß § 834 BGB gilt das Gleiche für den Tierhüter. Die Bestimmung des § 835, die sich mit dem Wildschaden befaßt, ist inzwischen in das Bundesjagdgesetz übernommen worden.

§ 960 BGB befaßt sich sodann mit den wilden Tieren, die herrenlos sind, sobald sie sich in Freiheit befinden.

Schließlich befaßt sich das BGB in den §§ 961 bis 964 noch ausführlich mit dem Bienenschwarm und den damit zusammenhängenden Rechtsverhältnissen.

Im übrigen wird das Tier nach dem System des BGB stets als Sache im Sinne des § 90 BGB behandelt, d.h. als körperlicher Gegenstand, wie z.B. ein Auto, ein Schrank, ein Teppich oder ein Pfund Tomaten. Im Unterschied zu Grundstücken gehören die Tiere nach dem BGB zu den beweglichen Sachen. Solange ein Hase also im Walde frei herumläuft, ist er eine herrenlose Sache, in dem Moment, wo er erschossen am Boden liegt, ist er eine bewegliche Sache geworden.

Das System des BGB ist hinsichtlich der Behandlung der Tiere grundlegend zu verbessern. Vorerst ist im allgemeinen Teil des BGB der Begriff des Tieres als besonderer Art lebendigen Gegenstandes mit Sonderrechtseigenschaften hervorzuheben. Das Tier ist von toten Sachen abzuheben und als lebendige Sache zu definieren. Dabei sind zu unterscheiden:

1. freilebende Tiere
2. Nutztiere
3. Haustierte

Die freilebenden Tiere sind wie im bisherigen System des BGB als herrenlos zu bezeichnen, d.h. sie stehen in keinem Rechtsverhältnis zu einem Menschen, es sei denn es besteht ein Aneignungsrecht des Jagdpächters.

Die Nutztiere, die im wesentlichen dem Erwerb des Menschen dienen und die für die menschliche Ernährung und das menschliche Fortkommen gebraucht werden, spielen meist als Handelsobjekt eine Rolle. Sie sind als etwas Lebendiges zu behandeln, für das der neue Begriff Nutztier geprägt und ein besonderer Rechtsschutz gefordert werden muss.

Wichtig für eine Revision des bisherigen Systems des BGB ist eine besondere Hervorhebung der Haustiere, d.h. derjenigen Tiere, die mit dem Menschen in häuslicher Gemeinschaft wohnen, die ihm als treue Helfer und Kameraden bei seiner täglichen Arbeit zur Seite stehen oder auch nur zu seiner Freude ihren Daseinszweck erfüllen. Dabei ist hauptsächlich an Hunde, Katzen, Vögel usw. gedacht.

Wo das Bürgerliche Gesetzbuch von Vieh, landwirtschaftlichem Inventar und dergleichen spricht, ist also stets das Wort Nutztiere einzusetzen. Anstelle des Ausdrucks "Früchte eines Tieres" sollte es im zukünftigen § 99 BGB besser "Abkömmlinge eines Tieres" heißen. Ferner sind einige wichtige Bestimmungen in das BGB aufzunehmen, die dem Schutze der Tiere, insbesondere der Haustiere dienen. So sollte in den §§ 242 BGB eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach ein Vertrag nichtig ist, der die Tötung eines Tieres zum Inhalt hat.

Wer ein Tier geschenkt erhält, hat die Verpflichtung für das Tier zu sorgen. Dasselbe gilt für den Finder eines zugelaufenen Haustieres, der für dessen anständige Fütterung zu sorgen hat. Sollte der Finder dazu nicht in

der Lage sein, so muß er verpflichtet werden, das Tier an ein Tierheim abzugeben. Auch der Verwahrer eines Tieres ist zur anständigen Fütterung verpflichtet, genauso wie der Entleiher. Wer in einem Testament einem Erben oder Vermächtnisnehmer ein Tier vermacht, hat gleichzeitig dafür zu sorgen, daß der Berechtigte nach seinem Tode das Tier gut betreut. Sollte der Erbe oder Vermächtnisnehmer die Betreuung nicht übernehmen können, so muß er die Erbschaft insoweit abschlagen. In diesem Fall ist das Tier einem Tierheim zuzuführen, falls sich kein anderer Verwandter findet, der sich für das Tier interessiert. Der Erbe, Nachlaßverwalter oder Testamentvollstrecker hat für Tiere zu sorgen, die sich in dem Nachlaß befinden und sie notfalls einem Tierheim auf Kosten des Nachlasses zur Betreuung zu übergeben.

Ferner ist in das BGB aufzunehmen, daß Haustiere nicht gepfändet werden können und auch nicht verpfändet werden dürfen, daß Haustiere nicht versteigert werden können und daß im Falle eines Vermögensverfalls des Tierhalters nicht eine Versteigerung stattfindet, sondern ein freihändiger Verkauf durch ein Tierheim.

Die bereits bestehende Pfändungseinschränkung nach § 811 ZPO ist auf alle Haustiere auszudehnen und nicht mehr wertmäßig zu begrenzen, sondern allenfalls zahlenmäßig, d.h. daß mindestens 1 Haustier nach freier Wahl unpfändbar bleibt.

Als äußerst wichtige Bestimmung ist in das BGB aufzunehmen, daß ein Vermieter dem Mieter die Haltung von Haustieren nur dann verbieten darf, falls dadurch die Rechte anderer erheblich beeinträchtigt werden. Eine derartige Bestimmung ist dringend notwendig wegen der Rechtsunsicherheit, die wegen unterschiedlicher Gerichtsurteile auf diesem Gebiet herrscht, zumal bei der derzeitigen Wohnungsknappheit viele hunde- oder katzenfreundliche Mieter unter den Abschaffungsforderungen unvernünftiger Hauseigentümer oder gewissenloser Grundstücksgesellschaften zu leiden haben.

Schließlich ist beim § 847 BGB eine zusätzliche Bestimmung aufzunehmen, wonach dem Halter eines Haustieres ein Schmerzensgeldanspruch zusteht, wenn dem Halter ein ideeller Schaden entstanden ist. Häufig werden Tiere durch Einwirkungen anderer verletzt oder getötet. Nach dem bisherigen Recht steht dem Eigentümer oder Halter eines Tieres lediglich ein Schadensersatzanspruch zu, der sich nach dem Wert des Tieres bemißt oder nach dem Umfang der entstandenen tierärztlichen Kosten. Der große ideelle Schmerz, der dem Tierhalter durch die Verletzung oder den Tod des Tieres zugefügt wird, wird bisher nicht ersetzt. Diese Lücke zu schließen, ist ebenfalls ein wichtiges Anliegen.

Zu diesen Ausführungen nahm SCHWARZ (2o) Stellung:

1. Dem Verfasser ist darin zuzustimmen, daß es für Tierfreunde untragbar ist, das Tier wie eine tote Sache zu behandeln. Es ist aber nicht viel damit gewonnen, wenn es in Zukunft als lebender Gegenstand oder als lebende Sache bezeichnet wird. Die dem lebenden Tier zukommende rechtliche Stellung dürfte nur dadurch zu erreichen sein, daß es als besonderer Begriff neben die Sache und Personen im Gesetz gestellt wird und als selbständiger Rechtsträger ähnlich wie eine unmündige Person behandelt wird. Hierbei sind festzulegen seine Rechte gegenüber jedem Menschen und die sehr viel weitergehenden gegenüber dem Tierhalter und ggf. dessen gesetzlichen Vertreter.
2. Nach geltendem Recht ist sowohl ein lebender wie auch ein toter Hase eine bewegliche Sache. Beide können herrenlos sein, oder auch nicht, je nachdem, ob von dem Aneignungsrecht Gebrauch gemacht worden ist oder nicht.

Der Jäger kann z.B. einen Hasen lebend fangen und damit von seinem Aneignungsrecht Gebrauch machen. Ein erlegtes Tier, das nicht gefunden wird, bleibt eine herrenlose Sache.

3. Weshalb soll ein Unterschied zwischen Nutztieren und Haustieren gemacht werden? Ein Unterschied könnte doch allenfalls zwischen Tieren, welche der Ernährung dienen (Fleischerzeugung, Milch, Eier, Wolle) und solchen, die der Mensch zur Arbeitsleistung oder zu seiner Freude hält, gemacht werden. Eine andere Unterscheidung ist nicht zweckmäßig, da viele Grenzfälle zur Rechtsunsicherheit führen. Wohin gehört das Reit- oder Arbeitspferd, das später zur Schlachtbank kommt? Es dient der Ernährung, dem Fortkommen, der Mitarbeit und der menschlichen Freude. Wohin gehört das zahme Kaninchen, das zur Freude der Kinder gehalten wird und dann sinnigerweise eines Tages als Sonntagsbraten auf dem Esstisch erscheint? Weshalb soll es rechtlich schlechter behandelt werden als der Kanarienvogel oder das Kätzchen?

Die Unterscheidung ist auch nicht notwendig. Wenn der Mensch sich das Recht nimmt, einem Tier die Freiheit zu nehmen und über sein Geschick zu verfügen, muß er auch eine im Gesetz verankerte Pflicht dem Tier gegenüber haben, für das Tier ausreichend zu sorgen und vermeidbare Beeinträchtigungen zu unterlassen, ganz gleich, ob es sich um Schlachttiere oder sogenannte Nutztiere handelt.

Der erstrebte Schutz vor Pfändung wird dazu führen, daß der Schuldner versuchen wird, besonders in Grenzfällen, sein Tier als Haustier hinzustellen, z.B. beim Pferd, Schaf, Ziege, Huhn usw. § 811 ZPO bezweckt den Schutz des Schuldners, nicht den des Tieres. Den Tieren wird in sehr vielen Fällen gar nicht damit gedient sein, daß

es bei einem überschuldeten Menschen bleibt, der nicht in der Lage ist, für Futter und Unterbringung ausreichend zu sorgen. Viel sinnvoller wäre es, wenn auf Antrag die Tierschutzorganisation eingeschaltet würde, die ähnlich wie das Vormundschaftsgericht, über das Sorgerecht oder die elterliche Gewalt bei Unmündigen, darüber zu entscheiden hätte, wem das Tier zugesprochen wird. Dabei hätte die Tierschutzorganisation oder ein von ihr zu errichtendes besonderes Amt sich bei seiner Entscheidung ausschließlich davon leiten zu lassen, was für das Tier und dessen Wohl am besten ist.

4. Die vorgeschlagene Änderung des § 99 BGB dürfte nicht möglich sein. § 99 Absatz 1 BGB lautet:

"Früchte einer Sache sind die Erzeugnisse der Sache und die sonstige Ausbeute, welche aus der Sache ihrer Bestimmung gemäß gewonnen wird."

Solche Früchte sind aber nicht nur die Nachkommen eines Tieres, sondern z. B. auch Milch, Eier, Wolle, ferner die Kohle aus dem Bergwerk, der Sand aus der Tiefgrube, der Apfel vom Baum, ja selbst die Miete eines Miethauses fällt hierunter. Sicher will Herr Dr. Gunst nicht zukünftig die Wohnungsmiete als Abkömmling eines Tieres bezeichnen. Ein Vorschlag zur Gesetzesänderung muß aber, wenn er vom Gesetzgeber ernst genommen werden soll, so formuliert werden, daß er auch in das vorhandene Gesetzeswerk eingebaut werden kann. Der Vorschlag könnte z. B. lauten, ohne § 99 BGB zu ändern, in allen Fällen, in denen das Gesetz von Früchten einer Sache spricht, hinzuzufügen: "Sowie Abkömmlinge und Erzeugnisse eines Tieres." Oder aber § 99 Absatz 1 BGB etwa folgendermaßen zu ergänzen: ...ihnen gleichgestellt werden bei Tieren die Abkömmlinge und bestimmungsgemäß gewonnenen Erzeugnisse."

5. Die Nichtigkeit eines Vertrages, welcher die Tötung eines Tieres zum Inhalt hat, schlechthin anzuordnen, dürfte auch mit den weitestgehenden Tierschutzbestrebungen nicht in Einklang stehen. Soll kein Auftrag mehr gegeben werden können, ein schwer leidendes Tier zu erlösen oder ein dafür bestimmtes Tier zu schlachten oder gar eine Schädlingsbekämpfung durchzuführen? Was soll mit tollwütigen Tieren geschehen? Im übrigen dürfte eine derartige Bestimmung nicht zu § 242 BGB gehören, in welchem davon die Rede ist, wie der Schuldner eine Leistung zu erfüllen hat, sondern zu § 138 BGB, in welchem ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, für nichtig erklärt wird. Genügt aber nicht eine entsprechende Bestimmung im Tierschutzgesetz, welche festlegt, wann das Töten von Tieren erlaubt ist und alle anderen Tötungen untersagt? Dann wären Verträge, welche eine unerlaubte Tötung eines Tieres zum Inhalt haben, nach § 134 BGB ohnehin nichtig, da sie gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen.
6. Wenn der Halter eines Tieres und dessen gesetzlicher Vertreter die Pflicht hat, für das Tier wie ein Inhaber der elterlichen Gewalt oder ein Vormund für einen Unmündigen zu sorgen, ist den Belangen des Tieres weitgehend Rechnung getragen. Eine solche Regelung dürfte sich auch ohne große Schwierigkeiten in das bestehende Gesetzeswerk einfügen lassen, zumal weitgehend bereits bestehende Bestimmungen über die Vormundschaft bei Unmündigen für entsprechend anwendbar erklärt werden könnten. Eine solche Verbesserung der Rechtsstellung des Tieres hat den Vorzug, klare Verhältnisse zu schaffen, während die Einordnung als lebende Sache zahllose Ausnahmegestaltungen nicht nur im Sachenrecht

erforderlich machen würde, weil sich erfahrungsgemäß eine Vielzahl von Rechtsproblemen ergeben würde, die dann, wie so oft, der Rechtssprechung zur Lösung überlassen werden. Es dauert dann viele Jahre, bis die Gerichte zu einer einhelligen Meinung kommen. Bis dahin besteht eine Rechtsunsicherheit zum Nachteil der Tiere und der Halter"

Zum "Tier als Sache" äußern sich ENNULAT und ZOEBE (5) folgendermaßen:

Im vorchristlichen römischen Reich wurden die Tiere in den sogenannten "Ädilischen Edikten" den Sachen gleichgestellt, nachdem sie vorher überhaupt keine Erwähnung gefunden hatten. Nunmehr erhielten sie den gleichen Rechtsstatus wie er Frauen, Sklaven und Kindern schon früher zugestanden hatte. Es handelte sich also für damalige Verhältnisse um einen gewaltigen Fortschritt, um eine tierschützerische Tat. Vor den "Ädilischen Edikten" konnte jedermann mit den Tieren verfahren, wie es ihm beliebte; nunmehr hatte er das Eigentum eines anderen an einem Tier zu respektieren. Dies mußte sich zwangsläufig zum Wohle der Tiere und nicht zu ihrem Schaden auswirken.

Nun ist es zwar richtig, daß in unserem heutigen Zivilrecht das Tier der Sache im BGB gleichgestellt ist, d.h. im wesentlichen: Man kann es kaufen und verkaufen, es gibt die Mängelhaftung usw. Dies ist ohne Zweifel auf den Einfluß des römischen Rechts zurückzuführen.

Aber legen wir uns doch einmal ernsthaft die Frage vor: Wie könnte man das Tier denn sonst im Zivilrecht einordnen?

Würde man es dem Menschen gleichstellen, ihm also eine Rechtspersönlichkeit zugestehen, so wäre die logische Folge, daß es einmal weder gekauft noch verkauft noch

gejagt werden dürfte; zum anderen müßte es für seine Handlungen zur Verantwortung gezogen werden. Es könnte also als Kläger oder Beklagter auftreten und würde u.U. sogar in die Rolle eines Angeklagten geraten. (Weiss-Kralik, "Weltgeschichte", 23. Bd., S. 471, Wien-Graz, 1953: "Von einer Jury in Wendower wurde ein Pferd zum Tode verurteilt, weil ein Fahrender verunglückt war. Die Eigentümerin des Pferdes fiel darüber in Ohnmacht, und man begnügte sich, das Pferd bloß vom Kutschpferd zum Arbeitspferd zu degradieren.")

"Tierprozesse" können für uns nichts anderes als ein mittelalterliches Relikt sein, dem wir allenfalls als makabre historische Tatsache unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

Wenn so viele Tierschützer sich gegen die Einordnung des Tieres in das Sachenrecht wenden, so tun sie dies - unbewußt - aus einer zutreffenden Regung heraus. Sie meinen nämlich und das mit Recht, daß ein Tier im strafrechtlichen Sinne nicht wie eine "Sache" behandelt werden darf. Es ist praktisch ohne Bedeutung, welche Stellung man dem Tier auf dem Sektor des Zivilrechts gibt, wenn man es strafrechtlich schützt. Hier hat sich in der Neuzeit die Lehre des Strafrechtlers Maurach durchgesetzt. Er vertritt die Ansicht, daß beim ethischen Tierschutz das an sich bestehenbleibende Rechtsgut der humanitären Pietät eine gewisse Verschiebung erfahren hat. Zwar entspringt der Schutz der Tiere nicht eigenem Recht, da sie eben keine Rechtspersönlichkeit haben, wohl aber der humanitären Pietät und der Menschenwürde. Mit anderen Worten: Wer ein Tier mißhandelt, begeht ein Delikt gegen die geschützte, gottgeschaffene Kreatur und verstößt damit zugleich gegen die Menschenwürde.

Zusammenfassend kann man also folgendes feststellen:

1. Das römische Recht hat die Tiere nicht zu Sachen degradiert, sondern als damals fortschrittliche Tat zu Sachen erhoben.
2. Wenn die Tiere auch heute noch auf dem zivilrechtlichen Sektor den Sachen gleichgestellt werden, so ist dies vom tierschützerischen Standpunkt dann nicht zu beanstanden, wenn entsprechende strafrechtliche Vorschriften zum Schutz der Tiere vorhanden sind.
3. Die moderne Strafrechtslehre hat in Deutschland die Meinung, daß Tiere Sachen seien, längst überwunden und behandelt sie in den strafrechtlichen Schutzgesetzen als Mitgeschöpfe, zu deren Schutz und Pflege die Menschen verpflichtet sind.

Der landläufige Vorwurf gegen den Sachenbegriff des römischen Rechts besteht also nicht zu Recht.--

LORZ (13) erklärt folgendermaßen, weshalb das Tier im bürgerlich-rechtlichen Sinne eine Sache ist:

Das Gesetzbuch unterscheidet "Personen" und "Gegenstände". Jene sind rechtsfähig, d.h. sie haben die Fähigkeit, Träger von Rechten und Verbindlichkeiten zu sein; zu ihnen gehören der Mensch als natürliche Person und die sogenannten juristischen Personen, nämlich gewisse Vereine und Stiftungen. Das Tier ist also keine Person, daher Gegenstand. Körperliche Gegenstände heißen aber im BGB "Sachen" (§90). Nur Sachen können Gegenstand des Besitzes, des Eigentums und der meisten anderen dinglichen Rechte sein. Es ist also die Sacheigenschaft des Tieres, die zu seiner Eigentumsfähigkeit führt, wie das Bedürfnis nach Eigentum am Tier zu seiner Eigenschaft als Sache geführt hat.

Ihr zufolge mag das Tier auch Zubehör, z.B. eines Landgutes sein.--

Durch die ädilischen Edikte wurde das Tier als Gegenstand des Rechtsverkehrs rechtlich zur Sache erklärt. Es ist also nicht Rechtssubjekt, sondern Rechtsobjekt.

Das Tier ist unveränderlich Sache des bürgerlichen Rechts (z.B. Besitz, Eigentum etc.), des Strafrechts (z.B. Diebstahl, Unterschlagung, Sachbeschädigung etc.) und des Verwaltungsrechts (z.B. Abwehr drohender Gefahren durch die Polizei wie bei der Tierseuchenbekämpfung etc.). Man hat schon vom Reichstierschutzgesetz gesagt, es habe auf seinem Gebiet den Schritt von der Sache zum Mitgeschöpf vollzogen. In der Tat ist es "nicht zweifelhaft", daß sich das Tier "als ein Gegenstand sui generis mit leblosen Dingen nicht gleichstellen läßt". Das weiß und berücksichtigt auch der Gesetzgeber - am stärksten durch das ethische Tierschutzrecht. Das Tier ist für unsere Rechtsordnung nicht bloß Sache, sondern zugleich Lebewesen. Einerseits werden Tiere durch das Recht versachlicht. Sie erscheinen dann als Aneignungsobjekt, Beute, Frachtgut, Forschungsgegenstand, Nahrungsmittel, Naturbestandteil, Produkt oder Produktionsfaktor, Transportmittel, Vermögensbestandteil, Ware, Werkzeug, wirtschaftlicher Wert.- Andererseits gewinnt das Tier in seiner Wesenhaftigkeit, also in seiner geschöpflichen Eigenart an Bedeutung. Im Lichte der Rechtsordnung ist es dann etwa Bote, Elternteil, Gefahrenträger, Glied einer Biozönose, Hausgenosse, Nützling oder Schädling, Passagier, Patient, Sexualpartner, Träger von Empfindungen, Verbraucher, Verkehrsteilnehmer, Vektor. Bisweilen sind nicht wenige und selbst gegensätzliche Blickrichtungen eng verflochten. Ein naheliegendes Beispiel bietet das Jagdrecht.

Bei all dem ist das Tier Rechtsobjekt, nicht Rechtssubjekt.

KOTTER (10a) legte in seinem Festvortrag anlässlich der Rektoratsübergabe an der Ludwig-Maximilians-Universität München am 27. November 1965 unter anderem die philosophischen Aspekte zur Entwicklung des Tierschutzgedankens dar und sprach über die Stellung des Tieres im Zivil- und Strafrecht. Er unterschied zwischen direktem und indirektem Recht:

"Direkte Rechte besitztnach der hier zugrunde liegenden Vorstellung jedes Wesen, das in der Lage ist, bewußt selbst Pflichten zu übernehmen, bewußt selbst Rechtsträger zu sein und tatsächlich selbst Gebote der Ethik und Gebote des positiven Rechts gegeneinander abzuwägen.

Indirekte Rechte dagegen kommen jenen Wesen zu, die derartige Fähigkeiten noch nicht, nicht mehr oder überhaupt nie besitzen, denen aber Wesen mit diesen Fähigkeiten a priori, kraft positiven Rechts oder aufgrund eigenen Entschlusses verpflichtet sind.

Das Tierschutzgesetz enthält lediglich das Minimum an ethischer Verpflichtung gegenüber dem Tier. Es erfaßt nur einen Teil des indirekten Rechts des Tieres, und zwar den Teil, der unnötiges Quälen, rohes Mißhandeln und sonstige Behandlungen des Tieres ausschließen soll, die geeignet sind, extremes körperliches Unbehagen auszulösen.

Hat das Tier als Kreatur nicht aber auch ein Recht auf Gefühle des körperlichen Wohlbefindens? Ich möchte diese Frage bejahen, und nur dann eine Einschränkung dieses Rechts durch den Menschen billigen, wenn er dafür ethische und notwendige Gründe geltend machen kann.

Es besteht die Gefahr, daß das Tierschutzgesetz als Erfüllung eines ethischen Solls betrachtet wird und der vom Tierschutzgesetz nicht erfaßte Bereich als ein Raum, in dem erlaubt ist, was dem Menschen nützt."

Da vorliegende Akten zum großen Teil in den Geltungsbereich des alten Tierschutzgesetzes von 1933 fallen, soll dieses hier auch zuerst erwähnt werden.

Zur Rechtsentwicklung des Tierschutzgesetzes schreibt LORZ (12):

Das Strafgesetzbuch (StGB) bedrohte früher in § 360 Nr. 13 denjenigen mit Übertretungsstrafe, der "öffentlich oder in Ärgernis erregender Weise Tiere quält oder roh mißhandelt".

Hier wurde nicht die Tiermißhandlung als solche bestraft, sondern die Verletzung menschlichen Empfindens, das sich im Mitgefühl für die Tiere äußert. Die Unzulänglichkeit dieser Vorschrift war frühzeitig Gegenstand ernster Kritik wie auch der Strafrechtsreform. Doch brachte erst das Gesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften vom 26.5.1933 Wandel. Nach § 145 b StGB konnte jetzt mit Gefängnis bestraft werden, "wer ein Tier roh mißhandelt oder absichtlich quält". Das bedeutet die grundsätzliche Bestrafung der Tiermißhandlung. Zugleich wandte sich § 360 Nr. 13 jetzt gegen den, der einer zum Zwecke des Tierschutzes erlassenen Vorschrift zuwiderhandelt, dieses Blankett wurde durch die erwähnten landesrechtlichen Bestimmungen ausgefüllt. Das Ganze war eine Zwischenlösung. Im Tierschutzgesetz gewannen (z.T. in Anlehnung an das englische und italienische Beispiel) Gedanken rechtliche Gestalt, die von Tierfreunden und Juristen durch lange Jahrzehnte verfochten worden waren.

Das TIERSCHUTZGESETZ VOM 24. NOVEMBER 1933 ist in 5 Abschnitte gegliedert.

Der I. Abschnitt (§ 1 "Tierquälerei") enthält das allgemeine, wenn auch nicht uneingeschränkte Verbot der Tiermißhandlung.

§ 1 "(1) Verboten ist, ein Tier unnötig zu quälen oder roh zu mißhandeln.

(2) Ein Tier quält, wer ihm länger dauernde oder sich wiederholende Schmerzen oder Leiden verursacht; unnötig ist das Quälen, soweit es keinem vernünftigen, berechtigten Zwecke dient. Ein Tier mißhandelt, wer ihm erhebliche Schmerzen verursacht; eine Mißhandlung ist roh, wenn sie einer gefühllosen Gesinnung entspringt".

Im II. Abschnitt (§§ 2 - 4 "Vorschriften zum Schutze der Tiere") werden gewisse häufig vorkommende (ein Tier verletzende oder gefährdende) Handlungen, die mit dem Tatbestand des § 1 in engem Zusammenhang stehen, aufgezählt und schon als solche verboten.

Den III. Abschnitt (§§ 5 - 8 "Versuche an lebenden Tieren") widmet der Gesetzgeber der Vivisektion.

Die Normen des Gesetzes werden im IV. Abschnitt (§§ 9 - 12 "Strafbestimmungen") durch Strafandrohungen und in anderer Weise ergänzt.

Ein V. Abschnitt (§§ 13 - 15) bringt "Schlußbestimmungen". Nach der amtlichen Begründung findet im Tierschutzgesetz von 1933 "der Gedanke Raum, daß das Tier des Tieres wegen geschützt werden muß". Diese Ausdrucksweise kennzeichnet den ethischen Tierschutz. Der Schutz gilt vor allem dem Wohlbefinden des Tieres.

Geschütztes Rechtsgut ist das Tier, jedoch nicht als natürliches Lebewesen, sondern als Mittel, Träger und Erzeuger kultureller Werte - Parallele zum Reichsnaturschutzgesetz mit dem Schutz kulturell wertvoller Pflanzen und Tiere. Das Tier ist durch den Schutz, den ihm das Gesetz angedeihen läßt, nicht irgendwie zur Rechtspersönlichkeit erhoben, es sind ihm keine Rechte gegenüber dem Menschen gegeben, vielmehr diesem Pflichten mit Bezug auf das Tier auferlegt. Das "Recht des Tieres auf Schutz" ist nichts anderes als ein volkstümlicher Ausdruck für den ethischen Tierschutz.

Der Gesetzgeber denkt vor allem an das Tier in seiner Eigentümlichkeit als Teil der Schöpfung. Geschütztes Rechtsgut ist weiter und zuerst die sittliche Ordnung in den Beziehungen zwischen Mensch und Tier als Soziales Anliegen (12).

STOLTING, ZOEBE (23) beschäftigen sich in ihrem Handbuch "Das Tier im Recht" nach dem I. Abschnitt über die ethischen Grundlagen und die historische Entwicklung des Tierschutzes nicht nur mit dem Tierschutzgesetz (II), sondern auch mit den sonstigen tierschützerischen gesetzlichen Bestimmungen (III) wie Jagdrecht, Naturschutzrecht, Verkehrsrecht und Gesetze und Verordnungen über das Schlachten von Tieren. Ferner werden die Zusammenhänge zwischen Tierschutz und Polizei- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß erörtert (IV). Die Miet-, Haftungs- und Vollstreckungsfragen auf dem zivilrechtlichen Sektor des Tierschutzes (V) gehen dem VI. Abschnitt mit dem Ausblick auf den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches und die sonstige deutschsprachige Gesetzgebung und dem VII. Abschnitt über die Tierschutzorganisationen voran.

Nach fast 40 Jahren löste ein neues Tierschutzgesetz das sogenannte Reichstierschutzgesetz ab, das zwar auch in anderen Ländern vorbildlich für die Tierschutzgesetzgebung war, aber seit langem modernen Erkenntnissen und Anforderungen nicht mehr gerecht werden konnte. An einem neuen Tierschutzgesetz wurde schon lange gearbeitet, aber erst durch die Änderung des Grundgesetzes vom 18. März 1971 (Artikel 74 Nr. 20) wurde dem Bund die konkurrierende Gesetzgebung für Tierschutz zugesprochen. Am 1. Oktober 1972 ist das neue TIERSCHUTZGESETZ VOM 24. JULI 1972 dann in Kraft getreten.

Gegenüber 5 Abschnitten mit 15 §§ ist das neue Gesetz in 12 Abschnitte mit 23 §§ gegliedert.

I. Abschnitt - Grundsatz

§ 1 "Dieses Gesetz dient dem Schutz des Lebens und Wohlbefindens des Tieres. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen."

II. Abschnitt - Tierhaltung

§ 2 "(1) Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,
1. muß dem Tier angemessene artgemäße Nahrung und Pflege sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung gewähren.
2. darf das artgemäße Bewegungsbedürfnis eines Tieres nicht dauernd und nicht so einschränken, daß dem Tier vermeidbare Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden."
(2) und (3) Befugnis der Behörde, Maßnahmen anzuordnen.

§ 3 Verbotskatalog (9 Punkte)

III. Abschnitt - Töten von Tieren

§ 4 Art und Weise der zulässigen Tötung von Wirbeltieren

IV. Abschnitt - Eingriffe an Tieren

§§ 5 und 6

V. Abschnitt - Tierversuche

§ 7 Anzeigepflicht bei der zuständigen Behörde

§ 8 Voraussetzungen zur Genehmigung

§ 9 Durchführungsvorschriften

VI. Abschnitt - Eingriffe zu Ausbildungszwecken

§ 10 Besondere Regelungen (z.B. Aufhebung bestimmter §§)

VII. Abschnitt - Tierhandel

§ 11 Anzeigepflicht für Händler, Schausteller sowie Reitstall- und Fahrbetriebsinhaber

VIII. Abschnitt - Verbringungs-, Verkehrs- und Haltsungsverbot § 12

IX. Abschnitt - Ermächtigungen, Mitwirkung von Zolldienststellen

§ 13 Erlaß von Rechtsverordnungen

§ 14 Verbringen von Tieren in den Geltungsbereich dieses Gesetzes

X. Abschnitt - Durchführung des Gesetzes

§ 15 Durchführung des Gesetzes obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden, beamteter Tierarzt als Sachverständiger

§ 16 Aufsichtspflicht der Behörden und Auskunftspflicht der Tierhalter

XI. Abschnitt - Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 17 Straftatbestand (bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe oder mehr wird bestraft, wer.....)

§ 18 Ordnungswidrigkeitstatbestände (Geldbuße)

§ 19 Möglichkeit Tiere einzuziehen, auf die sich eine Straftat nach § 17 oder Ordnungswidrigkeit nach § 18 bezieht.

§ 20 Tierhaltungsverbot für die Dauer von 1 bis 5 Jahren oder für immer

XII. Abschnitt - Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 21 Anzeigepflicht bei Erlaubnis zu Eingriffen oder Behandlungen zu Tierversuchen

§ 22 Berlinklausel

§ 23 Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Tierschutzgesetzes von 1933 und anderer Verordnungen

Wenn auch nicht alles im neuen Gesetz befriedigend gelöst werden konnte, so bringt es doch wertvolle Neuerungen. Wesentliche Unterscheidungsmerkmale zum alten Gesetz von 1933 sind

1. der grundsätzliche Schutz des Lebens, früher bot das Gesetz nur Schutz vor Schmerzen und Leiden;
2. die Vorschriften in der Tierhaltung sind genauer und durch die Ermächtigung Verordnungen zu erlassen, ist es möglich, das Tierschutzrecht in der notwendigen Weise zu vervollständigen und möglichst rasch der jeweiligen Entwicklung anzupassen.
3. Das Töten von Tieren ist nur unter Betäubung erlaubt (Ausnahme - weidgerechte Jagdausübung und Schädlingsbekämpfung), ebenso wird für schmerzhaftes Eingriffe an Wirbeltieren die Betäubung gefordert.
4. Auch im Verbringungs-, Verkehrs- und Haltungsverbot sind die tierschützerischen Vorschriften eindeutiger formuliert worden.
5. Die Straf- und Bußgeldvorschriften sind dem modernen Strafrecht angepaßt.

GEROLD (8) hat vor allem die politischen Hintergründe über die Entstehung des Gesetzes ausgeführt. Es wurden neben den stenographischen Berichten (Auszüge) von zwei Bundestagssitzungen (29. September 1971 und 21. Juli 1972) noch die verschiedenen Entwürfe eines Tierschutzgesetzes (von der Bundesregierung und der "Gemeinsamen Kommission der Deutschen Tierschutzverbände für ein neues Tierschutzgesetz") zusammengetragen. Ebenso enthält die Schrift das Protokoll der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen und Verbandsvertretern zum Entwurf des Tierschutzgesetzes, die der federführende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der mitberatende Innenausschuß des Bundestages (am 8. Februar 1972) zur Vorbereitung der Ausschußberatungen durchführte. Ferner wurden die Stellungnahmen von Verbänden des Tierschutzes, der Wissenschaft, der beteiligten Wirtschaft sowie einzelner Wissenschaftler zusammengestellt.

LORZ (13) gibt in seinem Kommentar als erfahrener Fachjurist aus jahrzehntelanger Erfahrung Hinweise für die praktische Anwendung des Tierschutzgesetzes. Neben der umfassenden und klaren Erläuterung der einzelnen Paragraphen zeigt das Werk die Tragweite des neuen Gesetzes auf und erörtert grundsätzliche Überlegungen über die Rechtsordnung und das Tier (Grundgesetz, Zivilrecht, Strafrecht, Verwaltungsrecht etc.), insbesondere das Tierschutzrecht.

Neben Ausführungen über die ethischen Grundlagen und historische Entwicklung der Tierschutzrechtlichen Bestimmungen und einem Kommentar zu den einzelnen Paragraphen zeigen ENNULAT und ZOEBE (5) Beziehungen des Tierschutzgesetzes zu anderen Rechtsbestimmungen (Zivilrecht, Jagdrecht, Natur- und Umweltschutzrecht, Verkehrsrecht, Schlachtrecht, Polizei-, Verwaltungs- und Strafprozeßrecht und Versicherungsrecht) auf.

Ebenso wie bei LORZ (13) wird die sonstige deutschsprachige Gesetzgebung (DDR, Österreich und Schweiz) in einem kurzen Überblick erwähnt.

Aufgrund des § 13 des Tierschutzgesetzes von 1972 wurde am 1. Juni 1974 eine Verordnung des Bundesernährungsministeriums verkündet, nach der bundeseinheitliche Vorschriften beachtet werden müssen, wenn man Hunde im Freien hält. Sie tritt am 1. Januar 1975 in Kraft.

VERORDNUNG ÜBER DAS HALTEN VON HUNDEN IM FREIEN

1. Sachlicher Geltungsbereich

§ 1 "(1) Diese Verordnung gilt für Haushunde, die im Freien gehalten werden.

(2) Haltung im Freien im Sinne dieser Verordnung ist

1. Anbindehaltung,
2. Zwingerhaltung,
3. Haltung auf Freianlagen,
4. Haltung in Schuppen, Scheunen, nicht benutzten Stallungen, Lagerhallen oder ähnlichen Einrichtungen.

(3) Die Verordnung findet keine Anwendung auf

1. Hütehunde während der Begleitung von Herden,
2. Hunde während einer tierärztlichen Behandlung, soweit diese nach dem Urteil des Tierarztes im Einzelfall anderes erfordert,
3. Hunde in wissenschaftlich geleiteten Versuchstierhaltungen und auf Hunde in Tierversuchen, soweit der verfolgte Zweck bei wissenschaftlich geleiteten Versuchstierhaltungen nach dem Urteil des

Leiters der Versuchstierhaltung, bei Tierversuchen nach dem Urteil des Leiters des Versuchsvorhabens anderes erfordert.

- (4) Veterinärpolizeiliche und sonstige ordnungsbehördliche Anordnungen bleiben unberührt.

2. Anbindehaltung

- § 2 (1) Hunde dürfen nur dann angebunden gehalten werden, wenn ihnen im Aufenthaltsbereich ein Schutzraum, z.B. eine Hundehütte zur Verfügung steht.
- (2) Der Schutzraum muß allseitig aus wärmedämmendem, gesundheitsunschädlichem Material hergestellt sein. Das Material muß so verarbeitet sein, daß der Hund sich daran nicht verletzen kann. Der Schutzraum muß gegen nachteilige Witterungseinflüsse Schutz bieten, insbesondere darf Feuchtigkeit nicht eindringen.
- (3) Der Schutzraum muß so bemessen sein, daß der Hund sich darin verhaltensgerecht bewegen und den Raum durch seine Körperwärme warmhalten kann. Das Innere des Schutzraumes muß sauber, trocken und ungezieferfrei gehalten werden.
- (4) Die Öffnung des Schutzraumes muß der Größe des Hundes entsprechen; sie darf nur so groß sein, daß der Hund ungehindert hindurchgelangen kann. Die Öffnung muß der Wetterseite abgewandt und gegen Wind und Niederschlag abgeschirmt sein.
- (5) Der Aufenthaltsbereich in der engeren Umgebung des Schutzraumes muß sauber gehalten werden. Der Boden muß so beschaffen oder angelegt sein, daß Flüssigkeit versickern oder abfließen kann.
- (6) Bei starker Sonneneinstrahlung und hohen Außentemperaturen muß dem Hund außerhalb des Schutzraumes ein schattiger Platz zur Verfügung stehen.

- § 3 (1) Hunde dürfen nur mit einem breiten, nicht einschneidenden Halsband oder entsprechenden Brustgeschirr angebunden werden.
- (2) Die Anbindung (Kette, Seil oder ähnliches) muß mit zwei drehbaren Wirbeln versehen sein, die eine Verkürzung der Anbindevorrichtung durch Aufdrehen verhindern. Das Anbindematerial muß von geringem Eigengewicht und so beschaffen sein, daß der Hund sich nicht verletzen kann. Bei Ketten darf die Drahtstärke der Glieder 3,2 mm nicht überschreiten.
- (3) Die Anbindung darf nur an einer mindestens 6 m langen Laufvorrichtung (Laufseil, Laufdraht, Laufstange) angebracht werden. Die Anbindung muß an der Laufvorrichtung frei gleiten können und so bemessen sein, daß sie dem Tier einen zusätzlichen beidseitigen Bewegungsspielraum von mindestens 2,5 m bietet.
- (4) Laufvorrichtung und Anbindung müssen so angebracht sein, daß der Hund seinen Schutzraum ungehindert aufsuchen kann. Im Laufbereich dürfen keine Gegenstände vorhanden sein, die die Bewegung des Hundes behindern oder zu Verletzungen führen können. Kot ist regelmäßig zu entfernen.

3. Zwingerhaltung

- § 4 (1) Hunde dürfen nur dann in offenen oder teilweise offenen Zwingern gehalten werden, wenn ihnen innerhalb ihres Zwingers oder unmittelbar mit dem Zwinger verbunden ein Schutzraum zur Verfügung steht. Der Schutzraum muß den Anforderungen des § 2 genügen.
- (2) Die Grundfläche des Zwingers muß der Zahl und Art der auf ihr gehaltenen Hunde angepaßt sein. Die Mindestbreite des Zwingers muß der Körperlänge des Hundes entsprechen.

Für einen mittelgroßen, über 20 kg schweren Hund ist eine Grundfläche ohne Schutzraum von mindestens 6 qm erforderlich; für jeden weiteren in demselben Zwinger gehaltenen Hund, ausgenommen Welpen beim Muttertier, sind der Grundfläche 3 qm hinzuzurechnen.

- (3) Boden, Einfriedung und die übrige Einrichtung des Zwingers müssen aus gesundheitsunschädlichem Material hergestellt und so verarbeitet sein, daß die Hunde sich nicht verletzen können. Die Einfriedung muß zusätzlich so beschaffen sein, daß sie von den Hunden nicht überwunden werden kann. Mindestens eine Seite des Zwingers muß den Hunden Sicht nach außen ermöglichen. Besteht der Boden des Zwingers nicht aus wärmedämmendem Material, muß außerhalb des Schutzraumes eine wärmedämmende Liegefläche vorhanden sein. Der Boden muß so beschaffen und angelegt sein, daß Flüssigkeit versickern oder abfließen kann. Das Innere des Zwingers muß sauber, trocken und ungezieferfrei gehalten werden.
- (4) Bei starker Sonneneinstrahlung und hoher Außentemperatur muß den Hunden außerhalb des Schutzraumes ein schattiger Platz zur Verfügung stehen.
- (5) Hunde dürfen in einem Zwinger nicht angebunden gehalten werden.
- (6) Gleichgeschlechtliche geschlechtsreife Hunde, die noch keinen Kontakt miteinander hatten, dürfen in demselben Zwinger nur unter Kontrolle zusammengebracht werden.
- (7) Werden Hunde in einem Zwinger in Einzelboxen gehalten, so muß die Trennvorrichtung der Boxen so beschaffen sein, daß die Hunde sie nicht überwinden und sich nicht beißen können.

Für die Größe der Einzelboxen gelten die Anforderungen des Absatzes 2.

- § 5 Die Vorschriften des § 4 Absatz 2, 3, 5 und 6 gelten sinngemäß für in Festbauweise errichtete Zwinger (Hundehaus). Diese Zwinger müssen darüber hinaus ausreichend vom Tageslicht beleuchtet sein. Die Fläche der Öffnungen für das Tageslicht muß mindestens ein Achtel der Bodenfläche betragen. Die Zwinger müssen ausreichend be- und entlüftet werden.

4. Sonstige Haltung

- § 6 Werden Hunde auf Freianlagen oder in Schuppen, Scheunen, nicht benutzten Stallungen, Lagerhallen oder ähnlichen Räumen gehalten, so muß ihnen ein Schutzraum zur Verfügung stehen, der den Anforderungen des § 2 genügen muß. In der warmen Jahreszeit kann anstelle des Schutzraumes in den genannten Räumen an einem trockenen, zugfreien, gegen Boden- und Wandkälte abgeschirmten Platz eine Lagerstatt aus wärmedämmendem Material eingerichtet werden. Werden die Hunde angebunden gehalten, so gelten im übrigen die §§ 2 und 3.

5. Wartung und Pflege

- § 7 (1) Der Besitzer oder der mit der Wartung und Pflege des Hundes Beauftragte hat sich mindestens einmal täglich von dem Befinden des Hundes, der Beschaffenheit der Unterkunft und bei Anbindung von dem Zustand der Anbindevorrichtung zu überzeugen und Mängel unverzüglich abzustellen.

- (2) Futter- und Tränkebehälter sind sauber zu halten, sie müssen aus gesundheitsunschädlichem Material bestehen und so beschaffen sein, daß der Hund sich nicht verletzen kann.

Frischer Trank muß dem Hund jederzeit in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

- (3) Hunden, die angebunden oder in Räumlichkeiten nach § 6 gehalten werden, muß täglich mindestens 60 Minuten freier Auslauf gewährt werden.

6. Verbotsvorschriften

§ 8 "Es ist verboten,

- a) Hunde mittels Würge- oder Stachelhalsband,
- b) tragende Hündinnen vom letzten Drittel der Trächtigkeit ab,
- c) säugende Hündinnen oder
- d) kranke Hunde

angebunden zu halten."

Bei anhaltend nasser Witterung ist es auch nicht statthaft, Hunde in offenen, nicht überdachten Zwingern zu halten.

7. Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, handelt ordnungswidrig im Sinne des Tierschutzgesetzes und kann mit Geldbuße von 5 bis 1.000 DM belegt werden. (§ 9)

8. Schlußvorschriften

Berlinklausel und außer Kraft gesetzte Verordnungen (§ 10 und 11)

C. EIGENE UNTERSUCHUNGEN UND ERGEBNISSE

Das Tier im Bürgerlichen Gesetzbuch

=====

Forderung beim Kauf von Hunden - zu lange Prozeßdauer

1. Fall: AG München: AZ 8 c 1321/67
2. Fall: AG Mannheim: AZ 5 c 326/65
3. Fall: AG Starnberg: AZ 3 c 256/70

1. Fall:

Tatbestand:

Anfang Dezember 1966 kaufte der Beklagte vom Kläger einen zweieinhalbjährigen Schäferhundrüden zum Preis von DM 750,--. Im Kaufvertrag vom 28.1.1967 verzichtete der Käufer darauf "später Ansprüche geltend zu machen, die sich auf Gebäude und Wesensentwicklung des Tieres oder auf später in Erscheinung tretende und festgestellte Krankheiten oder Mängel (erworbene wie auch erbgebundene) gründen."

Der Beklagte zahlte zunächst DM 100,-- an, der Rest sollte später in zwei Monatsraten beglichen werden, da seine Ehefrau den wahren Preis dieses Tieres nicht erfahren durfte. Die Übergabe des Hundes verzögerte sich durch verschiedene Umstände (schwere Erkrankung eines Familienangehörigen etc.). Am 28.1.1967 drang der Verkäufer (Kläger) auf sofortige Abnahme des Hundes, da er selbst von ihm bei einer Rauferei mit einem anderen Hund (der vorübergehend bei ihm "in Pension war") gebissen wurde. Der Käufer teilte dann dem Kläger mit, daß der Hund sich gut eingewöhne, aber am ersten Tag seine kleine Tochter gebissen hätte, als diese versucht hatte, das Tier zu umarmen. Er gab aber zu, dabei selbst fahrlässig gehandelt zu haben.

Es folgten nun Mahnungen und ein Zahlungsbefehl wegen der restlichen DM 650,--. Der Beklagte verweigerte die Erstattung des Restbetrages, da er den Verkäufer ersucht habe, für den Hund einen neuen Platz zu suchen, was ihm jedoch abgelehnt wurde.

Erst genau zwei Jahre später berichtete der Beklagte von einem zweiten und dritten Vorfall und drang auf Erledigung. Ferner schilderte er den ersten Vorfall, bei dem seine kleine Tochter gebissen worden war, anders, aber eine Zeugin bestätigte seine ursprüngliche Schilderung. Der Hund wurde jetzt von dem Beschuldigten an der Kette gehalten.

Vergleich:

Im Mai 1969 (nach zweieinhalb Jahren) kam es zu dem nachstehenden Vergleich:

"Der Kläger verzichtet auf die Klageforderung und beläßt dem Beklagten den Hund."

Diskussion:

Beim Kauf eines zweieinhalbjährigen Rüden ist immer Vorsicht geboten (warum wird er verkauft? - wie lange war er beim Vorbesitzer? - wurde er dressiert? - lag er an der Kette?). In diesem Alter ist ein Hund bereits fest an seinen Herrn gewöhnt und ein Besitzerwechsel bedeutet für ihn eine große Belastung.

Offensichtlich war hier der Käufer auch ein "besonderer" Hundeliebhaber, abgesehen von den völlig mangelhaften Kenntnissen der Verhaltensforschung. Als er bereits mit dem Verkäufer verhandelte, beteuerte er, daß er sich schon lange gerade einen solchen Schäferhund wünschte. Trotzdem schloß er den Kaufvertrag erst Ende Januar und holte den Hund erst ab, nachdem ihm der Verkäufer nahezu

ein Ultimatum gestellt hatte. Im Kaufvertrag verzichtete er auf jegliche Ansprüche bei Gebäude- und Wesensfehlern oder Krankheiten. Es folgte dann keine Zahlung des vollen Preises, da seine Ehefrau nicht den wahren Kaufpreis erfahren durfte.

Bereits am ersten Tag ließ der Beklagte seine ca. 7 Jahre alte Tochter zu dem Schäferhund gehen, obwohl er Kenntnis davon hatte, daß der Hund am Tag zuvor den Vorbesitzer gebissen hatte. Bei einem Besitzerwechsel, noch dazu in diesem Alter, benötigt jeder Hund mehr oder weniger Zeit zur Umgewöhnung. Es ist also immer ratsam, sich erst allmählich bei dem Tier Vertrauen zu schaffen.

Die Argumentation des Käufers, er zahle den Kaufpreis nicht voll, da er den Verkäufer ersucht hatte, einen neuen Platz für das Tier ausfindig zu machen, kann hier nicht anerkannt werden, denn dazu ist der Verkäufer keinesfalls verpflichtet.

Im Dezember 1968 - also fast zwei Jahre später - schilderte der Beklagte den Vorfall plötzlich anders und berichtet erstmals von einem zweiten und dritten Angriff des Hundes. Nach zweieinhalb Jahren (der Hund ist nun fünf Jahre alt) kommt es endlich zu einem Vergleich. Das Gericht entschied, daß auf die Klageforderung (DM 650,-- Restbetrag) verzichtet wird und der Hund beim Beklagten bleibt (also beim Käufer). Für das Tier heißt das nun ein Kettenhund auf Lebenszeit zu bleiben.

2. Fall:

Tatbestand:

Der Kläger kaufte vom Beklagten am 20.12.1964 einen Deutschen Schäferhund zum Preis von DM 700,--. Drei Monate später wurde der Hund röntgenologisch untersucht und dabei wurde festgestellt, daß er an einer Hüftdysplasie, d.h. an einer Mißbildung des Bewegungsapparates im Bereich der

Hüftgelenke leidet. In der Ahnentafel, dem schriftlichen Nachweis über dessen Rassereinheit, Name und Abstammung wurde daraufhin folgendes vermerkt:

"Zuchtverwendung vermeiden! Nachkommen im Zuchtbuch des Schäferhundevereins nicht eintragungsberechtigt."

Der Kläger behauptet, er habe dem Beklagten ausdrücklich erklärt, daß er einen Zuchtrüden haben wolle, bisher habe er auf Leistung gearbeitet, stelle aber jetzt um auf die Züchtung. Die bei dem Tier auftretende Dysplasie sei bereits bei Abschluß des Kaufvertrages, sowie bei der Übergabe des Hundes vorhanden gewesen; das habe der Beklagte auch gewußt. Die Krankheit sei unheilbar, das Tier könne für züchterische und sportliche Zwecke nicht verwendet werden und sei daher völlig wertlos.

Der Kläger verlangte nun vom Beklagten die Zurücknahme des Tieres und Ersatz der Futterkosten für vier Monate, sowie Ersatz der Kosten für zwei Fahrten zu dem Beklagten und des Honorars für eine tierärztliche Untersuchung (insgesamt DM 935,--).

Der Beklagte hingegen beantragte kostenfällige Klageabweisung und machte geltend, der Kläger habe nicht etwa einen Zuchtrüden, sondern vielmehr nur einen Hund haben wollen, den er ausbilden könne. Von einer Hüftgelenkserkrankung habe er selbst beim Kauf und der Übergabe des Hundes nichts gewußt, sie sei auch nicht erkennbar gewesen. Schließlich handele es sich nicht um einen Mangel, der den vom Kläger erhobenen Anspruch rechtfertigen könne. Hinsichtlich des Futtergeldes müsse sich der Kläger entgegenhalten lassen, daß er die Nutzung an dem Tier habe.

Entscheidung des Gerichts:

Das Gericht gab nach über zwei Jahren der Klage im wesentlichen statt mit folgender Begründung:

"An dem Röntgenogramm hatte der Sachverständige die einer Hüftgelenksdysplasie eigenen Veränderungen mit aller Deutlichkeit erkennen können. Darüberhinaus kam der Sachverständige zu dem überzeugenden Ergebnis, daß die Erkrankung bereits bei Kaufabschluß unter allen Umständen vorhanden war, selbst wenn das Gangwerk noch nicht nachteilig beeinflußt war. Das Tier konnte für züchterische Zwecke nicht verwendet werden, ein entsprechender Eintrag in die Ahnentafel war bereits erfolgt.

Eine Verwendung für sportliche Zwecke hielt der Sachverständige für so lange für möglich, als sich nicht erhebliche Störungen des Gangwerks bemerkbar machen. Daraus rechtfertigt sich die Feststellung, daß der Hund mit einem Fehler behaftet war, der in jedem Fall den Wert, aber darüberhinaus auch die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen Gebrauch aufhob. Infolgedessen war die von dem Kläger begehrte Rückgängigmachung des Kaufvertrages gemäß der §§ 459, Absatz 1, 462 BGB gerechtfertigt.

(§ 459, Absatz 1: "Der Verkäufer einer Sache haftet dem Käufer dafür, daß sie zu der Zeit, zu welcher die Gefahr auf den Käufer übergeht, nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder den nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern. Eine unerhebliche Minderung des Wertes oder der Tauglichkeit kommt nicht in Betracht."

§ 462: "Wegen eines Mangels, den der Verkäufer nach den Vorschriften der §§ 459, 460 (= positive Kenntnis) zu vertreten hat, kann der Käufer Rückgängigmachung des Kaufes (Wandelung) oder Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) verlangen.")

Darüber hinaus konnte er Futtergeld beanspruchen, ein Betrag von DM 1,50 ist nicht zu beanstanden. Ein Schadensersatzanspruch ist, nachdem der Kläger von der Möglichkeit der Rückgängigmachung des Kaufvertrags Gebrauch gemacht hat, nicht gegeben.

Der Nachweis einer arglistigen Täuschung ist nicht erbracht. Infolgedessen kann Ersatz für die Fahrtkosten und das Arzthonorar nicht beansprucht werden.

Der Beklagte wird also nach über zwei Jahren verurteilt, an den Kläger Zug um Zug gegen Rücknahme des Schäferhundes den Betrag von DM 88c,-- nebst Zinsen zu bezahlen.

Diskussion:

Eine Hüftgelenksdysplasie muß entgegen der Meinung des Beklagten immer als ein Mangel angesehen werden! Denn durch die angeborene und erbliche Abflachung der Hüftgelenke und der Oberschenkelköpfe ist der Hund je nach Art der Erkrankung in seiner Bewegungsfreiheit mehr oder weniger stark beeinträchtigt. Meist besteht eine geringe Schwäche bis zur Lahmheit des betroffenen Beines, besonders nach längerem Laufen oder anderer starker Beanspruchung, auch nach dem Aufstehen. Sehr häufig entsteht aus der Hüftgelenksdysplasie eine degenerative Gelenkerkrankung, die sogar zur völligen Zerstörung der Gelenkspfanne und des Oberschenkelkopfes führen kann.

Nach dem neuen Tierschutzgesetz von 1972 wäre auch eine Bestrafung nach § 3, Absatz 2 möglich gewesen, denn hiernach ist verboten "ein gebrechliches, krankes, abgetriebenes oder altes im Haus, Betrieb oder sonst in Obhut des Menschen gehaltenes Tier, für das ein Weiterleben mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist, zu einem anderen Zweck als zur unverzüglichen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben..."

In den zitierten Paragraphen des BGB wird das Tier als solches nicht erwähnt, d.h. sie beziehen sich ganz allgemein auf Sachen wie z. B. auf Autos, Mobiliar, Kleidungsstücke etc. Dazu gehören jedoch in diesem Sinne auch die Tiere.

3. Fall:

Tatbestand:

Im Dezember 1969 kaufte der Kläger vom Beklagten einen Wachtelhund zum Preis von DM 520,--. Der Hund zeigte bald darauf mehrfach Krampfanfälle und wurde dem Beklagten am 24.2.1970 zurückgebracht. Darauf erfolgte die Rückerstattung des Kaufpreises durch einen Scheck, der jedoch zunächst gesperrt wurde und erst eingelöst werden sollte, wenn sich innerhalb eines Monats erneut Anfälle zeigen würden.

Vom 12. bis 15. März war der Hund dann in der Tierklinik, weil die Anfälle periodisch auftraten und in dieser Zeit wieder einer zu erwarten war. Während dieser Zeit sind jedoch keine Anfälle mehr aufgetreten. Der Beklagte besaß den Hund 2 1/2 Monate, ohne einen Anfall beobachtet zu haben.

Am 13.5.1970 erging das Vorbehaltsurteil (d.h. dem Beklagten wird die Geltendmachung seiner Rechte in einem Nachverfahren vorbehalten), der Beklagte müsse den Kaufpreis rückerstatten.

Am 19.5. sagte dann ein Tierarzt als Zeuge aus, er habe seinerzeit mehrere Anfälle beobachtet. Da aber damals angebrochene Zigarettenschachteln gefunden worden seien, nahm man an, es handele sich um eine Nikotinvergiftung, wie schon einmal. "Es kann Epilepsie sein."

Im Juli 1971 wurde ein Sachverständigengutachten erstattet, in dem es unter anderem hieß: "Epilepsie wie beim Menschen gibt es beim Hund nicht, d.h. hier waren es epileptiforme Anfälle. Solche Anfälle sind zum Teil auf Gehirntumoren zurückzuführen, zum größeren Teil sind aber keine Veränderungen im Gehirn sichtbar, auch nicht mikroskopisch. Durch Antiepileptika können die Anfälle verringert, aber nur selten zum Verschwinden gebracht werden. Das Tier war nicht vollwertig, d.h. es war keine DM 520,-- wert."

Im August 1971, also mehr als 1 1/2 Jahre nach dem Kauf, sagte der Beklagte aus, der Hund sei seither völlig gesund und habe bereits mehrere Prüfungen erfolgreich abgelegt.

Vergleich:

Zwei Jahre nach dem Kauf schloß im Februar 1972 dann das Gericht folgenden Vergleich:

"Der Hund wird vom Beklagten zurückgenommen und der Kaufpreis rückerstattet."

Diskussion:

Hier handelt es sich eigentlich nicht um einen Vergleich (das ist ein gegenseitiger Vertrag, durch den ein Streit oder eine Ungewißheit der Beteiligten über ein Rechtsverhältnis im Wege gegenseitigen Nachgebens beseitigt wird), sondern um eine Wandelung, also um eine Rückgängigmachung des Kaufvertrages.

Zusammenfassende Diskussion aller drei Beispiele:

Man kann hier in allen drei Fällen dem Gericht den Vorwurf machen, in solchen Prozessen, in denen es um ein Lebewesen geht, nicht so viel Zeit verstreichen zu lassen, bis eine Entscheidung gefällt wird.

In Zivilprozessen ist es nichts außergewöhnliches, daß einige Zeit bis zum Gerichtsentscheid vergeht. In derartigen Fällen jedoch sollten die Parteien z.B. den betreffenden Richter darauf hinweisen, er möchte doch im Bereiche seiner Möglichkeiten versuchen, die Entscheidung voranzutreiben und somit das Verfahren abzukürzen. Genau genommen handelt es sich vom tierärztlichen und tierschützerischen Standpunkt aus wieder um einen Verstoß gegen das Tierchutzgesetz, da durch das lange dauernde Verfahren dem

Tier zum Teil erhebliche Leiden zugefügt werden (§§ 1,2).
Im 1. Beispiel blieb es über 2 Jahre ungewiß, wem der Hund eigentlich gehört und so wurde er an die Kette gelegt, von der er nach so langer Zeit sicherlich nicht mehr wekommt. Dadurch werden einem Hund doch erhebliche psychische Leiden zugefügt.

Im 2. Beispiel zeigt es sich ebenfalls, wie wichtig es wäre, die Entscheidungen rascher voranzutreiben. Hier wurde der Hund also erst nach 2 1/4 Jahren vom Verkäufer zurückgenommen. Abgesehen davon, daß dem Tier ein neuer Besitzerwechsel sicher schadet, besteht die Gefahr, daß sich während der langen Prozeßdauer keiner richtig um den Hund kümmert, d.h. dem Tier wird nur das nötige Futter gegeben, ansonsten wird es sozusagen nur "eingestellt."

Auch im 3. Fall dauerte es über 2 Jahre, bis das Gericht die Entscheidung fällte. Hier war jedoch richtig, daß der Hund beim Beklagten, d.h. beim Verkäufer blieb, so blieb ihm nach 2 Jahren die erneute Umstellung erspart.

Forderung beim Kauf eines Hundes - Trächtigkeit als Sachmangel

AG Weilheim: AZ 6 s 19/68, C 341/66

Tatbestand:

Am 6. Juli 1966 kaufte der Kläger eine Schäferhündin mit Stammbaum zum Preis von DM 125,-- vom Beklagten. Am 22.8.1966 warf die Hündin 15 Junge, also 47 Tage nach dem Kauf. Zwei Tage später forderte der Käufer den Beklagten auf, die Hündin zurückzunehmen und ihm den Kaufpreis nebst Futtergeld zu bezahlen. Diese Aufforderung wurde knapp zwei Wochen später wiederholt und im Januar 1968 (nach 1 1/2 Jahren) verlangte der Kläger nicht nur Wandelung, sondern focht den Kaufvertrag wegen Fehlens einer verkehrswesentlichen Eigenschaft an.

Der Beklagte (Verkäufer) trug vor, er habe den Hund schon am 4. Juli (2 Tage vor Kaufabschluß) übergeben gehabt und die Hündin sei nicht während seiner Besitzzeit belegt worden. Das Wandlungsrecht sei ferner verloren, da der Kläger die Hündin zur Zucht verwendet und damit Nutzungen gezogen habe.

Klageabweisung:

Am 12. Januar 1968 wurde die Klage (DM 580,-- nebst Zinsen zu bezahlen) abgewiesen, da der Kläger keine Wandelung verlangen kann. Er konnte keinen Beweis erbringen, daß die Hündin zur Zeit der Übergabe bereits trächtig war. Es könnte auch eine Frühgeburt nach 47 Tagen sein (14 Welpen wurden sofort getötet, 1 Welpen starb nach 4 Wochen). Die Trächtigkeit eines Rassehundes ist kein Sachmangel im Sinne des § 459, Absatz 1 BGB, höchstens wenn die Hündin zu jung zum Decken gewesen wäre.

Ferner, betonte der Angeklagte, wäre eine Nichtträchtigkeit auch gar nicht zugesichert gewesen. Der Wandelungsanspruch wurde dadurch verloren, daß der Kläger die Hündin später decken ließ und damit "in Gebrauch genommen hat".

Berufung:

Daraufhin legte der Kläger Berufung ein, da die Wandelung berechtigt sei. Er behauptete, der Hund war zur Zeit der Übergabe trächtig, denn der Wurf sei nicht durch besondere Umstände hervorgerufen worden. Die 15 Welpen waren lebensfähig, aber 14 davon waren von der Mutter erdrückt worden und das 15. war an einer Bißverletzung gestorben. Bei einer Frühgeburt nach 47 Tagen wären die Welpen laut Sachverständigengutachten nicht lebensfähig gewesen. Die Trächtigkeit sei doch ein Sachmangel, denn der Kläger hatte die Hündin zur Dressur gekauft und diese konnte so nicht zweckbestimmt verwendet werden. Ferner behauptete der Käufer, die Hündin wäre das zweitemal unbemerkt und ohne seinem Wissen gedeckt worden und somit nicht "in Gebrauch" genommen.

Der Beklagte hielt die Berufung unter anderem wegen einiger Widersprüche für unbegründet und so entschied im Mai 1968 das Gericht im Endurteil folgendermaßen:

Endurteil:

"Die Berufung wird zurückgewiesen, der Kläger hat keinen Anspruch auf Wandelung. Die Trächtigkeit ist kein haftungsbegründeter Mangel und die Minderung der Dressurtauglichkeit war unerheblich. Die Trächtigkeit war auch keine Wertminderung."

Diskussion:

Wenn auch in den hier angesprochenen Paragraphen des BGB die Trächtigkeit nicht erwähnt wird, so ist sie doch ein erheblicher Mangel.

(§ 459, Absatz 1: "Der Verkäufer einer Sache haftet dem Käufer dafür, daß sie zu der Zeit, zu welcher die Gefahr auf den Käufer übergeht, nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder den nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern. Eine unerhebliche Minderung des Wertes oder der Tauglichkeit kommt nicht in Betracht.")

Das BGB bezieht sich nur auf Sachen, wobei das Tier zwar mit eingeschlossen ist, aber mit Ausnahme der "Kaiserlichen Verordnung" (§ 482) im Abschnitt über Kauf und Tausch als solches nicht erwähnt wird. Ebenso bezieht sich also die Formulierung "in Gebrauch genommen" zunächst auf eine Sache wie z.B. ein Möbelstück oder ein Auto etc.

Wer ein weibliches Tier kauft, der muß schließlich sicher sein können, daß es nicht trächtig ist. Denn damit ist auf der einen Seite ein gewisses, nicht zu unterschätzendes Risiko für die Gesundheit des Tieres verbunden, auf der anderen Seite ist es wichtig für die Zweckbestimmung des Tieres (hier Dressur). Eine Trächtigkeit bedeutet in der Regel einen höheren Wert des Tieres.

Sie fällt also unter den Sachbegriff, denn sie ist ein "Fehler, der den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder den nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauch aufhebt oder mindert."

Forderung beim Kauf eines Papageis

LG München I: AZ 17 o 489/64

Tatbestand:

Der Beklagte verkaufte am 5. Oktober 1963 an den Kläger einen Groß-Ara-Papagei zum Preis von 1.200 DM. Bei der Übergabe versicherte der Beklagte, daß das Tier "vollkommen gesund" sei. Einige Tage später berichtete der Käufer, daß der Vogel hin und wieder sonderbare Schnarchtöne von sich gebe. Daraufhin erklärte der Beklagte, dies sei nicht ungewöhnlich, da größere Vögel sehr oft krächzende und schnarchende Laute erzeugten - solche Geräusche stellten kein Anzeichen für eine Erkrankung des Tieres dar.

Da sich der Gesundheitszustand des Vogels in den folgenden Tagen erheblich verschlechterte, verständigte der Besitzer das Geschäft, das ihm den Kauf vermittelt hatte. Der Beklagte suchte daraufhin den Besitzer auf, stellte fest, daß der Vogel Durchfall hatte und erbot sich, den Ara in die Tierklinik zu bringen, was die Zeugin, (Ehefrau des Klägers) jedoch ablehnte. Da sich der Zustand des Vogels weiterhin verschlechterte, brachte sie dann den Papagei selbst am 17.10. in die Tierklinik. Der Ara verendete dort am 27.10. (drei Wochen nach dem Kauf) und bei der Sektion wurde als Todesursache Aspergillose der Atmungsorgane festgestellt.

Am 28.10. beantragte der Kläger nun die Wandelung des Kaufvertrages und Rückzahlung von 1.350 DM (1.200 DM für den Ara und 150 DM für einen Papageienständer). Auch eine Mahnung blieb unbeantwortet und es kam zur Klage und Anfechtung des Kaufvertrages wegen arglistiger Täuschung. Bereits bei der Übergabe des Vogels sei dem Kläger die rasselnde Atmung des Tieres aufgefallen und der Beklagte wurde darauf hingewiesen. Als fachkundiger Fasanenmeister hätte er einen solchen Ara nicht verkaufen dürfen.

Überdies habe der Beklagte bei den Verkaufsverhandlungen wahrheitswidrig versichert, den Vogel über ein Jahr in seinem Besitz zu haben. In Wirklichkeit habe er das Tier jedoch erst 14 Tage zuvor erworben. Also habe der Beklagte den Kläger arglistig getäuscht und sei zum Schadensersatz verpflichtet. Der Beklagte erwiderte darauf, der Ara sei weder vorher noch zur Zeit der Übergabe erkennbar krank gewesen. Die Erkrankung sei vielmehr auf den Milieuwechsel, auf einen ungünstigen zugigen Aufenthaltsort und auf eine falsche Ernährung mit Kuchen und Waffeln zurückzuführen.

Entscheidung des Gerichts:

Das Gericht entschied unter anderem aufgrund des Sachverständigengutachtens, daß der Vogel zur Zeit der Übergabe nicht gesund war und der Kauf rückgängig gemacht wird, d.h. der Beklagte hat an den Kläger DM 1.350 zu bezahlen.

Berufung:

Der Beklagte ging nun in Berufung, da kein Beweis erbracht worden war, daß der Vogel tatsächlich zum Zeitpunkt der Übergabe krank war. Ferner brachte er vor, er besitze das Armenrecht und könne das Geld nicht aufbringen.

Bedingter Vergleich:

In der Berufungsinstanz kam es zu einem bedingten Vergleich:

"Der Kläger verpflichtet sich, das Ersturteil nicht zu vollstrecken und der Beklagte verpflichtet sich, seine Berufung gegen das Urteil zurückzunehmen."

Diskussion:

Hier hatte die erste Instanz völlig richtig entschieden, aber das zweite Urteil, der bedingte Vergleich, ist nach meinem Ermessen falsch.

Die Einlassung des Beklagten, die Erkrankung des Ara sei auf den Milieuwechsel, auf einen ungünstigen zugigen Aufenthaltsort und auf eine falsche Ernährung mit Kuchen und Waffeln zurückzuführen, ist unsinnig. Beim Vogel wurde Aspergillose nachgewiesen, was unmöglich von Kuchen und Waffeln herrühren konnte. Der Papagei muß schon zur Zeit der Übergabe krank gewesen sein und somit besteht unter anderem auch ein Verstoß gegen § 2, Ziffer 4 des alten Tierschutzgesetzes von 1933:

"Verboten ist, ein gebrechliches, krankes, abgetriebenes oder altes Haustier, für das das Weiterleben eine Qual bedeutet, zu einem anderen Zweck als zur alsbaldigen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben..."
Dies wiederum ist eine Tierquälerei im Sinne des § 1.

Forderung beim Kauf eines Pferdes - ohne Gewähr

LG München II: AZ 1 o 255/67

Tatbestand:

Der Beklagte kaufte vom Kläger eine Fuchsstute zum Preis von DM 1.700. Dabei wurde von beiden folgende "Kaufbestätigung" unterzeichnet:

"Amwurde das Pferd B., Fuchs, an Herrn Sch. verkauft. Der Vermittler (= Kläger) übernimmt keine Gewähr. Vereinbarter Preis DM 1.700."

Der Verrechnungsscheck wurde nachträglich vom Beklagten gesperrt, da das Pferd "webe, dämpfig und nicht verkehrssicher sei und Dummkoller habe."

Der Kläger verlangte nun vom Beklagten die volle Bezahlung des Kaufpreises. Das Tier sei bei Abschluß des Kaufvertrages und bei der Übergabe gesund und mangelfrei gewesen. Laut Kaufbestätigung wurde auch keine Gewährleistung übernommen. Sollten sich die Eigenschaften des Pferdes nach der Übergabe geändert haben, so kann das lediglich an einer unsachgemäßen Behandlung des Tieres nach der Übergabe liegen. So sei insbesondere das "Weben" kein gesundheitlicher Mangel, sondern hänge von der Behandlung des Tieres ab. Im übrigen habe er dem Beklagten beim Verkauf gesagt, das Pferd habe schon einmal "hin- und hergewoben". Der Beklagte beantragte die Klage abzuweisen, d.h. die Zahlung von DM 1.700. Nach ausdrücklicher Befragung war vom Kläger zugesichert worden, das Tier sei frei von jeglichen Mängeln und hervorragend als Reitpferd geeignet. Trotzdem habe sich nach der Übergabe herausgestellt, daß es webe, den Dummkoller habe und dämpfig sei. Außerdem sei es nicht verkehrssicher. Diese Mängel habe er schon zwei Tage nach dem Kauf telefonisch beim Kläger gerügt und dabei auch seine Mängelansprüche geltend gemacht. Zusätzlich habe er

zwölf Tage nach dem Kauf persönlich mit dem Kläger gesprochen und die Mängel angezeigt. Bei diesem Besuch habe der Bruder des Klägers bestätigt, daß das Pferd zeitweise webe. Dies habe auch der Kläger gewußt, ebenso, daß die Stute früher einmal unter Dummkoller gelitten habe. Das Weben zeigte sich schon wenige Tage nach der Übergabe und das Pferd sei vom Beklagten fachgerecht behandelt worden, also war der Mangel zur Zeit der Übergabe vorhanden und der Wandelungsanspruch sei berechtigt.

Entscheidung des Gerichts:

Das Gericht entschied, daß die Klage begründet ist, da der Beklagte den vereinbarten Kaufpreis nicht bezahlt habe und die von ihm erhobene Wandelungseinrede unbegründet ist. Der Beklagte konnte keinen Beweis für das Vorliegen von Hauptmängeln (Dummkoller, Dämpfigkeit) zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs erbringen. Ferner hatte der Sachverständige, Amtstierarzt Dr. S., glaubhaft ausgesagt, das Pferd habe keine Seuche oder Krankheit, insbesondere keinen Hauptmangel. Auch war die Zusicherung der Mangelfreiheit und Reitfähigkeit kein Vertragsbestandteil und da keine Offenbarungspflicht des Verkäufers besteht, kann hier nicht von arglistigem Verschweigen gesprochen werden. Die mündlichen Erklärungen sind hier nur unverbindliche Anpreisungen des Kaufgegenstandes und einseitige Angaben, die nicht Vertragsinhalt geworden sind. Abgesehen davon ist das Weben laut Gutachten eine Untugend, kein gesundheitlicher Mangel.

Das Pferd war bei der Übergabe reitfähig - es wurde von der Vorbesitzerin vorgeritten.

Der Beklagte erhob gegen das Urteil, die DM 1.700 nebst Zinsen zu bezahlen, Einspruch.

Die Berufung wurde aber verworfen, da der Einspruch nicht von einem zuständigen Rechtsanwalt unterschrieben und die Frist abgelaufen war.

Diskussion:

Hier hatte der Käufer einmal den Fehler gemacht, keinen Tierarzt hinzuzuziehen, um die Diagnose der Dämpfigkeit und des Dummkollers sicherzustellen. Dämpfigkeit ("Dampf, Hartschlägigkeit, Bauchschlägigkeit = die Atembeschwerde, die durch einen chronischen, unheilbaren Krankheitszustand der Lungen oder des Herzen bewirkt wird") und Dummkoller ("Koller, Dummsein = allmählich oder infolge der akuten Gehirnwassersucht entstandene, unheilbare Krankheit des Gehirns, bei der das Bewußtsein des Pferdes herabgesetzt ist") gehören zu den Hauptmängeln beim Kauf von Pferden, Eseln, Mauleseln und Maultieren.

Nach § 482 des BGB hat der Verkäufer nur bestimmte Fehler (Hauptmängel) zu vertreten, wenn sich diese innerhalb bestimmter Fristen (Gewährfristen) zeigen.

Aber selbst bei der Sicherung der Diagnose wäre der Beklagte verpflichtet gewesen, den vollen Kaufpreis zu bezahlen und hätte keinen Anspruch auf Wandelung gehabt, denn er hatte selbst in der "Kaufbestätigung" unterzeichnet, daß der Vermittler, also Verkäufer keine Gewähr übernimmt. Durch einen Sondervertrag kann nämlich die gesetzliche Gewährleistung für die Hauptmängel ausgeschlossen werden ("ohne Garantie verkaufen" - hiermit gleichbedeutend sind die Ausdrücke "für nichts gut sein", "wie es geht und steht", im gegenwärtigen Zustand", "schlecht für gerecht" usw.).

Forderung beim Kauf eines Pferdes - Zusicherung "gesund und fehlerfrei"

LG München II: AZ 9 o 343/71

Tatbestand:

Am 12. Juli 1971 kaufte der Kläger vom Beklagten eine Fuchsstute zum Preis von DM 7.500. Der Beklagte hatte dem Kläger am Tag zuvor versichert, das Pferd sei gesund und ohne Fehler, es hätte nur wenig Kondition, da er selber einen Unfall gehabt hätte und daher seit längerer Zeit nicht mehr reiten könnte. Bei der Übergabe bekräftigte der Beklagte erneut die Gesundheit und Fehlerfreiheit des Pferdes und wies wieder auf die mangelnde Kondition hin.

Kurze Zeit nach dem Kauf stellte der Kläger erschwerte Atmung und einen deutlichen Kehlkopf Pfeifton fest. Er zeigte sofort (am 24.7.) dem Beklagten an, daß das Tier einen Gewährsmangel aufwies, von dem ihm beim Verkauf nichts gesagt worden war und daß das Rohren nach wie vor anhalte, obwohl das Pferd anscheinend vor wenigen Wochen operiert worden sei.

Am 10. August schrieb der Beklagte, daß er den Brief am 27. Juli erhalten habe und daß er die gewünschte Wandelung zurückweise. Der Beklagte verweigerte eine Aussprache mit dem Kläger und behauptete, daß er ebenso wie der Bereiter und Pferdepfleger das Pferd nie husten gehört habe. Die Fuchsstute war im Februar 1971 am Kehlkopf operiert worden und der Tierarzt hatte damals bestätigt, daß alles in Ordnung sei.

Hierauf legte der Kläger ein tierärztliches Zeugnis vor, in dem "erschwerte Atmung, gelegentlicher Hustenreiz und feines Pfeifen" bescheinigt wurde. Offenbar sei bei der

Operation die Stenose nicht vollkommen behoben worden. Der Beklagte wies die Klage ab und behauptete, die Operation im Februar 1971 sei dem Kläger bekannt gewesen, ferner sei die Narbe für jeden zu erkennen. Er bestritt ausdrücklich den Husten und erkannte das tierärztliche Zeugnis nicht an, da der Tierarzt ein Freund und Clubkamerad des Klägers sei. Abgesehen davon sei die Sache bereits verjährt.

Nun ließ sich der Kläger erneut vom Tierarzt Kehlkopf-pfeifen bestätigen ("... nicht als geheilt zu betrachten"). Die Einrede der Verjährung greife nicht durch, da der Brief am 24. Juli zur Post gegeben wurde, ferner könnte ein Zeuge beweisen, daß dieser Brief beim Beklagten bereits am 26.7. eingegangen war.

(Gemäß § 485 BGB "verliert der Käufer die ihm wegen des Mangels zustehenden Rechte, wenn er nicht spätestens zwei Tage nach Ablauf der Gewährfrist ...den Mangel dem Verkäufer anzeigt oder die Anzeige an ihn absendet...")

Der Kläger bestritt, daß ihm die Operation bekannt war und die Narbe für jeden zu erkennen wäre. Außerdem hatte der Kläger inzwischen festgestellt, daß die Stute bereits zweimal operiert und auch das Nasenseptum durchschnitten worden sei.

Darauf entgegnete wiederum der Beklagte, das Tier sei trotz angeblichem Pfeifen bei Turnieren verwendet worden, was schließlich etwaige Gewährleistungsansprüche verwirkt und sogar tierschützerisch nicht vertretbar wäre. Ferner wäre die Operation doch bekannt gewesen.

Der Kläger stellte nun den Antrag, daß der Beklagte den Kaufpreis (DM 7.500) und die Unterhaltskosten (DM 2.450) zu bezahlen habe.

Darauf wurde (ohne Untersuchung des Pferdes, nur aufgrund der Akten) ein Sachverständigengutachten angefertigt.

Nun behauptete der Beklagte, das Tier habe durch eine Überbeanspruchung Dampf bekommen und beantragte ein neues Gutachten, da das Tier nun an einer Lungenerkrankung leide, was mit Kehlkopfpeifen nichts zu tun habe (dies trete nämlich nur in Bewegung auf).

Der Sachverständige bestätigte nun in seinem zweiten Gutachten, daß es absolut zweifelsfrei sei, daß das Pferd zur Zeit mit dem Hauptmangel Kehlkopfpeifen behaftet ist. Drei Zeugen bestätigen, daß von einer früheren Kehlkopfoperation und einer Narbe beim Kauf nicht gesprochen wurde.

Vergleich:

Daraufhin kam es dann zu folgendem Vergleich:

"Der Beklagte verpflichtet sich zur Abfindung aller Ansprüche zwischen den Parteien aus dem streitgegenständlichen Pferdekauf DM 11.500 zu bezahlen, Zug um Zug gegen Herausgabe der Fuchsstute."

Diskussion:

Nach der Kaiserlichen Verordnung § 1, I, 4 ist Kehlkopfpeifen (= "die durch einen chronischen und unheilbaren Krankheitszustand des Kehlkopfs oder der Luftröhre verursachte und durch ein hörbares Geräusch gekennzeichnete Atemstörung") ein Hauptmangel, d.h. ein gesetzlicher Gewährmangel. Für die Hauptmängel hat der Verkäufer stillschweigend die Garantie zu übernehmen, nur für diese Fehler hat er gesetzlich zu haften. Der Verkäufer kann unabhängig von § 482 die Gewährleistung für Fehler übernehmen, welche nicht zu den Hauptmängeln gehören (vertragliche Mängel) oder bestimmte Eigenschaften eines Tieres zusichern (schriftlich oder mündlich).

(§ 482: "I. Der Verkäufer hat nur bestimmte Fehler (Hauptmängel) und diese nur dann zu vertreten, wenn sie sich innerhalb bestimmter Fristen (Gewährfristen) zeigen.

II. Die Hauptmängel und die Gewährfristen werden durch eine mit Zustimmung des Bundesrats zu erlassende Kaiserliche Verordnung bestimmt. Die Bestimmung kann auf demselben Wege ergänzt oder abgeändert werden.")

Für die gesetzlichen Fehler (Hauptmängel) hat der Verkäufer also unter allen Umständen, auch ohne besondere Zusicherung zu haften.

Unter den besonderen Gewährleistungen nach § 492 ist am wichtigsten die für Gesundheit und Fehlerfreiheit.

§ 492: "Übernimmt der Verkäufer die Gewährleistung wegen eines nicht zu den Hauptmängeln gehörenden Fehlers oder sichert er eine Eigenschaft des Tieres zu, so finden die Vorschriften der §§ 487 bis 491 und, wenn eine Gewährfrist vereinbart wird, auch die Vorschriften der §§ 483 bis 485 entsprechende Anwendung. Die im § 490 bestimmte Verjährung beginnt, wenn eine Gewährfrist nicht vereinbart wird, mit der Ablieferung des Tieres."

Die Garantie für Gesundheit ("gesund", "kerngesund", "gesund und recht", "um und um recht", usw.) ist als Zusicherung einer bestimmten Eigenschaft aufzufassen und besagt das Nichtvorhandensein aller Krankheiten.

§ 463: "Fehlt der verkauften Sache zur Zeit des Kaufes eine zugesicherte Eigenschaft, so kann der Käufer statt der Wandelung oder der Minderung Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Das gleiche gilt, wenn der Verkäufer einen Fehler arglistig verschwiegen hat."

Auch die Garantie für Fehlerfreiheit ("reell", "untadelhaft", "nichts dran" usw.) bedeutet die Zusicherung einer bestimmten Eigenschaft nach § 463 und umfaßt mithin auch die unerheblichen Mängel.

In dieser Streitsache hatte der Verkäufer mehrmals die Gesundheit und Fehlerfreiheit des Pferdes hervorgehoben und damit die Gewährleistung für alle erheblichen und unerheblichen Mängel übernommen.

Aber da Kehlkopfpfeifen ja ein Hauptmangel, also ein gesetzlicher Gewährmangel ist, hatte er stillschweigend die Garantie zu übernehmen und mußte somit den Kauf rückgängig machen.

Forderung bei Verletzung eines Hundes - Sachbegriff

AG München: AZ 6 c 689/72

Tatbestand:

Die Klägerin war Halterin eines Dackels, mit dem sie an einem Sonntag auf freier Flur spazierenging.

Der Beklagte hielt auf der Anhöhe des den Weg begrenzenden Abhanges einen Hundezwinger. Dort hielt er sich an diesem Nachmittag mit zwei großen Schäferhunden auf. Die Klägerin stand ca. 30 m von diesem Zwinger entfernt, nachdem ihr 9 jähriger Großneffe vorausgelaufen war und berichtet hatte, daß dort hinter dem Zaun zwei große Schäferhunde waren. Während sie noch überlegten, in welche Richtung sie weitergehen sollten, kamen die beiden Hunde des Angeklagten herausgerast und stürzten sich auf den vor ihnen stehenden Dackel. Sie bissen wütend auf den kleinen Hund ein, bis der Beklagte sie endlich zurückpiffte. Der Dackel war erheblich verletzt (Bauchdeckendurchbiß und Darmvorfall) und verlor viel Blut. Die Klägerin machte sofort an Ort und Stelle den Beklagten darauf aufmerksam, daß er die Tierarztrechnung bezahlen müsse. Der Beklagte weigerte sich und erklärte nur, daß sich die Klägerin auf Privatgrund befinde. Der Junge holte seinen Vater, den Neffen der Klägerin herbei. Dieser fuhr die Klägerin mit dem Hund zum Tierarzt, holte die Polizei und ließ sich den Namen des Hundehalters geben. Später bat er den Beklagten schriftlich, den Vorfall der Versicherung zu melden und schickte ihm die Tierarztrechnung in Höhe von DM 442,04.

Die Versicherung sandte nach kurzer Zeit eine Abfindungserklärung über DM 300 zu mit der Bemerkung:

"Es muß hier von einer Mithaftung Ihrerseits ausgegangen werden, da Sie die Gefährdungshaftung des § 833 BGB bezüglich Ihres nicht an der Leine geführten Dackels trifft." Dieser § 833 BGB lautet wörtlich:

1. "Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen."
2. "Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Berufe, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalt des Tierhalters zu dienen bestimmt ist und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei der Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde."

Schriftwechsel zwischen den Parteien:

Die Klägerin hatte diese Abfindungserklärung nicht unterschrieben und sich an einen Rechtsanwalt gewandt. Daraufhin wurde die Versicherung um Anerkennung des Schadens in Höhe von DM 487,14 gebeten. Darin sind außer dem Arzthonorar DM 20,-- Reinigungskosten für die Kleidung der Klägerin, DM 21,-- Fahrtkosten zum Tierarzt und DM 4,10 für Briefe und Telefongespräche enthalten.

Die Versicherung lehnte eine Besprechung ihres Sachbearbeiters mit dem Rechtsanwalt ab, da sie angewiesen sei, Kosten zu sparen, es dürfe also keine Besprechungsgebühr anfallen. Sie schickte dann DM 300,-- und teilte im Begleitschreiben mit, daß die Klägerin das Gelände nicht hätte betreten dürfen, weil es Eigentum ihres Versicherungsnehmers sei.

Das Gelände ist aber weder eingezäunt noch sonst in irgendeiner Weise als Privateigentum gekennzeichnet gewesen, es war vom Beklagten auch nur gepachtet. Allein der Umstand, daß der Überfall nur 30 m vom Zwinger entfernt stattfand, beweist, daß die Behauptung des Beklagten, der Hund habe sich beim Schadensfalle 200 m von seiner Herrin entfernt aufgehalten, nicht richtig sein kann. Es bestand zur Anleinung des Hundes keine Notwendigkeit, da kein anderer Hund beim Betreten des Geländes in der Nähe sichtbar war. Die Hunde des Beklagten sind zunächst bellend am Zwingergitter entlanggelaufen. Erst als die Klägerin ca. 30 m vom Zwinger entfernt war, wurde dieser offenbar geöffnet und die beiden Schäferhunde kamen auf das freie Feld heraus. Sie stürzten auf den Dackel los, während der Beklagte in der Nähe stand ohne sie durch Anruf oder Pfeifen zurückzuweisen. Selbst wenn der Dackel angeleint gewesen wäre, hätte der Überfall nicht verhindert werden können und die Klägerin wäre vielleicht sogar zu Boden gerissen worden.

In seinem Antrag auf Klageabweisung brachte der Beklagte vor, er betreibe eine größere Gärtnerei und gleichzeitig einen Hundezwinger. Die beiden Schäferhunde, die den Dackel gebissen haben, sind also Haustiere, die gleichzeitig dem Berufe des Beklagten (Gärtnerei) und daneben auch der Erwerbstätigkeit bzw. dem Unterhalt zu dienen bestimmt sind. Damit entfalle die Tierhalterhaftung nach § 833 BGB. Ganz anders verhielte es sich auf Seiten der Klägerin. Hier handele es sich unbestreitbar um ein Luxustier. Der Dackel hatte zur Unfallzeit noch einen Wert von DM 100,--; vor 9 Jahren kostete er der Klägerin DM 180,--. Die Klägerin meint zwar, der Hund habe für sie einen sehr hohen ideellen Wert, es ist aber nicht das Affektionsinteresse maßgebend, sondern nur der Wert, der auf dem Markt für einen solchen Hund gezahlt werden muß.

Es könne daher keinen Zweifel geben, daß die Hundebesitzerin gröblich gegen ihre Schadensminderungspflicht verstößt, wenn sie für einen Hund im Wert von höchstens DM 100,-- einen Betrag von DM 500,-- und mehr aufwendet. Der Klägerin mag ihr Hund das zwar wert gewesen sein, aber dann müsse sie das schon selbst bezahlen. Der dazugepachtete Geländestreifen, auf dem sich der Vorfall ereignet hatte, war ursprünglich beschildert ("Privatgrund - Betreten verboten"), aber die Schilder seien vermutlich von Kindern oder anderen Leuten beseitigt worden.

Darauf entgegnete der Rechtsanwalt der Klägerin:

"Es kann dahingestellt bleiben, ob es sich bei den Schäferhunden des Beklagten um Haustiere im Sinne des § 833 BGB handelt, denn für die Entlastung von der Haftpflicht kommt es auf alle Fälle auf Satz 2 des § 833 an."

(Bei der modifizierten Verschuldenshaftung des § 833, Satz 2 BGB ist der Halter von Haustieren, die nicht als Luxustiere gehalten werden, in vollem Umfange dafür beweispflichtig, daß er die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat. Der Tierhalter darf sich zu seiner Entlastung auch nicht darauf berufen, das von ihm gehaltene Tier habe sich bisher immer ruhig und normal verhalten, er muß vielmehr stets damit rechnen, daß ein Tier infolge der Unberechenbarkeit seines Verhaltens eine Gefahr für andere darstellen kann. Angesichts der Verteilung der Beweislast muß der Tierhalter damit rechnen, daß alle ungeklärten Tatumstände zu seinen Lasten gehen. Er wird also für den Fall der Gefährdungshaftung als auch der modifizierten Verschuldenshaftung gut daran tun, künftige Schadensersatzansprüche Verletzter durch Abschluß geeigneter Versicherungen abzusichern (23).

Ferner betonte der Anwalt der Klägerin:

"Der Beklagte kann sich also hier nicht entlasten aus folgenden Gründen: Der Überfall war nicht 200 m vom Zwinger entfernt, sondern nur 30 m. Der Beklagte hätte sich daher vergewissern müssen, daß seine großen Hunde niemanden gefährden, wenn er seinen Zwinger öffnet. Es ist vom Beklagten nicht dargetan, worin die Schadensminderungspflicht der Klägerin bestanden haben soll. Hätte sie vielleicht den Hund verbluten lassen sollen, anstatt ihn sofort zum Tierarzt zu bringen? Die Rechnung des Beklagten, daß der Dackel nur mehr DM 100,-- wert gewesen sei und daß die Klägerin dafür keinen Betrag von nahezu DM 500,-- hätte aufwenden dürfen, ist abwegig. Der Hund ist zwar nach dem Gesetz als eine Sache zu beurteilen, es ist aber immerhin noch ein Unterschied, ob man ein Fahrzeug mit überhöhten Kosten wiederherstellen läßt oder einen Hund zum Tierarzt bringt, wobei es im letzteren Fall nicht vorauszusehen ist, wie hoch sich die Kosten belaufen werden. Das konnte und mußte die Klägerin bei ihrer Handlungsweise nicht berücksichtigen."

Entscheidung des Gerichts:

Etwa ein dreiviertel Jahr nach dem Vorfall wies dann das Amtsgericht die Klage ab und begründete die Entscheidung folgendermaßen:

"Ein der Klägerin möglicherweise entstandener und vom Beklagten zu ersetzender Schaden ist jedenfalls durch die Zahlung von DM 300,-- durch die Versicherung abgedeckt. Es kann dahin gestellt bleiben, ob der Vorfall sich an jenem Sonntag so abgespielt hatte, wie die Klägerin vorgetragen hat, jedenfalls ist ihr Schaden nicht höher als DM 300,--. Es ist nämlich gerichtsbekannt, daß ein 9 Jahre alter Dackel keinen höheren Wert mehr als DM 80,-- als reinen Sachwert hat."

Wenn man die anderen Schäden im Wert von DM 70,-- dazu schlägt, ergibt sich ein zu ersetzender Schaden von DM 150,--, so daß die Klägerin durch die Zahlung der Haftpflichtversicherung des Beklagten in Höhe von DM 300,-- bereits schadlos gestellt ist.

Dabei muß unberücksichtigt bleiben, daß die Klägerin ein bestimmtes Affektionsinteresse an dem Dackel hat. Ein solches Affektionsinteresse, das durchaus vorhanden und anerkannt wird, genügt jedoch nicht um eine Schadensersatzforderung zu begründen. Da es sich bei dem Dackel um eine Sache im Rechtssinne handelt, war allenfalls der gemeine Wert dieser Sache von dem Beklagten zu ersetzen. Dieser gemeine Wert des Dackels der Klägerin betrug wie vorgetragenen maximal DM 80,--. Die Klägerin hat damit rechtlich gesehen gegen ihre Schadensminderungspflicht insoweit verstoßen, als sie höhere Aufwendungen für den Hund vorgenommen hatte, als dessen Wert zum Zeitpunkt des Unfalls war und daß sie die Kosten dem Beklagten in Rechnung stellte. Daher mußte es unberücksichtigt bleiben, daß die Klägerin aus ihrer tierfreundlichen Haltung heraus selbstverständlich bereit war, alles zu tun, um den Dackel wieder gesund zu pflegen. Dies ist jedoch nicht der Maßstab der Schadensersatzrechtssprechung. Die Klage war daher abzuweisen."

Diskussion:

Die Klägerin hätte das Urteil nicht annehmen sollen, denn für sie war es nicht ersichtlich, daß sie sich auf Privatgrund befand. Der Beklagte hätte die Schilder erneut anbringen müssen. Ferner ist die Begründung des Beklagten sehr fraglich, ihn treffe keine Haftung, da die beiden Schäferhunde seinem Berufe dienten. Er betreibe eine Gärtnerei und die Hunde seien auch seiner Erwerbstätigkeit

förderlich, zumal er einen Hundezwinger betreibe. In so einem Falle aber ist der Hundebesitzer trotzdem seiner Sorgfaltspflicht nicht enthoben und hat zu gewährleisten, daß seine Hunde niemanden grundlos gefährden.

Im Urteil wird der Klägerin vorgerechnet, ein männlicher Dackel im Alter von 9 Jahren habe keinen höheren Sachwert als DM 80,-- und wenn man die anderen Schäden in Höhe von DM 70,-- dazurechnet, so sei ja eigentlich nur ein Schaden von DM 150,-- zu ersetzen. Wo bleiben aber hier die Tierarztkosten?

Warum genügte das Affektionsinteresse der Hundebesitzerin nicht eine Schadensersatzforderung zu begründen? Für die Klägerin war ja gar nicht abzusehen, wie hoch sich die Kosten für den Tierarzt belaufen würden und es dürfte wohl selbstverständlich sein, daß man in einem solchen Fall in erster Linie versucht, dem Tier das Leben zu retten (dies ist sogar ein Akt des Tierschutzes) und sich nicht zuerst den "gemeinen Wert dieser Sache" ausrechnet, bevor man höhere Aufwendungen macht. Sollte etwa ein Tierarzt, bevor er mit einer Behandlung beginnt, das Alter und gar noch den derzeitigen "Marktwert" des Patienten besprechen und mit den voraussichtlichen Behandlungskosten abwägen? Warum mußte es unberücksichtigt bleiben, daß die Tierbesitzerin aus einer tierfreundlichen Haltung heraus bereit war, ihren Dackel gesundzupflegen, hätte sie ihn denn gleich töten lassen sollen? Was ist denn der Maßstab der Schadensersatzrechtssprechung? Bei einem Möbelstück oder einem Auto ist es klar, daß man keine höheren Reparaturkosten in Kauf nimmt, als der gemeine Wert ist, aber bei einem Tier läßt sich so etwas doch nicht so leicht berechnen.

Ein Brief der Haftpflichtversicherung des Beklagten an den Klägervertreter enthielt einen Widerspruch in sich und zwar hieß es in ihm wörtlich:

"Bei dem Dackel Ihrer Partei handelt es sich um ein reines Luxustier. Frau E. hat sich deshalb gemäß § 833 und 254 BGB das Verhalten ihres Dackels entgegenhalten zu lassen. Was die Schadenshöhe betrifft, so ist nach hier geltendem Recht nicht das Affektionsinteresse maßgebend, sondern bei einem Tier, das ja lediglich Sachwert hat, nur der Wert, der auf dem allgemeinen Markt für einen solchen Hund gezahlt wird."

Hier wurde der Hund auf der einen Seite als reines Luxustier bezeichnet und auf der anderen Seite wird ihm lediglich der Sachwert zugesprochen, den ein solcher Hund auf dem allgemeinen Markt hat.

Da die beiden Schäferhunde zunächst hinter Gittern im Zwinger waren, erhebt sich der Verdacht, daß der Beklagte sie sogar mit der Absicht herausließ, sie auf den Dackel der Klägerin zu hetzen. Er rief sie erst zurück, als sie den kleinen Hund bereits übel zugerichtet hatten.

Hier fällt das Gericht vom tierärztlichen und tierschützerischen Standpunkt aus eine absolut falsche Entscheidung, denn ein Tier als Lebewesen kann nicht so behandelt werden wie ein beschädigtes Auto oder Möbelstück. Die Höhe der Aufwendungen um dem Tier das Leben zu retten, sind weder für den Besitzer noch für den Tierarzt genau absehbar und es ist selbstverständlich, daß man die Behandlung nach besten Möglichkeiten durchführen läßt.

Sachbegriff und Tierschutzgesetz

=====

Tötung zweier Hunde beim Wildern - Tierquälerei:

LG Schweinfurt: AZ 6 Js 1785/73

Tatbestand:

Der Beschuldigte hatte zwei reinrassige Schäferhunde erschossen, die er angeblich beim Wildern ertappt hatte. Die beiden Hunde, etwa 1 und 10 Jahre alt, wurden auf einem ca. 3,5 ha großen eingezäunten Gärtnereibetrieb gehalten. Schon einmal wurde Anzeige bei der Jagdbehörde bewirkt, da der Beschuldigte mehrmals in den Betrieb geschossen hatte, so daß sich die Arbeiter auf den Boden werfen mußten. Nach diesem Vorfall wollten sie sogar die Arbeit ganz niederlegen. Als der Jäger damals darauf angesprochen wurde, antwortete er nur: "Ich bin ja versichert, selbst wenn ich jemanden treffen würde." Der Beschuldigte hatte auch schon auf Autos und Garagen geschossen.

Der Tierschutzverein erstattete Strafanzeige und legte dem Beschuldigten zur Last, grundlos die beiden Schäferhunde erschossen zu haben. Die beiden Hunde hätten sicherlich nicht gewildert, denn in dem Gärtnereibetrieb selber befand sich derart viel Wild (Kaninchen, Rebhühner, Fasanen), daß sich der Besitzer schon einmal gezwungen sah, die Gemeinde deshalb um Hilfe zu bitten. Abgesehen davon sei der eine Hund sowieso noch zu jung zum Wildern gewesen.

Der Jagdpächter gab zu dem Vorwurf an, er habe die beiden Hunde längere Zeit beim Wildern beobachtet und den Besitzer davon bereits schon einmal unterrichtet. Als er sie später ca. 1 km vom Anwesen entfernt erneut beim Wildern

in seinem Revier angetroffen habe, habe er sie erschossen. Sie seien sofort tot gewesen.

Einstellung des Verfahrens:

Das Verfahren wurde eingestellt, weil "dem Beschuldigten seine Einlassung nicht widerlegt werden kann, da Zeugen der Tat nicht zu ermitteln waren. Das Töten frei laufender Hunde in einem Jagdrevier ist gestattet (Artikel 29, Absatz 1 Nummer 2, Bay JG)."

Diskussion:

Obwohl hier der Beschuldigte offensichtlich öfters ohne besonderen Grund von seiner Schußwaffe Gebrauch machte, ist ihm nicht zu widerlegen, daß er die Hunde beim Wildern erschossen hatte. Dazu ist er nämlich nach dem Gesetz berechtigt. Der zitierte Artikel 29, Absatz 1, Nummer 2 des Bayerischen Jagdgesetzes lautet:

"Der Jäger ist berechtigt, Hunde, die in einem Jagdrevier außerhalb der Einwirkung ihres Herrn und streunende Katzen, die in einer Entfernung von mehr als 200 m vom nächsten bewohnten Gebäude getroffen werden, sowie Hunde und Katzen, die sich in Fallen gefangen haben, zu töten und zu beseitigen. Dieses Recht erstreckt sich nicht auf Jagd-, Dienst-, Blinden- und Hirtenhunde, soweit sie als solche kenntlich sind und solange sie vom Berechtigten zu ihrem Dienst verwendet werden; ihre Verwendung im Dienst ist nicht aufgehoben, wenn sie sich nur vorübergehend der Einwirkung ihres Führers entzogen haben."

Allgemein kann also nach den geltenden Bestimmungen ein Hund, der sich in einem Jagdbezirk der Bewachung und Einflußnahme seines Herrn auch nur vorübergehend entzogen hat, getötet werden. (23, 5) Der Jagdschutz (Schutz des Wildes vor Wilderern, Raubwild, Futternot, Wildzeug, Raubzeug

und vor wildernden Hunden und Katzen....) unterliegt laut § 23 Bundesjagdgesetz im einzelnen der Ländergesetzgebung. In Nordrhein-Westfalen und in Hamburg ist das Tötungsrecht für Hunde im Jagdrevier nur gegeben, wenn sie "wildern". In allen übrigen landesrechtlichen Jagdgesetzen berechtigt eine unwiderlegliche Vermutung zur Tötung eines Hundes, wenn sich dieser im Jagdrevier der Einwirkung seines Herrn entzogen hat. Es wird also davon ausgegangen, daß ein unbeaufsichtigt herumlaufender Hund im Jagdrevier eine Gefahr für das Wild darstellt.

Ein vernünftiger Tierschutz kann nicht nur auf das Haustier, sondern muß auch auf die freilebende Tierwelt bezogen sein. In dieser Hinsicht muß der Jäger ständig aufklärend wirken gegenüber jener Gefühlsduselei, mit der auch noch die ständig streunende Katze oder der notorisch wildernde Hund gedeckt werden. Andererseits darf es nicht vorkommen, daß ein Jäger z.B. einen Hund blindlings erschießt, der nur durch einen unglücklichen Umstand einmal oder kurzfristig außerhalb der Gewalt seines Herrn geraten ist. Jagd- und Tierschutzbestreben müssen Hand in Hand gehen durch ständiges Kontakthalten der Partner untereinander. Der Hund (außerhalb der Gewalt seines Herrn) und die Katze (in mehr als 200 m Entfernung vom nächsten bewohnten Haus) müssen also nicht auf der Fährte oder Spur eines Wildes, d.h. beim Wildern angetroffen werden (11). Es ist für einen Hundebesitzer auf jeden Fall ratsam, z.B. bei Spaziergängen am oder im Wald das Tier an der Leine zu führen. Denn wenn ein Jäger behauptet, er hätte den Hund unmittelbar beim Wildern angetroffen und deshalb erschossen, so wird ihm das schwer zu widerlegen sein, besonders wenn sich der Hund außerhalb der Sichtweite des Besitzers befand und es keine Zeugen gibt.

Hier ist noch zu betonen, daß zwei Hunde zusammen beim Wildern in erhöhtem Maße für das Wild gefährlich werden können. Solange auch die Tollwutgefahr noch so verbreitet ist, werden die Jäger ein besonderes Augenmerk auf streunende Hunde und Katzen richten und müssen es in Tollwutgebieten sogar tun. Hier leiden eventuell Tiere am fehlenden Einsehen der Menschen.

Rohe Tötung eines Hundes - Tierquälerei

AG Hammelburg: AZ Cs 13 a,b/73

Tatbestand:

Die beiden Angeklagten sind Jagdpächter. Einer von ihnen wurde auf einen Hund am Waldrand in ca. 4 - 500 m Entfernung aufmerksam gemacht. Daraufhin wollte er mit bloßem Auge gesehen haben, daß dieser Hund einem Wildkaninchen (die übrigens in den dortigen Weinbaugebieten durch ihre hohe Zahl eine Plage bedeuten) nachstellte und er verständigte den Mitangeklagten. Sie beschlossen beide, den etwa 8 Monate alten Foxterrier zu töten und holten ein Drillingsgewehr. Hundert Meter vom Dorfrand entfernt schossen sie auf den Hund, der sich in 2 - 300 m Entfernung zum Anwesen seines Herrn in Richtung Dorf bewegte. Durch diesen Schuß wurde das Tier jedoch nicht getötet, sondern so schwer verletzt, daß ihm "das Blut auf der Schnauze stand und die Därme aus dem After hingen". Obwohl die beiden Angeklagten durch das weithin hörbare Schreien und Jammern des Hundes erkannt hatten, daß er nur angeschossen war, entfernten sie sich vom Tatort, um zum Verscharren des Tieres eine Hacke zu holen. Erst 20 - 25 Minuten später kehrten sie zu dem angeschossenen Hund zurück. Das Tier saß nun gekrümmt auf den Hinterbeinen, schrie und winselte vor Schmerzen und versuchte noch sich dem herbeigeeilten Sohn seines Herrn auf dem Gesäß rutschend zu nähern. Nun nahm einer der beiden Angeklagten die Hacke und schlug mehrere Male auf den Kopf des Tieres ein. Anschließend verscharrten dann die beiden Jagdpächter den Hund so oberflächlich, daß er bei den polizeilichen Ermittlungen 4 Tage später nur mit einer 5 cm dicken Erdschicht bedeckt war.

Entscheidung des Gerichts:

Danach haben sich die beiden Angeklagten eines gemeinschaftlich begangenen vorsätzlichen Vergehens nach § 1 und § 17 Ziffer 2 b des neuen Tierschutzgesetzes von 1972 schuldig gemacht.

"§ 1 ...Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.

§ 17, 2 b ...Mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer ... einem Wirbeltier ... länger anhaltende oder sich wiederholende Schmerzen oder Leiden zufügt."

Die Angeklagten behaupteten zwar, daß das Tier tot gewesen sei, aber nach Zeugenaussagen waren die Schreie und Wehlaute über mehrere hundert Meter hinweg zu hören gewesen. Da die Angeklagten auch nicht in berechtigter Ausübung des Jagdschutzes nach Artikel 28/29 des Bayerischen Jagdgesetzes handelten, weil der Hund zum Zeitpunkt der Abgabe des Schusses nach dem für erwiesen erachteten Sachverhalt offensichtlich keine gegenwärtige Gefahr für das Wild bildete, kam auch keine Verurteilung wegen einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Ordnungswidrigkeit nach den §§ 4 und 18 Ziffer 2, Punkt 2 des Tierschutzgesetzes in Frage. Die Angeklagten waren vielmehr für schuldig zu befinden wie geschehen. In Tatmehrheit haben sie auch gemeinschaftlich handelnd ein Vergehen nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz begangen und so wurden aus beiden Strafen eine Gesamtgeldstrafe von DM 100,--, ersatzweise 5 Tage Freiheitsentzug gebildet.

Berufung:

Es kam jedoch zu einer Berufungsverhandlung, in der der verteidigende Rechtsanwalt unter anderem anführte, die Angeklagten hätten sich "völlig korrekt" verhalten. "In jeder Jägerprüfung lerne man nämlich, ein schwer verletztes Tier in Ruhe sterben zu lassen, damit es sich nicht in letzter Kraftanstrengung aufrafft und noch größere Schmerzen erleidet."

Freispruch:

Für den Freispruch jedoch war die Zeugenaussage eines Landwirts entscheidend, der von einer anderen Stelle des Dorfes her den Vorfall beobachtet und keine Wehlaute des Tieres vernommen hatte. Nur insoweit wurde die Berufung verworfen, als sie die Verurteilung des Vergehens gegen das Tierkörperbeseitigungsgesetz zu DM 40,-- Geldstrafe betraf, weil die Angeklagten das Tier nur sehr unzureichend verscharrt hatten.

Diskussion:

Die Entscheidung des Erstgerichts war richtig, nur das Strafmaß halte ich für viel zu gering. Handelte es sich doch offensichtlich um Tierquälerei ohne vernünftigen Grund. Ebenso hatten die Angeklagten hier ein besonderes Maß an Gleichgültigkeit und **Roheit** gegenüber den Leiden eines Tieres an den Tag gelegt. Die Tötung erfolgte auch nicht unter Vermeidung von Schmerzen. Warum genügte denn nicht schon der erste Schuß oder warum wurde dann das Tier nicht durch einen zweiten Schuß von seinen Leiden erlöst, sondern erst nach so langer Zeit so grausam erschlagen? Ferner lag hier keine offensichtliche Wilderei im Sinne des Jagdgesetzes vor und es bestand somit keine Berechtigung den Hund zu erschießen (er bewegte sich ja zum Anwesen seines Herrn hin).

Auch die Einwände des verteidigenden Rechtsanwaltes, die Angeklagten haben sich korrekt verhalten, indem sie das Tier "in Ruhe sterben ließen", können hier nicht gelten. Es mag für Schalenwild stimmen, daß man ihm, wenn es flüchtet, nicht sofort nachstellt. Das Wild muß erst Zeit bekommen, sich "niederzutun und krank zu werden". Wenn ein im Wundbett sitzendes Stück vorzeitig hochgemacht wird, zieht oder flüchtet es oft sehr weit, weil es jetzt seinen Feind, den Menschen hinter sich weiß. Aber die völlig falsche Auslegung dieser Regel in dem vorliegenden Fall kann nicht anerkannt werden. Die Angeklagten hätten auf jeden Fall wegen Tierquälerei für eine derart rohe Gesinnung empfindlich bestraft werden müssen.

Rohe Tötung eines Hundes im Affekt - Tierquälerei

LG Schweinfurt: AZ 3 Js 893/71

Tatbestand:

Das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten wegen Sachbeschädigung wurde eingestellt, weil die Schuld des Täters gering ist und ein öffentliches Interesse an der Verfolgung der Straftat nicht besteht. Der Beschuldigte hatte den Hund des Nachbarn mit einer Mistgabel erstochen, weil sein Kind gebissen wurde. Angeblich wäre der Hund an keinen Menschen herangekommen, weil er an einer Kette hinter dem Haus hing. Der Angeklagte hatte den Hund ohne Wissen des Besitzers vergraben und mußte ihn dann in Anwesenheit der Polizei wieder ausgraben.

Im Zerlegungsbericht des Städtischen Oberveterinärrates wurden folgende Verletzungen beschrieben:

"....Verletzungen an Schädel, Hals, Schulter und Nierenpartie. Unter dem Fell war der gesamte Kopf und Hals blutig-sulzig, die linke Schädelmuskulatur zerquetscht und der Augenbogen eingebrochen. Aus der Bauchhöhle lief etwa ein halber Liter Blut ab, Gefäße an Nieren und Darm waren zerrissen."

Entgegnung des Staatsanwalts auf die Dienstaufsichtsbeschwerde wegen der Einstellungsverfügung:

"Bei der Überprüfung hat sich ergeben, daß die Schuld des Angeklagten aus folgenden Gründen als gering angesehen werden kann: Der Hund hatte den vierjährigen Sohn des Beschuldigten in den Oberarm gebissen und wegen dieser blutenden Verletzung war der hinzugerufene Beschuldigte derart erbost, daß er den Hund sofort tötete. Dazu kommt, daß derselbe Hund bereits im Vorjahr den anderen (15 jährigen) Sohn des Beschuldigten gebissen hatte."

Bei der Vernehmung durch einen Polizeibeamten einige Tage später gab der Beschuldigte an, dieses Verhalten täte ihm heute leid, aber in seiner Erregung habe er nicht anders handeln können.

Anders ist das öffentliche Interesse an der Verfolgung derartiger Straftaten zu beurteilen. Dieses hatte der sachbearbeitende Beamte damals bei der Einstellung des Verfahrens offensichtlich verkannt.

Nunmehr allerdings wird man die Angelegenheit im Hinblick auf die verstrichene Zeit anders ansehen müssen. Die Tat liegt weiter als zwei Jahre zurück. Insoweit erscheint fraglich, ob man nach dieser Zeit das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung noch bejahen kann. Auch erhielt der Beschuldigte damals den Bescheid, daß er wegen dieser Tat nicht bestraft werde. Darauf sollte dieser auch - zumindest nach Ablauf einer gewissen Zeit - vertrauen dürfen."

Diskussion:

Selbst wenn man die Erregung des Beschuldigten zum Zeitpunkt der Tat berücksichtigt, so sollte man doch in so einem Fall nicht ganz von einer Strafverfolgung absehen. Hier hatte der Beschuldigte eine rohe Gesinnung zutage gelegt, indem er den Hund des Nachbarn mit einer Mistgabel tötete. Auch wenn er durch seine Erregung unüberlegt gehandelt hatte, so kann er doch nicht straffrei bleiben, wenn er mit dem nächsten erreichbaren Gegenstand einen Hund auf so grausame Weise tötet. Daß der Hund dabei erhebliche Schmerzen hatte, läßt sich nach den schwerwiegenden Verletzungen laut Zerlegungsbericht wohl kaum abstreiten. Ein Affekt entschuldigt schließlich nicht alles, zumal hier offensichtlich gegen die Aufsichtspflicht der Eltern verstossen worden war. Da der Hund hinter dem Haus angekettet war, muß das Kind ja wohl selbst zu dem Tier hingegangen sein.

Hier wurde gegen den Beschuldigten nur Anklage wegen Sachbeschädigung gestellt. Nach dem damals geltenden Tierschutzgesetz von 1933 war die Tötung von Tieren nur insoweit für das Tierschutzrecht erheblich, als sie im Sinne dieses Gesetzes quälerisch war (was m.E. nach den schwerwiegenden Verletzungen ohne Zweifel feststeht). Hier wäre also auch eine Anklage wegen Tierquälerei berechtigt gewesen.

Tötung eines Schwanes - Sachbeschädigung

LG Schweinfurt: AZ 2 Js 573/71, 2 Js 758/73

AG Bad Neustadt: AZ Ds 62/73

Tatbestand:

Folgender Sachverhalt wurde dem Angeklagten zur Last gelegt:

1. Nachdem der Angeklagte den Entschluß gefaßt hatte, im Kurpark einen Schwan zu holen, um ihn von seiner Zimmerwirtin für ein Essen braten zu lassen, ging er am 16.4.1971 mit einer Bekannten (die von seinem Vorhaben nichts wußte und sich auch nicht daran beteiligte) gegen 21 Uhr zum Teich im Kurpark. Er schlich sich an das Schwanennest heran, packte die brütende Schwänin am Hals und schnitt ihr mit einem mitgebrachten Küchensägemesser den Kopf und ein Stück Hals ab. Sodann nahm er die tote Schwänin und versteckte sie hinter einem Geräteschuppen einer Minigolfanlage, um sie später dort abzuholen. Den Kopf des Tieres warf er in den Fluß.

Entgegen seinem ursprünglichen Plan holte er das getötete Tier nicht ab, da ihm eine Bekannte seiner Zimmervermieterin wegen seiner Tat Vorhaltungen gemacht hatte. Die Schwänin hatte der Kurverwaltung gehört und einen Wert von DM 200,--. Etwa vier Wochen nach der Tat stellte die Kurverwaltung Strafantrag gegen den Angeklagten wegen Sachbeschädigung.

2. Drei Wochen nach dem Vorfall mit der Schwänin hatte der Angeklagte das Ringschloß eines verschlossen abgestellten Mofas mit einem Stück Holz aufgedreht, um damit wegzufahren und es schließlich an irgendeinem Ort stehen zu lassen, an dem es dem Zugriff anderer preisgegeben war.

Er fuhr dann mit dem Mofa davon, mußte es aber später stehen lassen, da das Benzin ausging. Es wurde gefunden und der rechtmäßigen Eigentümerin in beschädigtem Zustand wiedergegeben.

Der Angeklagte wurde daher beschuldigt, durch zwei selbständige Handlungen anderen fremde bewegliche Sachen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen zu haben und in einem Fall durch die gleiche Handlung vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache zerstört zu haben ("strafbar als zwei sachlich zusammentreffende Vergehen des Diebstahls, eines davon in Tateinheit mit einem Vergehen der Sachbeschädigung").

Als wesentliches Ergebnis der Ermittlungen wurde in der Anklageschrift hervorgehoben:

- I. Der Angeklagte räumt den ihm im Fall 1 zur Last liegenden Sachverhalt ein. Diese Tat ist rechtlich nicht als eine Übertretung des Mundraubs, sondern als Vergehen des Diebstahls in Tateinheit mit einem Vergehen der Sachbeschädigung zu werten, weil der vom Angeklagten entwendete Schwan nicht von unbedeutendem Wert war. Im Fall 2 behauptete der Angeklagte, er habe das Mofa wieder an seinen ursprünglichen Standort zurückbringen und abstellen wollen. Diese Einlassung ist aber unglaublich, denn der schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafte Angeklagte mußte damit rechnen, daß er beim Zurückbringen des Fahrzeuges gestellt werden kann. Dieser Gefahr und der ihm sodann drohenden Bestrafung hätte sich der Angeklagte aber mit Sicherheit nicht ausgesetzt. Vielmehr muß bei seiner labilen Persönlichkeit davon ausgegangen werden, daß er eine Entdeckung und Bestrafung vermeiden wollte und zu diesem Zweck bereits bei der Wegnahme des Fahrzeuges vorhatte, es an einem anderen Ort stehen zu lassen.

II. Der Angeklagte ist unter anderem vorbestraft wegen eines Vergehens der Sachbeschädigung in Tatmehrheit mit einem fortgesetzten Vergehen des Diebstahls. In beiden Fällen wurde die Strafaussetzung zur Bewährung widerrufen und die Strafe (Gesamtgefängnisstrafe von 4 Monaten und 2 Wochen) verbüßt.

Diese Verurteilungen hatte sich der Angeklagte nicht zur Warnung dienen lassen.

Darüber hinaus wurde der Angeklagte (knapp 1 Woche nach dem Vorfall mit der Schwänin) wegen eines Vergehens des Vollrausches zu 4 Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt, da er einen anderen im alkoholisierten Zustand bedroht und geschlagen und dessen PKW vorsätzlich beschädigt hatte. Dieses Urteil ist im Schuldspruch, jedoch nicht im Strafausspruch rechtskräftig, weil die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Berufung unter Beschränkung auf das Strafmaß mit dem Ziel einer empfindlicheren Bestrafung des Angeklagten und der Versagung von Strafaussetzung zur Bewährung eingelegt hat. Auch dieses zur Zeit der Ausübung der ihm jetzt zur Last gelegten Straftaten gegen ihn anhängige Strafverfahren hat sich der Angeklagte nicht zur Warnung dienen lassen."

Urteil:

Der Angeklagte wurde im Februar 1973 wegen Diebstahls des Schwans und des Mofas zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Die Einzelstrafe für die Schwanenaffäre, die als Diebstahl gewertet wurde, betrug dabei ein Jahr. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein.

Berufungsverhandlung:

In der Berufungsverhandlung im Dezember 1973 wurde dann in der Urteilsbegründung betont, es sei für den Diebstahl des Schwans als Rückfalltat ein Überschreiten der Mindeststrafe (6 Monate) erforderlich, zumal die brutale Art der Begehung ins Gewicht falle, doch seien dafür 8 Monate ausreichend und angemessen. Für den Diebstahl des Mofas warf die Strafkammer 6 Monate aus und bildete hieraus eine Gesamtstrafe von 10 Monaten. Die Anklagevertreterin hatte zu bedenken gegeben, daß es sich hier, fern jeder Sentimentalität hinsichtlich der getöteten Schwänin darum handele, einen völlig gefühlsrohen Mann, der die Bevölkerung terrorisiere, in seinen Schranken zu verweisen und die Verwerfung der Berufung in vollem Umfange gefordert. Die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt (Dezember 1973).

Erneute Straftaten:

Im März 1973 jedoch hatte der Angeklagte in stark alkoholisiertem Zustand einen jungen Mann eine Treppe hinuntergestoßen, da dieser ihn auf den "Schwanenmord" angesprochen hatte. Der Angeklagte schlug ihm dann eine Flasche über den Kopf, stach mit dem abgebrochenen Flaschenhals auf ihn ein und trat ihm in den Bauch. (Dieser erlitt dadurch eine Platzwunde an der Stirn und Stichwunden am Rippenbogen und am Oberschenkel.)

Im Juni 1973 schlug der Angeklagte bei einem Volksfestbesuch einen anderen jungen Mann ohne besonderen Grund nieder und trat diesem mit den Füßen gegen den Kopf.

Endurteil:

Von beiden Betroffenen wurde gegen den Angeklagten Strafantrag gestellt und so sprach ihn das Gericht im April 1974 eines Vergehens des fahrlässigen Vollrausches (8 Monate)

in Tateinheit mit einem Vergehen der vorsätzlichen leichten Körperverletzung (6 Monate) schuldig. Das Gericht verurteilte ihn dabei zu 8 (5 + 3) Monaten Freiheitsstrafe. Unter Berücksichtigung dieser Freiheitsstrafen von

8 Monaten (Schwan),

6 Monaten (Mofa),

5 Monaten (Körperverletzung im Vollrausch) und

3 Monaten (leichte Körperverletzung)

erschien dem Gericht eine Gesamtfreiheitsstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten ohne Bewährung schuldangemessen.

Diskussion:

Hier war in der "Schwanenaffäre" nur von Sachbeschädigung und Diebstahl die Rede. Warum wurde hier nicht auch Strafantrag wegen Tierquälerei gestellt? Das Abschneiden des Kopfes mit einem Küchensägemesser bereitet dem Tier sicher unnötige und erhebliche Schmerzen, ferner handelte es sich um eine rohe Mißhandlung aus niederer Gesinnung. Das entwendete Mofa und der Schwan wurden völlig gleichgestellt als "zwei fremde bewegliche Sachen", von Tierquälerei war überhaupt nicht die Rede. Der erheblich vorbestrafte Angeklagte - seit seinem 20. Lebensjahr (1968) hatte dieser insgesamt 14 1/2 Monate Freiheitsstrafe wegen verschiedener Vergehen, z.B. der Sachbeschädigung, des Diebstahls oder der Volltrunkenheit verbüßt - legt einen besonderen Hang zur Brutalität sowohl seinen Mitmenschen als auch Tieren gegenüber dar. Der Schlag mit der Flasche hätte ohne weiteres auch zum Tode des jungen Mannes führen können und auf dem Volksfestplatz hatte er offenbar "aus reiner Lust am Schlagen" - wie es das Gericht formuliert hatte - den Zeugen mit der Faust zu Boden geschlagen und ihn dann noch in seinem hilflosen Zustand mit den Füßen getreten.

Das Gericht spricht von einer "gehörigen Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Mißachtung der körperlichen Unversehrtheit der Zeugen, die auf das Schärfste zu mißbilligen sind."

Im Schlußpunkt der Anklageschrift des Amtsgerichtes Bad Neustadt ("Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen") hieß es unter anderem:

"Der Angeklagte rechnet, nachdem in 2 Fällen zunächst gemäß § 154 StPO verfahren worden war, offensichtlich mit "Rabatt" hinsichtlich weiterer Straftaten."

In besonderen Fällen (bei Delikten, die neben einer wegen einer anderen Tat verhängten oder zu erwartenden Strafe nicht ins Gewicht fallen....) kann nach § 154... von einer Anklage abgesehen werden. Fallen einzelne Teile einer Tat oder einige von mehreren Gesetzesverletzungen für die zu erwartende Strafe nicht ins Gewicht, so kann die Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung beschränken (§ 154 a StPO). (14)

Tötung eines Schwanes - unklarer Tatbestand

AG Ingolstadt: AZ 44 Ns 206/68

Tatbestand:

Dem Angeklagten wurde eine gemeinschädliche Sachbeschädigung in Tateinheit mit einem Vergehen der Tierquälerei zur Last gelegt. Ihm wurde vorgeworfen, einen brütenden Schwan zu Tode geprügelt und zwei Eier aus dem Gelege entnommen und an einen Baum geworfen zu haben. (Der Angeklagte hatte bereits 17 Einträge im Strafregister....)

Die Zeugin schilderte zunächst den Vorfall genau und belastete den Angeklagten erheblich, später jedoch widersprach sie sich immer mehr, bis sie die Aussage gänzlich verweigerte. Sie hatte von ihrem Freund, dem Angeklagten Schläge erhalten; er hatte ihr sogar gedroht, sie bei weiteren Aussagen umzubringen.

Es kam dann zu einem Freispruch, da diese Hauptbelastungszeugin inzwischen mit dem Angeklagten verheiratet war und die Aussage verweigerte.

Diskussion:

In diesem Falle liegt der erste Fehler einmal schon darin, daß keine genauen Ermittlungen geführt wurden und der Tatbestand völlig unklar blieb. Es wurde zwar der tote Schwan gefunden und die Reste der Eier an einem Baum festgestellt, aber von dem Kadaver gab es keinen genauen Befund. Die zwei Dias vom Tatort waren nahezu unbrauchbar.

Gerade in solchen Fällen, wo es doch um ein Lebewesen geht, müßten die Ermittlungen mit erhöhter Sorgfalt geführt werden und die Tatbestände konkretisiert werden. Es dürfte auch nicht alles auf die Aussage einer Einzelperson gestützt sein, die noch dazu mit dem Angeklagten befreundet war. Die rohe Gesinnung des Angeklagten war hier offensicht-

lich, nicht zuletzt bewies sie sich durch sein Verhalten der Zeugin gegenüber, der er sogar mit Mord drohte, falls sie gegen ihn ausgesagt hätte.

Tierschutzgesetz
=====

Dressur eines Elefantensäuglings - Tierquälerei

LG Berlin: AZ 57 Os 19/65

Tatbestand:

Im Mai 1965 starb das vierzehn Monate alte Elefantenbaby "Berolina" in einem Nachtlokal in Berlin. Vier Jahre vorher war dem gleichen Dompteur in München ebenfalls ein solches Tier eingegangen, das er in einem Nachtlokal hatte auftreten lassen. Das damals wegen Tierquälerei eingeleitete Strafverfahren wurde ohne nähere Angabe von Gründen eingestellt.

Der "Bund gegen den Mißbrauch der Tiere" erstattete sofort nach dem Vorfall in Berlin gegen den Dompteur Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Der Eigentümer und Dresseur des verstorbenen Elefanten ließ sich zu der gegen ihn erhobenen Beschuldigung der Tierquälerei wie folgt ein: Er habe im März 1965 das Elefantenbaby "Berolina" von einer indischen Tierfängerfirma erworben. Das Tier sei sowohl bei seiner Einreise in die Schweiz als auch bei Verlassen des Landes Ende April vom Grenztierarzt untersucht und für gesund befunden worden. In Berlin war das Elefantenbaby in einem ehemaligen Küchenraum im Parterre untergebracht worden, der durch ein Fenster Tageslicht erhielt (und nicht in einem feuchten Keller, wie behauptet wurde). In der ersten Maiwoche sei der Elefant dann in insgesamt sieben Vorstellungen von jeweils fünf bis sechs Minuten Dauer aufgetreten. Die Arbeit, die das Tier zu verrichten hatte, sei leicht gewesen, mehr Spielerei als Dressur.

Anzeichen von Krankheit habe der Eigentümer bis zu den letzten Stunden nicht festgestellt. Am Vormittag sei das Tier noch mit Bananen gefüttert worden, die es mit gutem Appetit verzehrt habe. Er fühle sich im Sinne der Anzeige nicht schuldig.

Einstellung des Verfahrens:

Mit folgender Begründung wurde das Verfahren gegen den Tierhalter eingestellt:

"Nach der Einlassung des Beschuldigten, deren Richtigkeit durch Fotos und ein amtstierärztliches Zeugnis belegt wurde, nach dem Sektionsbefund und der gutachtlichen Stellungnahme des Direktors des Zoologischen Gartens in Berlin ist dem Beschuldigten weder ein Vergehen nach § 1 noch eine Übertretung nach § 2 Ziffer 3 des Reichstierschutzgesetzes von 1933 nachzuweisen. Zu beiden Tatbeständen gehört, daß dem Tier erhebliche Schmerzen zugefügt werden oder durch Zurschaustellung eine erhebliche Gesundheitsschädigung eintritt. Feststellungen in dieser Richtung konnten jedoch weder aus der Todesursache des Tieres (Entzündung der Lunge und Herzmuskelschwäche) noch aus der Art der Unterbringung und Verwendung getroffen werden. Nach dem Sektionsbefund ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Erkrankung bzw. dem plötzlichen Tod des Elefanten und dem Verwendungszweck auszuschließen. Laut Sektionsbericht war der Elefant ordentlich gepflegt und gefüttert worden.

Nach alledem sind die Tatbestände der eingangs erwähnten Paragraphen nicht erfüllt, so daß man in strafrechtlicher Hinsicht nichts veranlassen kann. Deshalb wurde das Verfahren eingestellt."

Einspruch:

Dr. Beissenhirtz, ein Vertreter der vergleichenden und angewandten Tierpsychologie und ehemaliger Berufstiergärtner, legte im Auftrag des "Bundes gegen den Mißbrauch der Tiere" Einspruch ein:

"Auf die Behauptung, der junge Elefant sei "ordentlich untergebracht, gefüttert und gepflegt" worden, stellt sich die Frage, ob das Tier seinem Säuglingsalter entsprechend "fachgerecht", d.h. entsprechend den Kenntnissen, Erfahrungen und tierpflegerischen Möglichkeiten der modernen Tiergärtnerei untergebracht und behandelt wurde. Dazu lauteten unter anderem die Auffassungen anerkannter Zoodirektoren und Tierpsychologen:

"Ein vierzehn Monate alter Elefant ist wie ein vierzehn Monate altes Baby." (Zirkusdirektorin Sembach Krone)

"Dieses Elefantenbaby bedurfte ganz besonders behutsamer Pflege." (Zoodirektor Professor Hediger, Zürich)

"Ein so junger Elefant gehört nicht in ein Nachtlokal."
(Professor Grzimek)

"In freier Wildbahn wird ein so junger Elefant ja noch von seiner Mutter gesäugt." (Dr. Wünschmann vom Zoo Berlin)
Warum wird gegen das bessere Wissen und gegen die Erfahrung anerkannter Fachleute entschieden?

Hier wurden dem Elefanten doch länger andauernde Leiden verursacht, denn einen Jungelefanten, der im Freileben der mütterlichen Obhut noch während mehrerer Jahre bedarf, aus einer tropischen Umwelt in eine völlig fremde Umwelt der gemäßigten Zone zu bringen, ist objektiv Tierquälerei im Sinne des Gesetzes. Jedem Tiergärtner ist die für mutterlose Jungelefanten besonders typische Angst vor den kleinsten Veränderungen der Umwelt wohlbekannt und dürfte auch dem Beschuldigten bekannt gewesen sein. Diese Angst wird gemeint, wenn man in fachgerechter Anwendung

des Qualbegriffs von den Einwirkungen oder Umständen spricht, die vom Tier als lebensfeindlich empfunden werden, weil sie seinem Selbsterhaltungstriebe entgegenge- richtet sind. Eine grobe Überforderung der psychischen Anpassungsfähigkeit liegt hier auf alle Fälle vor. Durch den Import im Säuglingsalter sind diesem jungen Elefanten bestimmt "länger dauernde erhebliche Leiden" verursacht worden. Dagegen dürfte die Dressurarbeit des Beschuldig- ten kaum quälerischen Charakter gehabt haben, denn soviel Sachkenntnis muß man ihm zutrauen, zu wissen, daß ein einziger Peitschenhieb den Elefanten monatelang und sogar über Jahre für jede Dressur untauglich gemacht hätte. Die Vorinstanz hätte es nicht unterlassen dürfen, unter sachverständiger Beratung zu überprüfen, ob das Tier einer "starken Blendwirkung oder einer übermäßigen Qualm- entwicklung" ausgesetzt war. Ebenso fehlen eine Reihe präziser tiergärtnerischer Angaben (z.B. Größe des pro- visorischen Stalles, Lichtverhältnisse, Temperaturschwan- kungen u.a.). Warum wurde es versäumt, diese Fragen durch einen Fachmann klären zu lassen?

LORZ sagt zum unnötigen Quälen: "Gewiß rechtfertigt der gebotene oder erlaubte Zweck nur das angemessene Mittel." Nach Auffassung aller Tierschutzverbände wäre der Import eines so jungen Elefanten ein "angemessenes" tierquäleri- sches Mittel, wenn er zum Zwecke der Volksbildung von einem zoologischen Garten durchgeführt würde. In diesem Fall hätten alle Mittel der modernen Tiergärtnerei zur Verfügung gestanden, die Qual der Umgewöhnung an die frem- de Umwelt abzukürzen und zu verringern. Hält die General- staatsanwaltschaft denn allen Ernstes den Import eines physisch und vor allem psychisch hochempfindlichen Ele- fantensäuglings für ein angemessenes Mittel, den sittlich höchst zweifelhaften Zweck einer perversen Sensationslust zu erfüllen?

Es ist doch völlig falsch, die Frage der Strafbarkeit von der ethischen Rechtfertigung zu trennen.

Dem Beschuldigten ist nun schon der zweite Elefantensäugling eingegangen. Wie lange muß es denn noch dauern, bis ihm durch eine gerichtliche Entscheidung für das grobfahrlässige Handeln das Handwerk gelegt werden kann?"

Ablehnung des Einspruchs und Dienstaufsichtsbeschwerde:

Darauf erhielt der "Bund gegen den Mißbrauch der Tiere" wieder einen abschlägigen Bescheid und erhob nun gegen diese Einstellung Dienstaufsichtsbeschwerde, in der unter anderem folgendes hervorgehoben wurde:

"Nach den "Gedanken zur strafrechtlichen Praxis des Tierschutzgesetzes" von LORZ werden Leiden (im Sinne des § 1 Ziffer 2 des Tierschutzgesetzes von 1933) namentlich durch instinktwidrige, vom Tier gegenüber seinem Selbst- oder Arterhaltungstriebe als lebensfeindlich empfundene Einwirkungen verursacht. Tierquälerei ist also die "Kollision von Lebensanspruch und Lebensumstand". Einen Elefantensäugling vom Muttertier zu trennen und ihn aus der instinktgemäßen tropischen Umwelt in eine instinktwidrige Umwelt einer Berliner Nachtkatze zu bringen, um dort Mundharmonika zu spielen, sich nach der Musik zu drehen und eine Tänzerin zu entkleiden, ist objektiv Tierquälerei im Sinne des Gesetzes und nach Auffassung aller fachwissenschaftlich exakt urteilenden Tierschutzsachverständigen."

Ablehnung:

Auch auf diese Dienstaufsichtsbeschwerde hin sah die Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht keine Veranlassung, die öffentliche Klage zu erheben.

Dazu entgegnete Dr. Beissenhirtz unter anderem:

"...Wegen offenbar fachwissenschaftlicher und tierschutzrechtlicher Irrtümer muß ich es ablehnen, ihren Einstellungsbescheid vor meinem Auftraggeber (dem "Bund gegen den Mißbrauch der Tiere") sowie vor den an dieser Sache besonders interessierten Vertretern des Bundestags und der Presse anzuerkennen. Denn ich muß in den verschiedenen Entscheidungen, die bisher in dieser Sache getroffen wurden, typische Beispiele einer völligen Verständnislosigkeit der Justiz sehen, die aus Mängeln der Formulierungen und Begriffsbestimmungen des geltenden Rechts resultieren und die dringende Notwendigkeit einer durchgreifenden Gesetzesänderung zum abertausendstenmale beweisen."

Es wäre nun noch die Möglichkeit offen gewesen, die Sache durch Dienstaufsichtsbeschwerde beim Justizsenator zunächst weiter zu verfolgen und sie dann erst vor die Öffentlichkeit zu bringen, nachdem alle Rechtsmöglichkeiten bis zur letzten vergeblich ausgenutzt worden wären. Der "Bund gegen den Mißbrauch der Tiere" hielt es jedoch für klüger, sofort mit einer Veröffentlichung in der Presse loszuschlagen, da sich der Fall sonst noch lange verzögert hätte und die Angelegenheit dann in der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten wäre oder zumindest das Interesse stark nachgelassen hätte.

Veröffentlichung in der Presse:

In ca. vierzig Zeitungen war dann wörtlich folgendes "Schlußwort des Tierschutzsachverständigen Dr. Beissenhirtz" zu lesen:

"Vor einigen Jahren war einem Dompteur ein Jungelefant eingegangen, der in einem Münchener Nachtlokal hatte auftreten müssen. Das damals wegen Tierquälerei gegen den Dompteur eingeleitete Strafverfahren wurde, wie das seit Jahren bei

Tierschutzdelikten die Regel ist, ohne plausible Begründung eingestellt.

Im Mai 1965 ging demselben Dompteur unter ähnlichen Umständen wieder ein Jungelefant ein. "Berolina", vierzehn Monate alt, starb nach sieben Auftritten in einer Berliner Nachtbar, wo sie die Aufgabe hatte, eine Tänzerin zu entkleiden.

Drei staatsanwaltschaftliche Instanzen stellten das dadurch ausgelöste Verfahren mit fachwissenschaftlich unsinnigen, den Sinn des Gesetzes verfälschenden Begründungen ein, ohne auch nur mit einem Wort auf meine Vorstellung einzugehen, daß drei international anerkannte Fachleute den Fall "Berolina" als Tierquälerei betrachteten.

Bei meinem letzten Versuch, das Verfahren in Gang zu bringen, schrieb ich an die Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht unter anderem wörtlich:

Das eindeutig quälerische Mittel einen Elefantensäugling vom Muttertier zu trennen und ihn aus der instinktgemäßen thailändischen Umwelt in die instinktwidrige Umwelt einer Berliner Nachtbar zu bringen, zu dem Zweck ...eine Tänzerin zu entkleiden, ist ein klassischer Fall "unnötiger" Tierquälerei im Sinne der Bestimmungen des § 1 Ziffer 1 und 2 des Tierschutzgesetzes von 1933.

Glückliche Justiz, die ohne eine Spur von Sachkenntnis jede sachkundige Meinung ohne Begründung abwimmeln und Unrecht sanktionieren darf in einem Staate, der durch wenige, bestimmte Mängel des Tierschutzgesetzes und die allgemein bekannte Besserwisserei der Behörden längst zu einem Paradies der Tierschinder geworden ist."

Diskussion:

Hier sind die jeweils den Fall bearbeitenden Personen immer dem eigentlichen Kern der Sache ausgewichen, denn hier standen nicht die Gesundheitsatteste der Grenztierärzte oder der

Sektionsbefund des Veterinärpathologischen Institutes zur Debatte. Es ging hier vor allem um die Quälerei des Importes eines Jungtieres, das unter natürlichen Verhältnissen der mütterlichen Obhut noch während mehrerer Jahre bedurft hätte, zu einem im Sinne des Gesetzes zweifellos nicht berechtigten Zweck. Denn im Sinne des Gesetzes ist unvermeidbare Tierquälerei nur bei solchen Zwecken legal, die dem Tierschutzzwecke sittlich gleich oder übergeordnet sind und davon kann wohl in diesem Fall keine Rede sein.

Von seiten des Gerichts wurde auch zugestanden, daß gegen das Auftreten eines Jungelefanten in einem Nachtlokal aus ethischen und geschmacklichen Gründen Einwendungen zu erheben sind. "Diese Frage müsse aber von der Frage der Strafbarkeit geschieden werden."

Diese Trennung von Strafbarkeit und ethischer Rechtfertigung ist jedoch völlig falsch, denn eben hierum ging es bei der Prüfung der Frage, ob die Quälerei eines Imports eines Elefantensäuglings eines höheren Zweckes wegen notwendig und daher legal oder aber unnötig und daher gesetzeswidrig war.

Schließlich ist der Tierschutz im Sinne des Grundgesetzes "ethischer Tierschutz" und nur dieser (13). In der Sicht des ethischen Tierschutzes ist das Tier als lebendes und fühlendes Wesen ein Mitgeschöpf, dessen Achtung und Wertschätzung für den durch seinen Geist überlegenen Menschen ein moralisches Postulat darstellt. Nach der amtlichen Begründung im Deutschen Reichsanzeiger zum Tierschutzgesetz von 1933 fand in diesem Gesetz "der Gedanke Raum, daß das Tier des Tieres wegen geschützt werden muß". Diese Ausdrucksweise kennzeichnet den ethischen Tierschutz, der von den Bibelsätzen seinen Ausgang nimmt und von Plato,

Aristoteles und Thomas von Aquin fortentwickelt worden ist. Es soll das Tier um seiner selbst willen geschützt werden, weil es ein Geschöpf Gottes ist und Anspruch auf diesen Schutz hat. Auch ethischer Tierschutz erfolgt letztlich um der Würde des Menschen willen. Wenn die Dressurarbeiten auch keinen direkten quälerischen Charakter gehabt haben, so ist die Dressur eines so jungen Elefanten grundsätzlich völlig falsch, ja sogar "dem Säuglingsalter entsprechend fachgerecht" unmöglich. Es bestand überhaupt kein Grund, diesen Elefanten für einen Auftritt in einem Nachtlokal abzurichten, wobei es eigentlich völlig egal ist, ob er nun eine Tänzerin entkleiden solle oder irgendeine andere Aufgabe zu verrichten habe.

Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 wurde im § 3 Ziffer 1 folgendes Verbot ausgesprochen:

"....einem Tier außer in Notfällen Leistungen abzuverlangen, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen."

Die Vorschrift schützt jedes Tier, dem eine Leistung abverlangt werden kann. Mit Leistung ist jede Inanspruchnahme tierischer Kräfte und Fähigkeiten für Zwecke des Menschen gemeint. Das frühere Recht von 1933 sprach nur von Arbeitsleistungen, die naturgemäß im Vordergrund stehen. Jetzt wird auch die artistische Dressur erfaßt, auch sportliche und vergleichbare Leistungen, etwa solche zu Jagdzwecken. Die Inanspruchnahme des Tieres zu Leistungen denen es wegen seines Zustandes nicht gewachsen ist oder die seine Kräfte übersteigen, ist eine Gefährdungshandlung, die rasch in eine Verletzung des Wohlbefindens oder der Unversehrtheit umschlägt. Doch wird der Nachweis von Schmerzen, Leiden oder Schäden tatbestandlich nicht gefordert. Folgen dieser Art sind ein Beweisanzeichen für die Überforderung.

In der Ziffer 4 des § 3 (TSchG von 1972) ist es verboten, "ein Tier zu einer Ausbildung, Filmaufnahme, Schaustellung, Werbung oder zu einer ähnlichen Veranstaltung heranzuziehen, sofern damit offensichtlich erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden für das Tier verbunden sind."

Hier wird nicht das Arbeitstier, sondern die Ausbildung oder Schaustellung des Tieres zu Vergnügungszwecken des Menschen geschützt. Natürlich soll damit nicht die normale Dressur der Tiere unter Strafe gestellt, sondern nur ihre Auswüchse geahndet werden (5).

Ausbildung ersetzt den bisher gebräuchlichen Begriff der Abrichtung. Die Neufassung soll zum Ausdruck bringen, daß es einerseits Fälle gibt, in denen das Tier auf Grund seines Lernvermögens und eines artbezogenen Verstehenkönnens von Umweltvorgängen mitwirkt (Ausbildung) und andererseits solche, wo die Anwendung von Zwangsmaßnahmen im Mittelpunkt steht (Abrichtung).

Der Beschuldigte hätte hier meines Erachtens wegen unnötiger Tierquälerei bestraft werden müssen. Denn einen so jungen Elefanten zu importieren, um ihn in einem Lokal auftreten zu lassen, ist zweifellos unnötig, auch wenn man von ethischen Überlegungen einmal ganz absieht, obwohl die Ethik vom Tierschutz nicht getrennt werden kann. In den Ermittlungen zu diesem Fall wurde auch versäumt, exakte Feststellungen zum Tatbestand zu treffen (z.B. über die genaue Unterkunft des Jungtieres etc.). Solange keine konkreten Tatbestände und auch Gutachten vorliegen, ist für das Gericht eine "gerechte" Urteilsfällung besonders schwierig.

Tiergarten unter nichtfachlicher Leitung - Tierquälerei
LG Verden: AZ 5 ds 1441/65

Tatbestand:

Der "Deutsche Tierschutzbund" erhielt immer wieder Zuschriften mit der Bitte, sich um die Tierhaltung im Tierpark E. (ungefähr 400 Tiere) zu kümmern. Der Unternehmer dieses Tierparks, Herr T., war ein Textilkaufmann, der diesen seit fünf Jahren aus Liebhaberei betrieben hatte. Herr T. hat sich schon auf verschiedenste Weise versucht. Er besaß früher einmal eine Tischlerei, scheiterte mit einem Nachtlokal, machte schließlich ein Restekaufhaus mit finanziellem Gewinn auf und hielt in einem vorübergehend eingerichteten Spielcasino in E. entgegen den Bestimmungen persönlich die Bank.

Weite Kreise der Tierparkbesucher nahmen Anstoß an der Art und Weise der dortigen Tierhaltung. Bereits früher hatten sich deshalb örtliche Behörden eingeschaltet. Zwei Jahre zuvor wurde in der Presse und im Fernsehen auf die Mißstände in E. hingewiesen, allerdings mehr zu dem Zweck, durch Spendenaktionen finanzielle Unterstützung zu erhalten, um die in Not befindlichen Tiere vor dem Verhungern zu bewahren.

Sogar in einer Schülerzeitung wurden die Leser gebeten, die Erwachsenen auf die Mißstände ("Tiere im KZ") aufmerksam zu machen. Darin hieß es unter anderem:

"Die Käfige sind im Durchschnitt zu klein, die Zäune sind schadhaft, Tiere können entweichen und Futtertröge fehlen ganz. Überall liegt das feuchte ausgerissene Gras, das zur Fütterung der Tiere (auch der Affen!) dient, auf dem Boden. Die Gehege sind verdreckt und das Wasser in den wenigen Wasserläufen stinkt."

Daraufhin wurde Dr. phil. Beissenhirtz offiziell mit der fachlichen Überprüfung des Tierparkes in E. beauftragt. Er ist seit 1956 Tierschutzinspektor im "Bund gegen den Mißbrauch der Tiere" und besitzt praktische Erfahrung als Gerichtssachverständiger in Fragen der Gefangenschaftshaltung wildlebender Arten in zoologischen Gärten, "Laientiergärten" und Zirkussen.

Bericht des Sachverständigen:

Über seinen Tierparkbesuch in Begleitung eines Veterinär-oberrates als Vertreter des Regierungsveterinärarnates, eines Polizeimeisters als Vertreter des zuständigen Polizeiamtes und des Vorsitzenden des dortigen Tierschutzvereins schrieb der Sachverständige folgenden Bericht:

"...Eine mehrere Zentimeter hohe geschlossene Decke von Neuschnee machte eine Beurteilung der immer sehr wichtigen Frage des Bodengrundzustandes unmöglich. Im ganzen macht die Anlage einen stark verwahrlosten Eindruck. Zur Entschuldigung führte der Besitzer an, daß es ihm unmöglich sei, zuverlässige Wärter zu finden. Vor wenigen Tagen habe er einen Tierpfleger einstellen können, der "16 Jahre lang in Pferdeställen" gearbeitet habe. Er hoffe, sich auf diesen Mann verlassen zu können.

Die Unterstände, z.B. für Bison, Rentier, Watussirind, Kamel und Lama sind aus Schwartenholz gebaut und bieten daher keinen ausreichenden Schutz vor Zugluft.

Besonders auffallend ist die Verwendung minderwertigen Baumaterials in der riesigen Überwinterungshalle. Die Stahlkonstruktion wurde zunächst mit Planen gedeckt, die natürlich den Einwirkungen der Witterung nicht standhielten und dann mit Teerpappe überdeckt wurden, die ohne feste Unterlage ebenfalls schnell schadhaft werden mußte. Für die Überwinterung tropischer und subtropischer Tiere ist die Halle völlig unbrauchbar.

Wegen Zeitmangels und wegen des stellenweise hohen Schnees war eine genaue Überprüfung aller Anlagen nicht möglich. Tiergärtnerisch mit aller Entschiedenheit abzulehnen und tierschützerisch mit der Forderung einer sofortigen Abstellung aufs Schärfste zu beanstanden sind besonders folgende in gröbster Weise tierquälerische Mißstände:

1. Die mit drei jungen Braunbären und einem Kragenbär besetzte geräumige Freianlage hat keinen Unterstand für die Tiere. Der Unterstand ist im Bau und das bisherige Fehlen des Unterstandes suchte Herr T. damit zu entschuldigen, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, Handwerker zu bekommen. Der mit leicht gefrorenem Wasser gefüllte Sperrgraben wird den Bären ein Entweichen spielend leicht machen, sobald die Eisdecke die Tiere zu tragen vermag. Dies entschuldigte Herr T. damit, daß die Feuerwehr, die bisher die Entwässerung der Wasseranlagen durchgeführt habe, diese Arbeit neuerdings ablehne. Später wurde mir von Herrn T. telefonisch mitgeteilt, daß die Feuerwehr die Entwässerung des Bärengrabens wegen der bevorstehenden Ausbruchsfahr zugesagt habe.
2. Der mit einem Gänsegeier und zwei Seeadlern besetzte Käfig ist ohne jeden Wetterschutz. Proportionen und Einrichtung des Käfigs beweisen völlige Unkenntnis der natürlichen Bewegungsform und Bewegungstendenzen dieser Vögel.
3. Der geräumige Außenkäfig für Rhesusaffen war nicht besetzt. Die Tiere, von denen ich nur eines zu sehen vermochte, waren in einem Bretterverschlag eingesperrt, dessen Inneres nur durch eine kleine Glasscheibe einzusehen war. Eine kleine elektrische Heizung war in dem dunklen Raume zu erkennen, der keinen Sonnenstrahl einläßt und

auch bei Sonnenschein halbdunkel ist. Ich konnte in dem Verschlage ein Laufbrett sehen, das von einer dicken Schicht verkrusteter Losung bedeckt, wahrscheinlich also monatelang nicht gesäubert war.

4. Die Unterbringung von Großkatzen (je ein Löwe, Bengaltiger, Puma und Leopard) muß als wahrhaft grausam bezeichnet werden: Die Außenkäfige viel zu klein, die Innenkäfige noch kleiner und bei weit geöffneter Tür halbdunkel, der Betonboden hauchdünn mit Sägemehl bestreut. Als ich von Holzpritschen sprach, meinte Herr T., Sägemehl sei auch Holz! Im Raume stand ein kleiner Kohleofen, der jedoch nicht geheizt war. In viel zu kleinen Außenkäfigen, die an eine Grabkapelle gebaut waren, hatten sich Fuchs und Dachs in ihre steinernen Unterschlupfe verkrochen.
5. Der Käfig für den Goldfasan war ohne Wetterschutz und ohne Möglichkeit des Aufbaumens.
6. Der Käfig für den Uhu war viel zu klein, so daß das Tier keinen Flügelschlag zu machen und die Flügel kaum zu spreizen vermag.
7. Sehr bedenklich erscheint mir - wenigstens auf die Dauer - die massenhafte Verfütterung fauler bis halbfauler, zum Teil gefrorener Bananen an die verschiedensten Tiere, selbst an das Rentier. Ich muß jedoch ausdrücklich feststellen, daß der Ernährungszustand der Tiere, soweit ich sie aus der Nähe sehen konnte, nicht zu beanstanden war. Als ich in der Kapelle von "Mastpuma" und "Mastleopard" sprach, schien Herr T. dies als Anerkennung zu betrachten. Ich führe die Verfettung der genannten Tiere darauf zurück, daß ihnen die Enge der Käfige kaum noch Bewegungen ermöglicht.

Zusammenfassend stelle ich fest:

- a) Dem Unternehmen fehlt offensichtlich jede tiergärtnerische Erfahrung. Es fehlen ihm außerdem offenbar die nötigen Mittel, um die natürlichen Lebensansprüche der Tiere in einer tiergärtnerisch und tierschützerisch einwandfreien Weise erfüllen zu können.
- b) Das wichtigste erzieherische Prinzip der öffentlichen Tiergärtnerei ist das überzeugende Beispiel einer fachgerechten, verständnisvollen Unterbringung, Pflege und Haltung der Tiere, die im begrenzten Lebensraume, jedes nach seiner Art, eine vollkommene Aussöhnung mit der an sich immer instinktwidrigen Umwelt der Tiergartenhaltung finden sollte. In diesem Sinne der modernen Tiergärtnerei muß dem Tierpark E. jede erzieherische Bedeutung abgesprochen werden, zumal mindestens in den unter 1 bis 6 angeführten Beispielen das Tun und Unterlassen des Herrn T. tierschützerisch als gewissenlos, tiergärtnerisch als unanständig bezeichnet werden muß.
- c) Die zahlreichen Beschwerden aus den Kreisen der Besucher sollten ebenso wie die Strafanzeige des Veterinär-oberrates Dr. O. und mein vorstehender Bericht den Deutschen Tierschutzbund veranlassen, schnell zu handeln, um der berufsmäßigen, öffentlichen und im Sinne des Tierschutzes völlig unnötigen Tierquälerei ein Ende zu machen. Wenn auch Herr T. meinem Begleiter und mir gegenüber wiederholt versicherte, daß er sich entschlossen habe, den Tierpark aufzulösen und den gesamten Tierbestand an zoologische Gärten oder Handelsgärten abzugeben, so habe ich Ursache zu mißtrauen, wenn Herr T. gleichzeitig den kostspieligen Bau des Unterstandes für die Bären fortsetzen will und von verschiedenen Verbesserungen sprach, die er in nächster Zeit durchzuführen beabsichtigt."

Unter dem Druck wirtschaftlicher Schwierigkeiten, der Eingaben des Tierschutzes und nicht zuletzt der öffentlichen Meinung hatte sich inzwischen der Tierparkbesitzer Herr T. bereiterklärt, seinen Privatzoo aufzulösen und die Tiere an andere Privattierparks und zoologische Handlungen abzugeben.

Bericht einer Zeitung:

"Einige der Zoobewohner haben den Tierpark inzwischen verlassen, aber ebensoviele sind noch dort. Sie stehen oder liegen in ihren notdürftigen Unterkünften, zum Teil auch dem eisigen, Schnee und Regen mit sich führenden Nordweststurm ausgesetzt. Von frischem Futter war nichts zu sehen, auch nicht von Wasser. Dafür Schlamm, Pfützen und verschmutzte Unterkünfte! Der Hintereingang des Parks stand weit offen, kein Tierpfleger war weit und breit zu sehen."

Anzeige wegen Tierquälerei:

Einen besonderen Vorfall hatte der zuständige Tierschutzverein zum Anlaß genommen, Anzeige wegen Tierquälerei zu erstatten. Nach Aussagen eines inzwischen entlassenen Tierwärters hatte sich folgendes abgespielt:

Ein großer Hirsch, der schon seit der Eröffnung des Tierparks (vor fünf Jahren) in E. war, sollte in eine Kiste verladen werden. Da diese Kiste nicht groß genug war, wurde dem Hirsch einfach das Geweih abgesägt. Als sich der Hirsch dann beim Versuch in die Kiste gebracht zu werden, einen Lauf brach, wurde er auf brutalste Art und Weise mit einem Beil durch Schläge auf den Kopf getötet. Dabei wurde der Schädel vom Gehörn bis zur Nase aufgeschlagen. Anschliessend wurde der Kopf des toten Tieres abgetrennt. Da die Schnittflächen der Geweihe blutig waren, muß man annehmen, daß der Hirsch beim Absägen furchtbare Schmerzen erlitten haben muß.

Herr T. erklärte, er habe mit der Geschichte nichts zu tun. Er hatte nämlich sämtliche Tiere vertraglich an einen Tierhändler übergeben, der für alles aufkommen sollte, was jetzt im Tierpark geschieht.

Erneuter Vorfall:

Drei Tage später erregte der Tierpark wieder die Gemüter. Jetzt wurden Polizei und Staatsanwaltschaft alarmiert, weil ein Bisonstier und ein schwarzer Kragenbär getötet worden sind. Beide Tiere waren angeblich so aggressiv, daß sie nicht eingefangen werden konnten und hatten Ausbruchversuche unternommen, die zum Glück gescheitert seien. Die Befürchtung, daß sich die Ausbruchversuche nachts wiederholen könnten, haben den Entschluß ausgelöst, beide Tiere zu töten.

Entgegnung des Beschuldigten:

Zu dem Bericht über den ersten Besuch des Tierparks, erklärte der Beschuldigte, bzw. dessen Rechtsanwalt folgendes (gekürzt):

"Ihre Darstellung ist im Wesentlichen unrichtig, ebenso die daraus gezogenen Folgerungen.

Es wird hervorgehoben, daß Zeitmangel und Neuschnee eine genaue Überprüfung nicht zuließen, daraus erklärt sich wohl, daß auch die angeführten Anlagen falsch beschrieben sind.

- Die Unterstände für die Großtiere sind nicht aus Schwarzenholz gebaut, sondern aus Bahnschwellen errichtet und zur Abdichtung der Fugen gegen die Zugluft usw. mit Schwarzenholz übernagelt worden.
- Die Überwinterungshalle besteht aus einer Stahlkonstruktion, die mit einer Plane abgedeckt wurde. Darüber ist eine Holzunterlage angebracht und diese dann mit Teerpappe überzogen. Im übrigen werden keine subtropischen Tiere

dort gehalten, sondern nur kältefesteste Tiere, wie Fasane, Hühner, Enten, Flamingos und Kraniche. Diese benötigen nur einen leichteren Wetterschutz.

- Die Freianlage der Bären hatte zwar noch keine fertige Unterkunft, die Umfassungsmauern waren hierfür aber bereits vorhanden. Es fehlte nur noch die Decke, deren Guß noch nicht erfolgt war, weil die Bauhandwerker ausgeblieben sind.
- Im übrigen handelt es sich nicht um drei junge Braunbären, wie es im Bericht heißt, sondern um Kodiakbären, die, wie auch der Kragenbär gerade gegen Kälte besonders gut von der Natur ausgerüstet sind.
- Der Sperrgraben der Freianlagen wurde in Abständen von einigen Wochen von der hiesigen Feuerwehr ausgepumpt. Nach Frosteinbruch wurde das Eis täglich zerschlagen, bis die Feuerwehr verspätet erst am Nachmittag des Besichtigungstages kam.
- Die Unterbringung der Seeadler und des Gänsegeiers auf einer Grundfläche von 65 qm war vorerst ausreichend. Ihre endgültige Unterbringung war in der 900 qm großen Voliere vorgesehen.
- Der Außenkäfig der Affen war nicht unbesetzt. Die Tiere spielten in ihrem Nachtkäfig, der mit zwei Fenstern von je einem qm Fläche versehen ist. Der Nachtkäfig mit ungehindertem Zugang nach außen wurde als "Bretterverschlag" hingestellt, obwohl es sich um eine solide Unterkunft aus Bahnschwellen mit Fugenverdichtung aus Brettern und Dachpappe handelt.
- Eine sachliche Überprüfung hätte weiterhin ergeben, daß diese Anlage mit der bekannten Stallheizung von 300 Watt pro Birne ausgestattet ist, wie sie auch in den Ställen für Kälber, Ferkel und die Hühnerzucht verwendet werden. Sie war hier Tag und Nacht in Betrieb. Das nahezu täglich mit Sägemehl bestreute Laufbrett war auch nicht mit Kot verkrustet.

- Die Bananenfütterung ist in den vergangenen sechs Monaten mit ausgesprochen gutem Erfolg durchgeführt worden, wie der stets gegebene gute Futterzustand sämtlicher Tiere bewiesen hat. Hierbei ist erneut die Behauptung zurückzuweisen, daß die Bananen zum Teil gefroren gewesen seien (was schon bei der Besichtigung erörtert wurde).
- Von einer Verfettung des Leoparden und Puma kann keine Rede sein; jedes dieser Tiere hatte 30 qm Grundfläche für sich, also ausreichende Bewegungsmöglichkeit.
- Herr T. hebt hervor, daß er seit vierzig Jahren mit Zootieren zu tun gehabt hat, während er auch in finanzieller Hinsicht durchaus in der Lage war, seinen Tierpark zu unterhalten, für den er keine Schulden hat.
- Herr T. ist den seit langem gegen ihn geführten Kampf leid geworden, so daß er bereits am Tag vor der Besichtigung sämtliche Tiere verkauft und abgegeben hat, was, wie er meint, alle diejenigen befriedigen wird, die mit allem Nachdruck die sogenannten Laientiergärten bekämpfen."

Zeugenaussage:

Herr Dr. K., ein ehemaliger Zoodirektor und Fachzoologe, der mehrere Monate lang in E. als Berater gearbeitet hatte, machte unter anderem folgende Aussage:

"Herr T. lehnte mein Angebot ab, am Ende der Saison unentgeltlich den Wegtransport einiger Tiere in gute Hände durchzuführen und den Rest in Winterquartiere zu bringen, mit der Begründung, ich sei "ein nicht ganz ruhiger Mitarbeiter, der ihn nervlich eher belasten würde". Daß der Abtransport jetzt in überstürzter Eile und auf Biegen und Brechen erfolgen mußte, ist also eindeutig ein Verschulden des Herrn T.

- Auch ich beanstande es sehr nachdrücklich, daß die Tiere an den Händler M. verkauft wurden und empfehle, die neue Unterbringung beobachten zu lassen. Es besteht die Gefahr,

daß die Tiere buchstäblich vom Regen in die Traufe kommen werden.

- Das Absägen der Stangen beim Wapiti war eine wegen Vermeidbarkeit unnötige und daher gesetzwidrige Tierquälerei, wenn die Maßnahme ohne Vollnarkose erfolgte (vermeidbare Erregung von Todesangst).
- Als ich in E. arbeitete, schaffte Herr T. trotz meiner Warnung einen zweiten Damhirsch an. Kurz nach Einsetzen in das Gehege wurde das Tier von seinem Rivalen geforkelt und schwer verletzt. Herr T. war die Hinzuziehung eines Tierarztes zu teuer und so ließ er das Tier dann im Wirtschaftshof angeblich durch Kopfschlag betäuben und durch Halsschnitt schlachten.
- Ebenfalls trotz Warnung wurde ein Löwe durch das viel zu weitständige Trenngitter von einem Kragenbär so schwer verletzt, daß er getötet werden mußte.
- Die von Herrn T. gehaltenen Jungfuchse wurden zum Zwecke der Abrichtung bzw. Prüfung von Hunden auf Raubzeugschärfe ausgeliehen (Übertretung nach § 2 Absatz 6, zugleich Vergehen nach § 1 Absatz 1 und 2 des Tierschutzgesetzes von 1933)."

Entgegnung des Beschuldigten:

Herr T. selbst schrieb in einer Richtigstellung zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen:

"Ich möchte noch hervorheben, daß schon wiederholt Anzeigen gegen mich erstattet wurden, sowohl bei der Staatsanwaltschaft, beim Gesundheitsamt und Ordnungsamt als auch beim Regierungsoberveterinärrat. In keinem dieser Fälle ist mir eine Aufforderung zugegangen, irgendeinen Mißstand oder Mangel abzustellen oder eine Auflage zu erfüllen...

Ich konnte daher davon ausgehen, daß bei meiner Anlage alles in Ordnung sei. Ich war mir also nach bestem Wissen keiner Schuld bewußt...."

Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerde:

Gegen den Beschuldigten sind jetzt vier Strafanzeigen erstattet worden. Ferner wurde gegen den Einstellungsbescheid von vor zwei Jahren beim Generalstaatsanwalt Dienstaufsichtsbeschwerde wegen fachwissenschaftlich und tierschutzrechtlich falscher Begründung eingelegt:

"...Die Bestimmungen des § 2 Absatz 1 des Tierschutzgesetzes von 1933 werden von der Justiz regelmäßig so ausgelegt, daß bei Vernachlässigung der Tatbestand der Tierquälerei erst dann gegeben sei, wenn dem betroffenen Tiere nachweislich physische Schmerzen oder physischer Schaden verursacht wurde. Diese Auslegung des § 2 Absatz 1 des Tierschutzgesetzes ist fachwissenschaftlich und tierschutzrechtlich grundfalsch. Hier handelt es sich eindeutig um Tierquälereien im Sinne des Gesetzes, die wegen Vermeidbarkeit und Zwecklosigkeit unnötig waren. (Starkes Schälen von Bäumen durch Ernährungsmangel - Gefährdung der Tiere durch zu große Maschen - viel zu kleine Käfige)."

Ablehnung und Begründung:

Der abschlägige Bescheid auf diese Dienstaufsichtsbeschwerde enthielt unter anderem folgende Begründung:

"...Ich teile allerdings ihre Auffassung, daß § 1 des Tierschutzgesetzes auch Beeinträchtigungen des psychischen Wohlbefindens der Tiere mit umfasst. Zum Tatbestand gehört aber auch bei solchen Leiden, daß sie erheblich sind. Das läßt sich im vorliegenden Falle nicht ausreichend feststellen. Was die Unterbringung der Raubtiere, insbesondere des Braunbären (viel zu kleiner Käfig) angeht, so gehen die

Meinungen der Sachverständigen auseinander. Der Regierungsveterinärerrat Dr. O. hatte nach einer Besichtigung nicht beanstandet, daß die Käfige zu eng seien.

Hinsichtlich der zwei eingegangenen Schimpansen konnte die Staatsanwaltschaft die Todesursache nicht mehr ausreichend klären. Auch bleibt offen, ob das Schälen von Bäumen ein sicheres Anzeichen dafür ist, daß bei den Huftieren ein erheblicher Mangelzustand in der Ernährung vorgelegen hatte. Die als Zeugen vernommenen Personen haben nur allgemeine Werturteile über die Ernährung und Unterbringung der Tiere geäußert, auf die eine Anklage nicht gestützt werden kann. Im übrigen kann dem Beschuldigten, für den der Tierbestand ein beträchtliches Vermögen darstellt, keinesfalls nachgewiesen werden, daß er seinen Tieren erhebliche Schmerzen oder Leiden zugefügt habe, was aber für eine Verurteilung wegen des allein noch verfolgbaren Vergehens nach § 1 des Tierschutzgesetzes erforderlich wäre."

Äußerung eines Sachverständigen:

Dr. Beissenhirtz meinte damals dazu:

"Die Gründe für diesen ablehnenden Bescheid liegen offensichtlich in der Überbewertung amtlicher und daher oft laienhafter Gutachten gegenüber der Auffassung prominenter, jedoch nur mit persönlicher, nicht mit amtlicher Verantwortung haftender Sachverständiger (in diesem Falle dreier Zoodirektoren).

Über die Frage der Erheblichkeit der einem Tier verursachten Leiden vermag der Tierarzt nur dann zu entscheiden, wenn er "hinreichende Kenntnisse auf dem Gebiet moderner Tierpsychologie besitzt" (LORZ, Gedanken zur strafrechtlichen Praxis des Tierschutzgesetzes).

Dieses Beispiel aus der Laientiergärtnerei beweist, daß bei aller Wachsamkeit und Gewissenhaftigkeit des Tiereschutzes - den allein hier kein Verschulden trifft - die Behörden, vom Polizeiposten und Gemeindedirektor bis zum

zuständigen Generalstaatsanwalt versagten und versagen mußten, weil eben die nötigen tierschutzrechtlichen Bestimmungen und Erlasse fehlen."

Diese Auseinandersetzungen wurden seinerzeit mit der Auflösung des Tiergartens abgeschlossen, d.h. es wurden alle Strafanzeigen fallengelassen und es kam zu keiner einzigen Anklage.

Dr. Beissenhirtz (2) richtete unter anderem folgendes "Wort an die Besucher von Laientiergärten":

"Im Gebiete der BRD überwiegen die Laientiergärten die fachmännisch geleiteten tiergärtnerischen Unternehmen (Zoologische Gärten, Tierparks, Handelsgärten) in einem Verhältnis von mindestens 12:1. Träger dieser Unternehmen sind teils Privatpersonen, teils Liebhabervereine, Kommunal- oder Kurverwaltungen....

Daß manche Laientiergärtnerernsthafte und mit Erfolg bemüht sind, die jedem Tierfreunde selbstverständlichen Forderungen des Anstands im Umgang mit Tieren zu erfüllen, ist sicher. Ebenso sicher aber ist, daß eine viel zu große Zahl von Laientiergärten diese Forderungen mißachtet und die Verantwortlichen obendrein die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über die öffentliche Ausstellung von Warmblütern und die Beschaffung ungeschützter Arten oft gar nicht kennen. So herrscht vielfach infolge von Unwissenheit, Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit, Mangel an "Tierverstand" und Einfühlungsvermögen das schlimmste Tierelend in den Gehegen, Käfigen und Vivarien der Laientiergärten....

Alle Verantwortlichen der Laientiergärten sind, wie schon der Sammelbegriff sagt, Laien, insofern sie keine praktische oder wissenschaftliche Vorbildung für den Tiergärtnerberuf genossen haben. Unter ihnen gibt es gewiß Männer und Frauen mit "Tierverstand" und Herz, die auch ohne

Vorbildung wenigstens die rein tiergärtnerische Aufgabe einigermaßen richtig zu lösen vermögen. Diesen steht aber jene große Zahl der "Perfekten" gegenüber, die in krassem Gegensatz zu allen echten Tiergärtnern außerstande sind, sich in das Instinkt- und Seelenleben ihrer Tiere einzufühlen und im Umgang mit ihnen täglich aufs Neue zu lernen. Mit der Anschaffung eines Tieres ist für sie das Problem seiner Haltung auch schon gelöst. Die "Perfekten" sind Liebhaber jener zweifelhaften Sorte, deren primitiver durch nichts begründeter Geltungsdrang nach großzügiger Betätigung vor der Öffentlichkeit treibt, und die die Tagespresse leider oft als "Tierfreunde" oder "Zoologen" feiert... Im Widersprechen und in der Selbstentschuldigung sind die "Perfekten" immer Meister. Hier zeigt sich ihre Überlegenheit gegenüber den ungezählten, im Grunde immer tierfreundlichen, aber ahnungslosen und gutgläubigen Besuchern. Die Schuld liegt nie bei ihnen. Sie liegt ganz einfach immer in unglücklichen Umständen oder beim Tier:

- Wenn das Schwarzwild nach tagelangen Regengüssen im abgetrockneten Gehege bis zum Bauche in einer Suppe aus Naturboden und eigener Losung steht, dann ist eben das Wetter schuld.
- Wenn die Füchse in der verzweifelten Wut ihrer nächtlichen Ausbruchsversuche sich die Vorderpfoten bis auf die Zehenknochen abschürfen, dann sind eben die Füchse selber schuld, weil sie so dumm sind, das Unmögliche wochen-, monate-, jahrelang immer wieder zu versuchen.
- Wenn Katzen oder Eulen nachts Kleinvögel in Fetzen durch das Drahtgeflecht ziehen, dann sind eben die Katzen und Eulen Verbrecher und Mörder, beileibe nicht die "Perfekten".

Für das leider viel zu gutgläubige Publikum stimmt solche "Logik" regelmäßig. Jeder echte Tierfreund aber, namentlich jeder Tierschützer, sollte es als dringende sittliche

Pflicht betrachten, solchen infamen Tierquälereien und solchem schäbigen Massenbetrüge an der Gutgläubigkeit und Urteilslosigkeit des Publikums mit rücksichtsloser Schärfe entgegenzutreten. Denn es ist nicht wahr, daß Tiergärtnerei auch heute noch Tierquälerei sein muß. Aber es ist sicher wahr, daß öffentlich gefangen gehaltene Tiere nicht in die Hände jener "Perfekten", nicht in die Hände von Pfuschern und Gaunern gehören, für die das Tier nur eine Frage des Geschäfts und jeder Besucher ein harmloser Dummer ist, dem man vormachen kann, was man will, um die eigene Unfähigkeit und Schäbigkeit zu verbergen. Helfen kann hier jeder, der ein Herz für gefangene Tiere hat, die auf Gedeih und Verderb dem Menschen ausgeliefert sind. Denn es ist jedenfalls zu einer grundsätzlich richtigen Beurteilung tiergärtnerischer Praktiken keineswegs eine praktische oder gar wissenschaftliche Vorbildung nötig. Jeder Laie ist ohne weiteres in der Lage, sich aus dem ganzen Drum und Dran eines Tiergartens oder einzelner Anlagen ein Bild von den Fähigkeiten und der Gesinnung dessen zu machen, der es wagte, eine schwere Verantwortung vor der breiten Öffentlichkeit zu übernehmen. Jeder Laie, der sich bemüht, in jedem gefangenen Tier nicht nur den Vertreter einer mehr oder weniger interessanten Gattung oder Art, sondern zugleich das Beispiel eines Lebensschicksals zu sehen, wird, schneller als er ahnt, erkennen lernen, ob ein gefangenes Tier im eng begrenzten Lebensraume seines Käfigs, Geheges oder Vivariums die Qual der Gefangenschaft oder den Instiktfrieden einer vollkommenen Gewöhnung fand.

Jeder Laie, der hier helfen will, braucht es sich nur beim Besuch von Laintiergärten zur Regel zu machen, bei jeder Anlage folgende Fragen an seinen "gesunden Menschenverstand" und an sein Gewissen gegenüber dem Tiere zu stellen:

1. Genügt die Bewegungsfreiheit, d.h. legt Größe und Proportion der Anlage dem natürlichen Bewegungsdrange und der Betätigung natürlicher Bewegungsformen einen unzulässigen, das Mitgefühl tierfreundlicher Besucher beleidigenden Zwang an oder nicht?
2. Genügt die Sauberkeit, d.h. beweist sie eine regelmäßige, sorgfältige Pflege der Gehege- und Käfigböden, der Wände, der Einrichtungsgegenstände, der Futter- und Trinkgefäße?
3. Genügt die Einrichtung, d.h. gibt sie dem gefangenen Tiere im relativ engen Lebensraume des Käfigs Anlaß und voll ausreichende Möglichkeit, den Raum in natürlicher (also nicht erzwungener) Bewegungsweise zu nutzen oder nicht?
4. Hat jedes Tier jederzeit die Möglichkeit, sich den Blicken der Besucher zu entziehen und sich dadurch an die widernatürliche Nähe der Besucher ohne Abstumpfung zu gewöhnen oder nicht?
5. Ist der Schutz vor den Unbilden der Witterung voll ausreichend, d.h. werden die Tiere auch dann, wenn kein Besucher es sieht, bei schweren Regengüssen also, bei Sturm und Hagelschlag, Schnee und Frost vollkommenen Schutz vor den Gefahren des Wetters finden oder nicht?
6. Ist der Schutz vor den Unarten der Besucher, insbesondere vieler Kinder, und vor Gefährdung durch Tiere (Ratten, Eulen, Hunde, Katzen) voll ausreichend oder nicht?
7. Ist die Vergesellschaftung richtig oder nicht? Wenn z.B. unter 30 Vögeln der Voliere 1 "Beißer" ist, dann sind 29 Vögel gequält, weil sie den Käfig verlassen wollen ohne es zu können.
8. Ist dieses oder jenes Tier überhaupt noch fähig, sich an Tiergartenverhältnisse zu gewöhnen? Viele hochorganisierte Arten (z.B. Dachs, Fuchs, Habicht) können das auch bei sorgfältigster Beachtung aller Gewöhnungsregeln nicht mehr, wenn sie bei der Gefangensetzung ein bestimmtes

jugendliches Alter überschritten haben. Die öffentliche Gefangenhaltung solcher Tiere gehört zu den schlimmsten Grausamkeiten der Laientiergärtnerei, die jeder Laie ohne Kenntnis tierpsychologischer Grundbegriffe leicht als grobe Quälereien zu erkennen vermag."

Diskussion:

Dieser Fall wurde zwar noch nach dem alten Gesetz von 1933 beurteilt, aber auch im neuen Tierschutzgesetz ist kein generelles Verbot von sogenannten "Laientiergärten" und Kleinzirkussen erlassen worden. Doch kann hier weitgehend § 13 des Tierschutzgesetzes von 1972 helfen, der "den Bundesminister ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, soweit dies zum Schutze der Tiere erforderlich ist, Vorschriften über deren Haltung, Pflege und Unterbringung zu erlassen". Nach seinem Inhalt betrifft § 13 die Haltung, Pflege und Unterbringung (Absatz 1) sowie die Beförderung (Absatz 3) der Tiere, ferner einen besonderen Schutz des Wildes (Absatz 2).

"Warum darf jeder der sich einbildet, ein kleiner Hagenbeck oder Grzimek zu sein, einen Tiergarten aufmachen und sich dann ohne jede Fachkenntnis als Volkserzieher aufspielen, während jeder ehrliche Mitbürger, der einen Kiosk eröffnen will - mit Recht - eine Prüfung vor der Handelskammer bestehen muß? Wann endlich wird die Lizenzierung von Laientiergärten gesetzlich geregelt?" (Dr. Beissenhirtz)

Der gesamte Tierschutz spricht schließlich jedermann das Recht ab, Tiere öffentlich gefangen zu halten, deren Lebensansprüche er nicht - aus welchen Gründen auch immer - einwandfrei zu erfüllen vermag.

Man sollte auch für die Leitung von Tiergärten ebenso wie für den Tierhandel fordern, daß entweder der Leiter selbst oder ein führender Angestellter den Nachweis einer Sachkunde,

Ausbildung, Zuverlässigkeit oder Befähigung erbringen muß.

Hier wurde der Besitzer des Tierparks nicht bestraft, es kam damals überhaupt nicht zu einem Gerichtsentscheid. Mit der Auflösung des Tierbestandes allein sollte man es bei solchen Vorfällen jedoch nicht belassen. Der Beschuldigte hätte trotzdem bestraft werden müssen, er hatte sich in mehreren Fällen der Tierquälerei schuldig gemacht und seine Tiere zum Teil erheblich vernachlässigt in der Haltung.

In solchen Fällen müßte auch gewährleistet sein, daß die Tiere nicht buchstäblich "vom Regen in die Traufe" kommen. Es sollte also überwacht werden, von wem sie aufgekauft und unter welchen Umständen sie dort untergebracht und versorgt werden.

Auch hier gab es wie im vorhergehenden Fall keine exakten Gutachten. Es genügt nicht, z.B. einfach zu schreiben, die Käfige sind zu klein. Hier fehlen genaue Zahlen und Abmessungen, damit man sich anhand der Unterlagen ein genaues Bild machen kann.

Haltung einer Löwin in einer Wohnung - Genehmigung zu Tierversuchen

AG Bad Neustadt: AZ 2 Ns 146/73, Cs 39/73

Tatbestand:

Der Angeklagte befaßte sich seit 1957 in seiner Versuchstierzuchtanstalt mit der Aufzucht von Mäusen, Ratten, Kaninchen und Beagle-Hunden. Im Oktober 1971 erwarb der Angeklagte eine vier Monate alte Löwin. Das Landratsamt erteilte ihm dann im März 1972 die beantragte Erlaubnis zum Halten dieser Löwin. In seinem Antrag hatte der Angeklagte zum Ausdruck gebracht, daß die Löwin "für Studien an Ver-

haltensweisen gehalten werde, um die Möglichkeit des Einsatzes dieser Tiere zur Gewinnung von Impfseren für Katzen-seuchen zu erforschen".

Diese Genehmigung war mit folgenden Auflagen verbunden:

1. "Die Löwin ist in einem Käfig, bzw. Zwinger unterzubringen, der so abgesichert sein muß, daß ein Ausbrechen der Löwin, sowie jede Gefahr für Leben, Gesundheit, Eigentum und Besitz ausgeschlossen wird.
2. Das Freiherumlaufenlassen der Löwin ist nicht gestattet. Die Erlaubnis wird zurückgenommen, wenn
 - a) die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis entfallen,
 - b) die Auflagen nicht ausreichen und
 - c) Versagungsgründe, die sich aus anderen Vorschriften ergeben, eintreten oder bekanntwerden."

Der Angeklagte brachte das Tier in einem etwa 750 qm großen Gehege unter, das mit einem ca. 2,50 m hohen Maschendraht umzäunt war. Zur Nachtzeit kam es dann in einen eigens dafür vorgesehenen Raum seiner Versuchstierzuchtanstalt. Er und seine Ehefrau befaßten sich viel mit dem Tier und schliefen sogar ein- bis zweimal pro Woche in dem Raum, in dem sich die Löwin zur Nachtzeit aufhielt. Ansonsten bewegte sich das Tier nachts frei in den Räumen des Angeklagten. Durch ein ca. 80 cm hohes Baustahlgitter wurde der Gang von diesen Räumen nach oben hin gesichert. Auf diese Weise sollte verhindert werden, daß die Löwin nach oben in die Vorräume und zu dem Kantinenaufenthaltsraum gelangen konnte.

Am Abend des 24. Januar 1973 hielt sich der Angeklagte in einer Gaststätte auf, die er gegen 2.30 Uhr mit drei anderen Gästen verließ, um noch mit ihnen bei sich zu Hause eine Flasche Bier zu trinken. Um ihnen auf deren Bitte hin die Löwin vorzustellen, entfernte er das den Gang nach

oben abgrenzende Baustahlgitter und so konnte die nicht angeleinte Löwin frei in den Vorraum zum Kantinenraum laufen. Trotzdem ein Zeuge einige Bedenken äußerte, versicherte der Angeklagte, daß "das Tier nichts tun werde". Die Gäste setzten sich in den Kantinenraum und plötzlich erhob sich die damals etwa 70 kg schwere Löwin und legte ihre beiden Vorderpfoten von rückwärts um den Zeugen. Beim Versuch, das Tier abzuweisen stürzten beide zu Boden und der Angeklagte brachte schließlich die Löwin dazu, vom Zeugen abzulassen. Dieser wurde sofort zum Arzt gebracht, da er zwei 4 bis 5 cm tiefgehende Weichteilverletzungen davongetragen hatte. Die eine Verletzung befand sich unterhalb des linken Ohres in unmittelbarer Nähe der Halsschlagader und die andere reichte in der rechten Schulterblattgegend bis auf den Knochen. Diese Wunden mußten wegen einer nicht unerheblichen Infektion zweimal unter Narkose operativ versorgt werden; insgesamt wurde der Zeuge neunmal ambulant behandelt. Er hatte auch Kopfschmerzen und Fieber zu beklagen und war ca. vier Wochen arbeitsunfähig. An der Schulter war der Zeuge noch nach einem dreiviertel Jahr druckempfindlich, was ihn bei der Arbeit sehr behinderte. Die zunächst blutenden und zwei Wochen lang schmerzhaften Kratzspuren heilten jedoch komplikationslos ab. Der Zeuge hatte selbst keinen Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt, jedoch hat die Staatsanwaltschaft das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung bejaht.

(Auf Grund dieses Vorfalls hatte das Landratsamt mit Bescheid vom 16. März 1973 die Erlaubnis zum Halten der Löwin zurückgenommen. Dagegen legte der Angeklagte Einspruch ein, dieser wurde jedoch zwei Monate später zurückgewiesen. Am 6. Juli 1973 hatte der Angeklagte Klage beim Verwaltungsgericht erhoben und den Antrag gestellt, den

Bescheid aufzuheben. Eine Entscheidung über diese Klage ist mir bisher nicht bekannt.-)

Strafbefehl und Einspruch:

Im Mai 1973 erhielt der Beschuldigte einen Strafbefehl mit einer Geldstrafe von DM 400,-- und da Einspruch erhoben wurde, kam es im Oktober 1973 zur Hauptverhandlung. Zu seiner Verteidigung brachte der Angeklagte hervor, daß er nicht mit einem Angriff habe rechnen müssen, da er sich nämlich intensiv mit seinem Tier befasst habe und die absolut gezähmte Löwin niemals einen Menschen angefallen oder ihn im Rahmen von "Spiel- oder Zuneigungshandlungen" mit der Krallen oder dem Gebiß verletzt habe.

Urteilsbegründung:

"Die Motivation ("Zuneigungsgeste"), aus der das Tier heraus gehandelt haben mag, ist für die Vorhersehbarkeit im Hinblick auf das Verschulden des Angeklagten unbeachtlich. Der Angeklagte hätte erkennen müssen, daß er durch das Freiherumlaufenlassen des Löwen Körperverletzungen herbeiführen konnte (die Krallen und Zähne waren weder entfernt noch abgeschliffen, sondern im Naturzustand erhalten). Er hatte somit gegen die Auflagen vom Landratsamt verstoßen, fahrlässig gehandelt und die Körperverletzung in vorwerfbar schuldhafter Weise herbeigeführt." Die Verurteilung zu DM 400,-- Geldstrafe focht der Angeklagte an, die Berufung wurde jedoch verworfen, da sie sich nicht als begründet erwiesen hatte.

Diskussion:

Richtig ist hier, daß die Staatsanwaltschaft das besondere Interesse an der Strafverfolgung bejaht, obwohl der verletzte Zeuge selbst keinen Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt hatte.

Es besteht jedoch m.E. überhaupt keine stichhaltigen Gründe, die die Haltung eines Löwen, ja grundsätzlich die Haltung exotischer Tiere, wie z.B. auch von Affen, Reptilien oder ähnlichem rechtfertigen. Die Begründung des Angeklagten, er erforsche damit die Möglichkeit des Einsatzes von Löwen zur Gewinnung von Impfseren für Katzenseuchen ist unsinnig. Dies gehört in Hände von Fachleuten, ganz abgesehen davon, daß die Impfstoffherstellung ja viel einfacher mit Hauskatzen erfolgen kann. Auch erhebt sich die Frage, was passiert mit dem betreffenden Tier, wenn so eine Haltungsgenehmigung zurückgenommen wird oder wenn das Tier dem Halter zu groß, zu unbequem in der Haltung oder auch zu gefährlich geworden ist, was erfahrungsgemäß viele "wilde Tiere" mit zunehmendem Alter werden. Solch ein Tier, das zuvor als Einzeltier im Hause gehalten wurde, nimmt kein Zoo mehr, da es enorme Schwierigkeiten bereitet, es dort einzuordnen, einmal schon durch die Umstellung auf neues Pflegepersonal, zum anderen auf die neue Umgebung und auch auf die anderen Tiere. Man sollte bei der Erteilung einer Genehmigung zur Haltung eines "wilden Tieres" doch strengere Maßstäbe anlegen.

In der Urteilsbegründung wurde beanstandet, daß die Krallen und Zähne der Löwin weder entfernt noch abgeschliffen waren, aber selbst dann wäre die Gefahr bei einem Löwen ja nicht gebannt, auch stand davon nichts in den Auflagen, die dem Angeklagten vom Landratsamt erteilt worden waren. Abgesehen davon wäre eine solche Entfernung der Krallen und Zähne zumindest nach dem neuen Tierschutzgesetz von 1972 auch verboten:

§ 6 Verboten ist die vollständige oder teilweise Amputation von Körperteilen eines Wirbeltieres, soweit diese nicht nach anderen Rechtsvorschriften vorgeschrieben ist. Satz 2 enthält Ausnahmen, während sich Satz 3 mit der

Frage befaßt, wer den ausnahmsweise erlaubten Eingriff vornehmen darf. Der Begriff der Amputation meint eine Absetzung (Abtrennung), hier von Körperteilen. Also nicht bloß von Gliedmaßen, an die aber in der Umgangssprache vorzugsweise gedacht wird. Gleich bleibt, um welchen Körperteil - das sich erneuernde Haar- oder Federkleid einschließlich der Schweifhaare ist kein solcher - es sich handelt, auch, ob dieser mehr oder weniger als "lebend" zu bezeichnen ist (Knochen, Zähne, Hornteile). Aus der Sicht des Gesetzgebers wird - entgegen dem Sprachgebrauch der Tierchirurgie - auch das bloße Kürzen der Krallen als Amputation zu bezeichnen sein (13). Hier war jedoch nicht nur vom Kürzen, sondern sogar vom Entfernen der Krallen und Zähne die Rede. Die Vorschrift dient dem Schutz der Unversehrtheit des Tieres, nicht seines Wohlbefindens, es werden hier nicht nur mit Schmerzen verbundene Eingriffe angesprochen, wie im § 5 (Betäubung). Nach dem Tierschutzgesetz bedürfen Tierversuche einer Genehmigung. Nach dem Reichstierschutzgesetz von 1933 verbot der Gesetzgeber zunächst grundsätzlich den quälenden Tierversuch (§ 5), gestattete ihn aber in gewissem Umfang selbst (§ 8) und band ihn im übrigen an eine behördliche Erlaubnis, deren Voraussetzungen er festlegte (§ 6). Dazu kamen Vorschriften über die Durchführung der Versuche (§ 7).

Das neue Gesetz von 1972 verfährt anders: Es begründet für "tierfeindliche" Versuche eine Anzeigepflicht (§ 7). Versuche an Wirbeltieren bedürfen grundsätzlich einer Genehmigung, die näher geregelt wird (§ 8). Dann folgen Vorschriften für die Durchführung von Tierversuchen (§ 9). § 10 (Eingriffe zu Ausbildungszwecken) nimmt auf die vorausgehenden Bestimmungen Bezug.

Obwohl der Angeklagte vom Landratsamt eine Erlaubnis zur Haltung der Löwin erhalten hatte, hätte er meines Erachtens überhaupt keine Berechtigung dazu gehabt. Wenn die

Genehmigung also nun zurückgezogen wird, dann mit Recht, denn er hatte die Auflagen nicht beachtet.

Stutzen der Fangzähne bei einem Schäferhund - Tierquälerei
AG Gelnhausen: AZ 4 Ms 51/62, 48/62

Tatbestand:

Der von einem Polizeibeamten angeklagte Schäfer besaß eine eigene größere Schafherde und verkaufte an einen Landwirt einen damals knapp einjährigen altdeutschen Schäferhund, der sich als Hütehund nicht geeignet hatte und den Schafen gegenüber zu scharf vorgegangen war. Ein paar Tage nach dem Kauf hatte der Landwirt bemerkt, daß die Spitzen der vier Fangzähne des Hundes entfernt waren und fragte bei Gelegenheit den Schäfer, warum dies geschehen sei. Hierauf erklärte der Angeklagte, er habe bei dem Hund selber die Zähne abgebrochen, weil dieser bei den Schafen zu scharf gewesen sei. Nach den eigenen Angaben des Angeklagten habe er auch in früheren Fällen den Hunden die Fangzähne gekürzt, wenn sie für die Herde unbrauchbar waren. Der fragliche Hund war im übrigen auch im Hofe des Landwirts nicht brauchbar, weil er nach den verschiedenen Besuchern des Hofes wie zum Beispiel dem Briefträger schnappte. Er war eben zu scharf, um als Hofhund gebrauchsfähig zu sein. Aus diesem Grund hatte der Landwirt den Hund ebenfalls alsbald weiterverkauft.

Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben und war der Ansicht, daß das Kürzen der Fangzähne bei Schäferhunden allgemein üblich ist und schmerzlos geschehe. Auch in diesem Falle habe er dem Hund mit einer Spezialzange die Spitzen der Fangzähne abgebrochen und bei

dieser Prozedur Chloräthyl verwendet, damit keine Schmerzen beim Tier auftreten konnten. Der Angeklagte gab zu, bereits vor vielen Jahren, als er noch dem Schäferhundeverein angehörte, gelesen zu haben, daß das Stutzen der Fangzähne verboten sei. Er stehe aber auf dem Standpunkt, daß dies bei einem Schäferhund notwendig sei und nur kurze Zeit Schmerzen verursache. Diese Schmerzen seien aber nötig um den Schafen weitere Schmerzen zu ersparen. Ein solcher höherer Zweck liege auch vor bei Kastrationen und bei Kennzeichnen von Herdentieren durch Einbrennen.

Entscheidung des Gerichts:

Der Angeklagte hat sich trotzdem eines Vergehens gegen das Tierschutzgesetz schuldig gemacht. Nach dem § 1 ist es nämlich verboten, ein Tier unnötig zu quälen. Ein Tier quält aber, wer ihm länger dauernde oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden verursacht. Unnötig ist das Quälen, soweit es keinem vernünftigen, berechtigten Zweck dient.

Auch der sachverständige Zeuge vom Landesverband der Schafzüchter bestätigte die Angaben des Angeklagten, daß das Stutzen der Fangzähne bei Schäferhunden allgemein üblich und weit verbreitet sei. In ganz Süddeutschland werde dies so gehandhabt. Nach dem Stutzen der Zähne ziehe sich der Nerv zurück und der Hund sei in Zukunft schmerzlos. Auch dieser Sachverständige verwies auf die notwendigen Kastrationen und andere Schmerzzufügungen bei Tieren zu anderen übergeordneten Zwecken.

Das Gericht aber konnte diesem Sachverständigen nicht folgen, der im übrigen auch einräumen mußte, daß unter Schäfern das Verbot, die Zähne zu stutzen, bekannt sei. Die aufgeführten Kastrationen und anderen Schmerzzufügungen bei Tieren, um sie bestimmten Zwecken dienlich zu machen, werden unter sachverständiger Handhabung so vorgenommen,

daß nur kurzzeitig Schmerzen auftreten. Nach dem überzeugenden Sachverständigengutachten eines Regierungsveterinärrates aber verursacht dieses Kürzen der Eckzähne immer langandauernde Schmerzen. Durch das Kürzen werde der Wurzelkanal des Zahnes bloßgelegt oder so weitgehend gefährdet, daß eine Schmerzempfindung eintritt. Die vom Angeklagten angegebene Abtötung durch Chloräthyl wirke nur für ganz kurze Zeit und sei zwecklos. Zwar ziehe sich nach geraumer Zeit tatsächlich der Nerv zurück, aber bis dahin habe das Tier erhebliche Schmerzen und dies dauere auch eine längere Zeit hin. Der zweite Sachverständige (RVR) führte auch aus, daß das Kürzen der Zähne zwecklos sei, denn ein solcher Hund gehe von seiner Gewohnheit, die Schafe scharf anzupacken, nicht ab. Der vorliegende Fall hat im übrigen erwiesen, daß der Hund trotzdem für die Herde unbrauchbar war und später sogar als Hofhund zu scharf war. Das Gericht stellte also fest, daß der Angeklagte das Tier unnötig gequält hatte, ihm länger dauernde und sich wiederholende Schmerzen zufügte und dies keinem vernünftigen Zweck diene.

Der Angeklagte war auch innerlich von der Schmerzzufügung an dem Tier überzeugt, denn er hatte ein schmerzstillendes Mittel angewandt, welches aber völlig unzureichend war. Außerdem wußte er, daß dieses Kürzen der Zähne verboten ist und hatte es gleichwohl vorgenommen. Mithin war der Schäfer nach § 1 (unnötiges Quälen) in Verbindung mit § 9 (Strafbestimmungen) des Tierschutzgesetzes zu bestrafen. Bei der Strafzumessung kam in Betracht, daß der Angeklagte sonst ein anständiger und untadeliger Mensch war. Es lag also nicht ein auffälliger und besonderer Akt der Roheit vor, denn, wie sich aus den Aussagen des ersten Sachverständigen ergeben hatte, unterlag er einer allgemeinen Unsitte, welche weit verbreitet war. Das Gericht hatte aus diesem Grund eine Geldstrafe als ausreichende Sühne

angesehen und den Angeklagten zu einer solchen von DM 100,--, ersatzweise 10 Tage Gefängnis verurteilt.

Diskussion:

Die Geldstrafe in der Höhe von DM 100,-- ist nach meinem Befinden eindeutig zu gering, denn es handelt sich um eine vorsätzliche Tierquälerei. Roheit kann man dem Angeklagten zwar nicht unterstellen, andererseits aber kann man bei einem Schäfer eine gewisse Sachkenntnis doch voraussetzen. Er war sich sowohl des Verbots als auch der Schmerzen bewußt. Durch die Entfernung der Fangzähne wurden dem Tier länger dauernde erhebliche Schmerzen zugefügt, die keinem vernünftigen, berechtigten Zwecke dienten.

Aderlaß bei einem Hammel - Tierquälerei

AG Schweinfurt: AZ Cs 4047/63

Tatbestand:

Ein Schäfermeister hatte einen Hammel auf einem Handwagen an allen vier Beinen gefesselt und bei hochsommerlicher Hitze so befördert, daß der Kopf auf der Hinterseite des Wagens herabhing. Auf der Unterseite des rechten Auges wurde eine 1 cm lange Schnittwunde und ebenso am Gaumendach eine solche von 1 bis 2 cm festgestellt. Die Mundhöhle sowie die Gegend unterhalb des Auges war mit Blutkuchen (Gerinnsel) gefüllt, bzw. bedeckt. Nach Angaben des Schäfermeisters sollte diese Handlung ein Aderlaß sein. Den sogenannten Aderlaß hielt er für nötig, da das Tier hinkte und deshalb nicht mehr laufen konnte. Er versprach sich von dieser Methode eine Besserung und gab an, er hätte dies auf seiner Schule in T. gelernt.

Tierärztliches Gutachten:

Dem Tierarzt, der auf Ansuchen des Tierschutzvereins ein Gutachten erstellt hatte, war nicht bekannt, daß solch ein Aderlaß eine wirksame Methode der Behandlung darstellt. Er war der Meinung, daß die dem Schaf zugefügten Schnitte erhebliche Schmerzen verursachten, zumal die Schleimhautauskleidung am Gaumendach (wie beim Menschen) sehr schmerzempfindlich ist und daß dieses Quälen keinem vernünftigen Zweck dient. Diese Behandlungsweise des Schäfers (der laut Aussage des den Sachverhalt aufnehmenden Polizeibeamten angetrunken war) ist auch eine rohe Mißhandlung, denn er hat das gefesselte Schaf bei hochsommerlicher Hitze auf einem Handwagen befördert und diesen abgestellt, um an einem Bierauschank eine Flasche Bier zu trinken. Diese letztgenannten Gesichtspunkte lassen eine "Niedrigkeit der Gesinnung" des Schäfers erkennen, denn er setzt sich über die dem Tier verursachten Schmerzen und Leiden gleichgültig hinweg. Auf diese Weise und aufgrund der Blutspuren wurde die Bevölkerung auf diese Umstände aufmerksam. Die Handlungsweise des Schäfers stellt einen Verstoß gegen den § 1 des Tierschutzgesetzes von 1933 dar.

Entscheidung des Gerichts:

Trotz dem Gutachten des Tierarztes lautete die Entscheidung des Gerichts auf Freispruch. Der Tierarzt, der für den Tierschutzverein das Gutachten erstellt hatte, war in der Verhandlung um 180° umgefallen; wäre er dabei geblieben, hätte das Gericht den Beschuldigten verurteilen können. Der Tierarzt begründete den Gesinnungswandel damit, daß dieser Aderlaß in der gefesselten Haltung des Tieres bei den Schäfern üblich und in der Schule in T. sogar gelehrt würde, also könne man nichts dagegen machen.

Diskussion:

Für so eine rohe Gesinnung hätte der Schäfer empfindlich bestraft werden müssen. Hier liegt doch offensichtlich Tierquälerei im Sinne des Gesetzes vor, denn durch die Schnittwunden unterhalb des Auges und am Gaumendach und durch die Fesselung am Handwagen mit dem Kopf nach unten wurden dem Hammel bestimmt länger dauernde erhebliche Schmerzen verursacht. Auch wenn diese Methode in der Schule gelehrt würde, so handelt es sich um unnötige Tierquälerei, die unter Strafe gestellt werden müsste. Man hätte hier eigentlich feststellen müssen, ob in dieser Schule für Schäfer tatsächlich derartige Methoden gelehrt würden, um eventuell sogar Anklage gegen sie zu erheben wegen Anstiftung zur Tierquälerei.

Tötung von Hunden - Tierquälerei

LG Schweinfurt: 1. Fall AZ 1 b Js 1027/67

2. Fall AZ 1 a Js 583/70 a, b

3. Fall AZ Cs 3852/64, 1 b Js 1257/64

Tatbestände:

1. Fall:

Dem Beschuldigten wurde zur Last gelegt, seinen Hund mit dem Beil erschlagen zu haben. Das Ermittlungsverfahren auf die Anzeige des Tierschutzvereins hin, wurde mit folgender Begründung eingestellt:

"Nach der Einlassung des Beschuldigten, die ihm nicht zu widerlegen ist, auch nicht durch eine Obduktion des Hundes, erschlug der Beschuldigte den Hund mit einem einzigen Beilschlag. Dem Tier wurden dadurch überhaupt keine Schmerzen bereitet.

Ein Tier zu töten, ist nicht verboten. Dabei wird nicht verkannt, daß es weitaus humaner gewesen wäre, wenn der

Beschuldigte den Hund, der ihm lästig geworden war, weil er Kinder ansprang und Hühner tötete, durch einen Tierarzt hätte einschläfern lassen."

2. Fall:

Das Ermittlungsverfahren gegen diesen Beschuldigten wurde eingestellt, weil die angestellten Ermittlungen keinen hinreichenden Anlaß zur Klageerhebung gegeben haben. Nach der unwiderlegbaren Einlassung des Beschuldigten hatte sein Schäferhund ein Mutterschaf und ein Lamm gerissen, einige Tage später biß er eine größere Anzahl Hühner und fraß einige. Aufgrund dieser Umstände sah er sich veranlaßt, seinen Schäferhund zu töten. Er tötete den Hund, indem er dessen Schädeldecke mit einem Hieb eines 2.000 g schweren Beiles einschlug, so daß der Hund sofort tot gewesen sei. Seiner Ehefrau habe er andere Angaben gemacht, um einem Ehekrach aus dem Weg zu gehen, weil die Ehefrau sehr an dem Tier gehangen habe. Diese Einlassung ist dem Beschuldigten nicht zu widerlegen. Es steht fest, daß die beschuldigte Ehefrau an der Herbeiführung des Todes des Hundes überhaupt nicht beteiligt war und der Beschuldigte das Tier weder gequält noch roh mißhandelt hatte."

3. Fall:

Der Beschuldigte gab bei seiner polizeilichen Vernehmung zu, seinen 4 - 5 Monate alten Hund mit einem schweren Backsteinhammer erschlagen zu haben, nachdem er ihm zuvor den rechten Hinterlauf durch einen Hammerwurf gebrochen hatte. Der Beschuldigte war als Rohling bekannt, er hatte sogar bereits mehrere Hunde, jeweils im betrunkenen Zustand geschlagen.

Der Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls wurde jedoch abgelehnt, da "dem Beschuldigten ein Vergehen der Tierquälerei im Sinne des § 1 des Tierschutzgesetzes nicht nachgewiesen werden könne".

Diskussion:

In den beiden ersten Fällen könnte das Verhalten der Hunde auch auf eine falsche Aufzucht und Haltung durch die Beschuldigten zurückzuführen sein. Besonders im ersten Fall wäre es wichtig gewesen, klarzustellen, unter welchen Umständen das Tier die Kinder überhaupt angesprungen hatte (wurde es von diesen zuvor geneckt??) und warum es die Hühner getötet hatte.

Hatten die Beschuldigten in allen drei Beispielen denn eine Berechtigung zum Töten? Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 wird das Töten von Tieren im dritten Abschnitt behandelt.

§ 4 Absatz 1 lautet wörtlich:

"Ein Wirbeltier darf nur unter Betäubung oder sonst, soweit nach den gegebenen Umständen zumutbar, nur unter Vermeidung von Schmerzen getötet werden. Ist die Tötung eines Wirbeltieres ohne Betäubung im Rahmen weidgerechter Ausübung der Jagd oder aufgrund anderer Rechtsvorschriften zugelassen oder erfolgt sie im Rahmen zulässiger Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen, so darf die Tötung nur vorgenommen werden, wenn hierbei nicht mehr als unvermeidbare Schmerzen entstehen. Ein Wirbeltier töten darf nur, wer die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat."

Hiernach wären also alle drei Beschuldigten zu bestrafen gewesen, die Fälle wurden aber nach dem alten Tierschutzgesetz von 1933 beurteilt.

Das frühere Recht hat sich nicht in allgemeiner Form der Frage gewidmet, wie ein Tier zu töten ist. Die Tötung war nur insoweit für das Tierschutzrecht erheblich, als sie nach den konkreten Umständen im Sinne des damals geltenden Gesetzes quälerisch war (d.h. dem Tier länger dauernde oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden verursachte) oder sich als rohe Mißhandlung darstellte (13).

Nach dem alten Tierschutzgesetz von 1933 war es also schwer, gegen solche Fälle gerichtlich vorzugehen. Hier hätte man zumindest in den beiden ersten Beispielen durch eine genaue Untersuchung oder Obduktion klären müssen, ob die Tiere tatsächlich durch einen einzigen Beilschlag getötet worden waren. Daß es richtiger wäre, die Hunde durch einen Tierarzt einschläfern zu lassen, steht außer Frage.

Im dritten Fall handelte es sich auf jeden Fall um eine Tierquälerei. Der als Rohling bekannte Beschuldigte hatte dem armen Hund zuerst einen Hinterlauf gebrochen und ihn dann mit einem Backsteinhammer erschlagen. Warum dem Beschuldigten trotz dieser rohen Mißhandlung, die doch zweifellos keinem vernünftigen, berechtigten Zweck diente, "ein Vergehen der Tierquälerei im Sinne des § 1 Tierschutzgesetz nicht nachgewiesen werden konnte" ist mir nicht klar.

Tötung von Katzen - Tierquälerei

LG Schweinfurt: 1. Fall AZ 1 b Js 145o/71

2. Fall AZ 1 Js 57o/62

Tatbestände:

1. Fall:

Gegen den Beschuldigten wurde Strafanzeige erstattet wegen Tierquälerei und Sachbeschädigung. Die Katze der Antragstellerin wurde von dem Schäferhund des Beschuldigten auf dessen Anwesen gepackt und geschüttelt, so daß sie verletzt zusammenbrach. Der Beschuldigte hatte daraufhin die Katze getötet.

Das Verfahren wurde mit folgender Begründung eingestellt: "Gegenüber dem Vorwurf der Tierquälerei hatte sich der Beschuldigte dahin eingelassen, er habe die Katze getötet, um sie von ihren Schmerzen zu befreien. Diese Einlassung

des Beschuldigten ist nicht zu widerlegen, so daß der zu seiner Bestrafung wegen Tierquälerei gemäß § 1 des Tierschutzgesetzes erforderliche Nachweis nicht zu erbringen ist, daß er die Katze nicht zu einem vernünftigen Zweck oder aufgrund einer gefühllosen Gesinnung tötete. Unter diesen Umständen besteht im Hinblick auf die begangene Sachbeschädigung kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung des Beschuldigten."

2. Fall:

Der Beschuldigte tötete eine zutrauliche Katze, die angeblich Tauben gerissen hatte, mit einem Schlag auf den Kopf und anschließender Durchtrennung des Halses mit einem Beil.

Das Ermittlungsverfahren auf die Anzeige eines Tierschutzvereins hin wegen Tierquälerei und Sachbeschädigung wurde eingestellt.

Darauf wurde sowohl vom Taubenbesitzer als auch vom Tierschutzverein Beschwerde eingelegt mit der Bitte, dem Antrag auf Strafverfolgung stattzugeben und die öffentliche Klage zu erheben. Die Begründung der Beschwerde des Tierschutzvereins lautete unter anderem wie folgt:

"Die Einlassung des Beschuldigten ist von vorneherein recht unglaubwürdig. Zunächst einmal war die Katze ein ausnehmend zutrauliches Tier, das keinerlei Scheu hatte und noch weniger jemals Menschen attackierte. Es kann natürlich sein, daß die Katze sich in ihrer Todesangst gegen den Beschuldigten gewendet hatte, als sie bei der Verfolgung keine Fluchtmöglichkeit mehr fand und der Beschuldigte sie bereits angegriffen und verletzt hatte. Es ist vielmehr der Verdacht sehr naheliegend, daß der Beschuldigte das Tier zu sich lockte und es dann einsperrte, um es zu töten. Daß die Behauptung des Beschuldigten unwahr

ist, ergibt sich vor allem aus seinem eigenen Verhalten dem Geschädigten und dessen Ehefrau gegenüber. Wenn es richtig wäre, daß die Katze Tauben zerrissen hätte, dann hätte er die Tauben auch vorzeigen müssen.

Unrichtig ist weiterhin die Behauptung, die Katze wäre im Taubenschlag angetroffen worden. Dorthin konnte sie überhaupt nicht gelangen, wie der Taubenbesitzer selbst überzeugend dargelegt hatte.

Die Voraussetzungen des § 1 des Tierschutzgesetzes von 1933 sind erfüllt. Der Beschuldigte hat das Tier roh mißhandelt. Die Mißhandlung ergibt sich schon aus dem Schlag auf den Kopf des Tieres, das dadurch gar nicht getötet worden ist, sondern erst mit der Durchtrennung des Halses mittels eines Beiles.

Es ist eine Erfahrungstatsache, daß Katzen Tötungsversuchen weitgehend widerstehen und ein sehr zähes Leben haben. Roh ist der Beschuldigte vorgegangen, weil sein Handeln einer gefühllosen Gesinnung entspringt. Der Schlag auf den Kopf des Tieres stellt auch ein Quälen dar, wobei der Erfolg länger dauern muß, was sich schon daraus ergibt, daß der Beschuldigte nach dem Schlag auf den Kopf noch zum Beil greifen mußte."

Trotz der beiden Beschwerden gab es damals kein Wiederaufnahmeverfahren.

Diskussion:

Der Tatbestand ist im ersten Beispiel nicht ganz klar, mir stand auch nur der Einstellungsbescheid zur Verfügung.

Zuerst einmal stellt sich die Frage, wie die Katze getötet wurde und warum der Hund überhaupt angegriffen hatte? Wurde der Hund etwa gar auf die Katze gehetzt?

Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 ist es im § 3 Ziffer 6 ausdrücklich verboten, "ein Tier auf ein anderes Tier zu

hetzen, soweit dies nicht die Grundsätze weidgerechter Jagdausübung erfordern". Im alten Gesetz von 1933, nach dem der vorliegende Fall noch behandelt wurde, war das Hetzen zwar auch erwähnt, aber nicht so umfassend wie im neuen Gesetz (§ 2,6: "...Hunde auf Schärfe an lebenden Katzen, Füchsen oder anderen Tieren abzurichten und zu prüfen").

Der Beschuldigte hatte trotz allem keine Berechtigung zum Töten, ihm fehlte die nötige Sachkenntnis zur Beurteilung, wie schwer das Tier nun eigentlich verletzt ist.

Auch im zweiten Beispiel hätte der Beschuldigte eindeutig bestraft werden müssen. Er hatte die Katze unnötig gequält und roh mißhandelt. Selbst wenn die Katze Tauben gerissen hätte, so hätte der Beschuldigte immer noch keine Berechtigung zum Töten gehabt, denn ihm gehörten die Tauben gar nicht. Im alten Tierschutzgesetz von 1933 wurde kein direktes Tötungsverbot angesprochen, ein solches konnte sich aber aus dem § 1 ergeben ("Verboten ist, ein Tier unnötig zu quälen oder zu mißhandeln.")

Außerdem kamen früher Vorschriften des allgemeinen Strafrechts

(hier war die Tötung nur dann verboten, wenn ein anderer Eigentümer des Tieres war - Sachbeschädigung, Wilderei), des Jagdrechts

(Jagdfrevel, insbesondere Verletzung eines Abschußverbotes oder der Bestimmungen über die Schonzeit), des Naturschutzrechts

(Schutz von nicht jagdbaren Tieren zur Erhaltung seltener oder in ihrem Bestande bedrohter Tierarten und der Verhütung mißbräuchlicher Aneignung und Verwertung von Tieren zum Beispiel durch Massenfänge und industrielle Verwertung von Schmuckformen der Tierwelt)

und des Brieftaubenrechts in Betracht

(...wer fremde Brieftauben vorsätzlich oder fahrlässig tötet oder verletzt, wird bestraft).

Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 regelt § 4 die Art und Weise der zulässigen Tötung von Wirbeltieren.

"Diese Vorschrift schützt nicht das Leben des Tieres, sie soll vielmehr in jedem Falle eine möglichst schmerzfreie Tötung eines Wirbeltieres sicherstellen und will damit vielfach zu beobachtenden Mißständen vorbeugen." (5)

Ferner wird die Tötungshandlung laut § 17 dann zu einem Straftatbestand, wenn diese "ohne vernünftigen Grund erfolgt".

Diese Vorschrift ist im Tierschutzrecht neu, bislang war eine Tiertötung nur dann verboten, wenn ein anderer Eigentümer des Tieres war (Sachbeschädigung im Strafgesetzbuch, Jagd- und Naturschutzrecht). In all diesen Vorschriften ist jedoch nicht das Tier das geschützte Rechtsgut. Erstmals das neue Tierschutzgesetz erkennt dem Tier ein Recht auf Leben zu (5).

Das frühere Recht hat sich nicht in allgemeiner Form der Frage gewidmet, wie ein Tier zu töten ist. Die Tötung von Tieren war nur insoweit für das Tierschutzrecht erheblich, als sie nach den konkreten Umständen im Sinne des damals geltenden Gesetzes quälerisch war (d.h. dem Tier länger dauernde oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden verursachte) oder sich als rohe Mißhandlung darstellte; die quälerische Tötung mochte ausnahmsweise rechtmäßig sein. Als einzige Sondervorschrift verbot § 2 Ziffer 10 des Reichstierschutzgesetzes ein in einer Farm gehaltenes Pelztier anders als unter Betäubung oder sonst schmerzlos zu töten. Hier knüpft das neue Recht an (13).

Es dürfte nach meiner Meinung nicht ungestraft bleiben, wenn jemand das Tier eines anderen tötet. Im ersten Beispiel konnte man dem Beschuldigten nicht widerlegen, daß er die Katze nur getötet habe, um sie von ihren Schmerzen zu befreien, aber im 2. Beispiel bestand für den Beschuldigten überhaupt kein Grund, das Tier zu töten. Selbst wenn er hätte beweisen können, daß die Katze die Tauben gerissen hatte, so berechtigt das noch keinesfalls zur sofortigen Tötung des Tieres.

Hetzen von Jagdhunden auf eine Katze - Tierquälerei

LG Schweinfurt: AZ Cs 362o/63

Tatbestand:

Die beiden Angeklagten wurden beschuldigt, bei einem Spaziergang, bei dem ihr Jagdhund zur Rebhuhnjagd abgerichtet werden sollte, diesen auf eine Katze gehetzt zu haben, die nach längerer Hetzjagd von ihm zerrissen wurde. Nachdem sich die Katze zweimal "stark blutend mit gebrochenem Rückgrat" (??) auf Bäume gerettet habe, sei sie von den Jägern wieder heruntergeschüttelt worden. Der Jagdhund wurde wiederum auf die Katze gehetzt, was die beiden Jäger mit Hinweis auf ihre 25-jährige Erfahrung in der Ausbildung von Jagdhunden damit entschuldigten, daß das Reißen einer Katze zur Schärfeprüfung eines Jagdhundes gehöre ("Sehen Sie, bei der Jagdprüfung wird es verlangt, daß ein Jagdhund innerhalb von 5 Minuten eine Katze tötet.").

Entscheidung des Gerichts:

Da diese Schärfeprüfung laut Tierschutzgesetz jedoch unter Strafe gestellt ist, hatten die Beklagten je einen Strafbefehl über DM 80,-- erhalten. Dagegen erhob einer der beiden Angeklagten Einspruch und das Gericht sprach ihn

dann mangels Schuldnachweis frei. Das Gericht argumentierte hierbei, daß kein Zeuge dafür eine Bestätigung gebracht habe, daß die Katze mehrmals vom Baum geschüttelt wurde. Da kein Gewehr zur Stelle gewesen sei, habe das Tier nur mit einem Knüttel von seinem Leiden befreit werden können. Unnötige Quälerei und rohe Behandlung sei hierbei nicht nachzuweisen.

Diskussion:

Die erste Entscheidung war richtig, nur war das Strafmaß (DM 80,--) nach meinem Ermessen viel zu gering. Das Verbot "Hunde auf Schärfe an lebenden Katzen, Füchsen oder anderen Tieren abzurichten oder zu prüfen" (§ 2 Ziffer 6 des alten Tierschutzgesetzes von 1933) ist gegen starken Widerstand großer Teile der Jägerschaft entstanden. Es war von jeher umstritten, ob es nötig sei, Hunde auf ihre Schärfe an lebenden Tieren zu prüfen und abzurichten, weil auch die Schärfe eines Hundes als Wesensmerkmal vererblich ist. Man konnte also, besonders seitdem es Zuchtbücher gibt, davon ausgehen, daß ein junger Hund im wesentlichen die Charakterzüge seiner Eltern trägt. Durch entsprechende Auswahl bei der Zucht ist es möglich, die vorhandene Schärfe zu steigern, zu erhalten oder zu mindern. Die widerstreitenden Auffassungen haben jedoch durch die eindeutige gesetzliche Regelung nunmehr ihre Lösung gefunden und dadurch einen Zustand beseitigt, der die Handlungsobjekte (Katzen und Füchse) schweren Mißhandlungen ausgesetzt hatte, zumal der Kampf sich nicht unter den normalen Bedingungen der Natur vollzogen hatte (23).

Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 behandelt einmal § 3 Ziffer 5 diesen Tatbestand:

"Es ist verboten, ein Tier an einem anderen lebenden Tier auf Schärfe abzurichten oder zu prüfen."

Im Gegensatz zu früherem Recht ist eine derartige Abrichtung und Prüfung nicht mehr auf Hunde beschränkt. Die früher umstrittene Rechtswidrigkeit einer solchen Erziehung und Erprobung für Jagdzwecke ist heute längst vom Gesetzgeber klargestellt. Mit Recht hat man gesagt, daß diese Erziehungsmethode mit der Entwicklung eines Kulturvolkes nicht zu vereinbaren ist.

Ferner heißt es in der Ziffer 6 des § 3 noch:

"Es ist verboten, ein Tier auf ein anderes Tier zu hetzen, soweit dies nicht die Grundsätze weidgerechter Jagdausübung erfordern."

Der Täterkreis ist also hier auf die zur Jagdausübung berechtigten Personen begrenzt und auf die Jagdausübung selbst (z.B. Verfolgung angeschossenen Wildes). Was die Grundsätze weidgerechter Jagdausübung anlangt, so erkennt auch das jagdrechtliche Schrifttum heute allgemein die ethische Einstellung des Jägers zum Wild als den Inbegriff der Weidgerechtigkeit (13).

Da mir hier außer der Anklageschrift keine Gerichtsunterlagen zur Verfügung standen, ging ich davon aus, daß man den zwei Zeitungsmeldungen über den Gerichtsentscheid voll Glauben schenken kann.

Das Gericht hatte hier meines Erachtens falsch entschieden, indem es dem Einspruch gegen den Strafbefehl stattgab. Der Mitbeteiligte hatte die Strafe ja stillschweigend bezahlt und damit den Schuldgehalt anerkannt.

Den Freispruch begründete das Gericht damit, daß kein Zeuge eine Bestätigung dafür erbracht hatte, daß die Katze mehrfach vom Baum geschüttelt wurde. Auch wenn hier keine unnötige Quälerei und rohe Behandlung bei der Tötung der Katze mit dem Knüppel nachzuweisen war, so lag ja noch der

Tatbestand des verbotenen "Abrichtens auf Schärfe an lebenden Katzen" vor. Es ging hier schließlich nicht nur um die Frage, ob und wie die Katze tatsächlich getötet wurde, sondern um die Abrichtung eines Jagdhundes durch Hetzen einer Katze. Nach dem neuen Tierschutzgesetz von 1972 wäre hierfür auch ein höheres Strafmaß zu erwarten gewesen.

Nicht weidgerechte Tötung angeschossener Hasen - Tierquälerei
LG Schweinfurt: AZ 5 Js 130/62 a - c

Tatbestand:

Laut Anzeige sollen sich die Teilnehmer einer Treibjagd eines Vergehens gegen das Tierschutzgesetz schuldig gemacht haben, weil sie angeschossene Hasen nicht mittels eines Fangschusses töteten, sondern diese durch Jugendliche auf nicht weidgerechte Art erlegen ließen.

Die polizeilichen Ermittlungen haben jedoch für die Richtigkeit dieser Behauptungen keinerlei Anhaltspunkte erbracht. Die an der Treibjagd beteiligten Personen bekundeten übereinstimmend, daß die Hasen, die nicht sofort tödlich getroffen waren, von zwei Jugendlichen gefangen und mittels eines Genickschlages getötet wurden. Ein Verstoß gegen Bestimmungen des Tierschutzgesetzes lag somit, soweit die Tötung der angeschossenen Hasen durch die beiden Jugendlichen in Betracht kam, nicht vor bzw. war nicht erweislich.

Einstellung des Verfahrens:

"Da naturgemäß bei einer Treibjagd auch Schüsse abgegeben werden, die nicht bzw. nur schlecht treffen, die gejagten

Feldhasen nur verwunden und diese dadurch Schmerzen erleiden, kann auch in der Abgabe schlecht gezielter Schüsse kein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz erblickt werden, zumal die beteiligten Jäger die nur angeschossenen Hasen einfangen und auf die allgemein übliche Art töten ließen. Das Verfahren war daher einzustellen."

Diskussion:

In der Anzeige wurde den Jugendlichen vorgeworfen, die Hasen nicht "weidgerecht erlegt" zu haben; dies müßte eigentlich heißen, "getötet", denn weidgerecht "erlegen" kann nur ein Jäger.

Bei Treibjagden ist es zwar allgemein üblicher Gebrauch, daß angeschossene Hasen aus Gründen des Tierschutzes durch einen Schlag mit der Handkante oder einem Stock hinter die Löffel getötet werden, aber trotzdem sollte eine genaue Überwachung gewährleisten, daß dies ohne jede unnötige Tierquälerei geschieht. Ganz abgesehen davon sollten in erster Linie doch die Jäger selbst darauf achten, genau zu schießen und die Hasen dabei auch tödlich zu treffen. Hier handelte es sich auch um eine Verletzung der Aufsichtspflicht des Jagdleiters.

Vernachlässigung von Rindern und Schweinen

AG Schweinfurt: AZ Cs 1082/71

Tatbestand:

Dem angeklagten Landwirt wird vorgeworfen, seine fünf Rinder und fünf Schweine derart vernachlässigt zu haben, daß sie erhebliche Schmerzen und schweren Schaden erlitten haben. Die beiden Ställe, in denen die völlig unterernährten Tiere untergebracht waren, waren stellenweise bis zu 40 cm hoch mit Kot bedeckt.

Der Angeklagte hatte gegen den Strafbefehl, in dem im übrigen auch die Einziehung der 10 Stück Vieh angeordnet war, Einspruch erhoben. In der Verhandlung behauptete er, er habe durch die Nachbarn keine Hilfe erfahren, obwohl er nachweislich wochenlang im Krankenhaus gelegen habe und dann noch eine Zeitlang krank geschrieben war. Die angeblich mangelnde Hilfsbereitschaft der Nachbarn wurde durch die Aussage des Landpolizeimeisters widerlegt. Diese hätten nämlich während 8 Tagen derartige Mengen Kot und Mist aus beiden Ställen abgefahren, daß sich ein solcher Rückstand unmöglich nur aus wochenlanger Krankheit des Viehhalters erklären lasse. Als der Polizeimeister die Ställe kontrollieren wollte, habe ihm der aufgebrachte Landwirt nicht nur die Angabe der Personalien, sondern zunächst auch den Zutritt zu den Ställen verweigert, so daß er die Hilfe der zuständigen Staatsanwaltschaft in Anspruch nehmen mußte.

Urteil:

Der Angeklagte wurde zu insgesamt DM 120,-- Geldstrafe verurteilt mit folgender Begründung:

"Der festgestellte Zustand des Viehs und der Ställe lasse sich nur aus einer sträflichen Vernachlässigung erklären, die mindestens ein halbes Jahr zurückreiche. Im übrigen sei auch eine Erkrankung keine Entschuldigung, er sei vielmehr verpflichtet gewesen, die Versorgung der Tiere zu sichern, oder sie, falls er so schlechte nachbarliche Beziehungen habe, zu verkaufen. Auf keinen Fall hätte er die Tiere soweit herunterkommen lassen dürfen. Bei der ausgesprochenen Strafe sei die Krankheit des Angeklagten bereits berücksichtigt worden, da bei einem derartigen Tatbestand wie hier sonst eine erheblich höhere Strafe verhängt worden wäre. Da der Angeklagte anführte, er habe die zehn Stück Vieh bereits verkauft, nachdem er sie herausgefüttert habe, wurde von der Einziehung der Tiere abgesehen."

Diskussion:

Der § 2, Ziffer 1 des alten Tierschutzgesetzes von 1933 lautete wörtlich:

"Verboden ist, ein Tier in Haltung, Pflege oder Unterbringung oder bei der Beförderung derart zu vernachlässigen, daß es dadurch erhebliche Schmerzen oder erheblichen Schaden erleidet..."

Vernachlässigen ist ein Minus gegenüber ordnungsgemäßer Obsorge. Die Haltung ist also das umfassende Obsorgeverhältnis. Es verbietet jede Art der Vernachlässigung, also auch eine solche in Bezug auf Pflege, Unterbringung und Beförderung. Hierzu ist auch die Vernachlässigung der Gerätschaften und sonstigen Gegenstände zu rechnen, die in Zusammenhang mit der Tierhaltung stehen, so Huf- und Klauenbeschlag, Fahrzeuge, Geschirr oder ähnliches.

Die Pflege umfasst allgemein Fütterung, Tränkung, Reinhaltung, Reinigung, Gesundheitsfürsorge und Heilbehandlung. Zur Unterbringung gehört, daß dem Tier Obdach zu gewähren

ist, und zwar müssen die Räume, Unterkünfte und Behältnisse von ausreichender Größe, angemessener Beschaffenheit und gesundheitlich einwandfrei sein, auch instand- und saubergehalten werden (12).

Zu der artgemäßen Pflege gehört also unbedingt auch die regelmäßige Reinhaltung der Ställe. Wer ein Tier hält, muß sicherstellen, daß er dem Tier die notwendige artgemäße Pflege in vollem Umfang gewähren kann; ist er dazu nicht mehr imstande, wird er die Tiere abgeben müssen (5).

Die Geldstrafe von DM 120,-- erscheint mir zu gering, aber dieser Fall wurde noch nach dem alten Tierschutzgesetz von 1933 beurteilt. Nach der neuen Gesetzesfassung von 1972 wäre ein höheres Strafmaß möglich gewesen, denn hier wurden die Tiere doch erheblich in ihrer Haltung vernachlässigt.

Vernachlässigung in der Hundehaltung - zu geringes Strafmaß

AG Hofheim/Ufr.: AZ Cs 196/69, Cs 128/69

Tatbestand:

Der Angeklagte S. wurde im Strafbefehl beschuldigt, fahrlässig den Bestimmungen des Tierschutzgesetzes zuwidergehandelt zu haben. Er war Eigentümer eines Jagdhundes, den er in einer Hütte seines Bekannten F. hielt, 500 m entfernt von der nächsten Ortschaft. An drei verschiedenen Tagen (mit 3 und 4 Tagen Abstand) wurde festgestellt, daß in der frei stehenden Hütte, die nur ein kleines Fenster besitzt, große Hitze und Gestank herrschten. Der Jagdhund war ohne Futter und ohne Wasser und machte einen unterernährten und erschöpften Eindruck.

Der Strafbefehl gegen den zweiten Angeklagten F. (knapp vier Monate später) lautete ähnlich. Ihm wurde zur Last gelegt, zwei Tiere in der Pflege und Unterbringung derart vernachlässigt zu haben, daß diese einen erheblichen Schaden erlitten. Der Angeklagte F. ist Eigentümer von zwei Schäferhunden, die er in derselben Hütte ca. 500 m außerhalb der Ortschaft untergebracht hatte. In der Hütte war weder Futter noch Wasser. Beide Hunde waren in einem sehr schlechten körperlichen Zustand und sehr stark unterernährt.

Diese Handlungen beider Angeklagter erfüllten somit den Tatbestand zweier in Tateinheit stehender Übertretungen gemäß § 9, Absatz 3 Ziffer 1 (...Mit Geldstrafe bis zu DM 150,-- oder mit Haft wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem der Verbote der §§ 2 bis 4 zuwiderhandelt...) in Verbindung mit § 2 Ziffer 1 des Tierschutzgesetzes.

(Verboten ist, ein Tier in Haltung, Pflege und Unterbringung oder bei Beförderung derart zu vernachlässigen, daß es dadurch erhebliche Schmerzen oder erheblichen Schaden erleidet...)

Strafbefehl und Einspruch:

Gegen beide Angeklagte wurde je eine Geldstrafe von DM 50,-- festgesetzt.

Der Strafbefehl gegen den Angeklagten F. wurde rechtskräftig, der Angeklagte S. hatte dagegen Einspruch erhoben und es kam zur Hauptverhandlung mit dem Urteil, die Geldstrafe von DM 50,-- zu bezahlen.

Urteilsbegründung:

Der Angeklagte (nicht vorbestraft) hielt einen Jagdhund, den er Anfang Mai in der Hütte seines Bekannten F. unterbrachte und dort ließ, bis er den Hund dann Anfang Juni verkaufte. Die Holzhütte mit ca. 15 qm Grundfläche steht völlig frei, hat ein Pappdach und ein kleines vergittertes Fenster. In dieser Hütte war es bei den hochsommerlichen Temperaturen Ende Mai des betreffenden Jahres unerträglich heiß. Die Temperatur stieg wiederholt über 50°C. Da der Angeklagte die Hütte nur selten reinigte, verbreitete der Hundekot einen bestialischen Geruch. Außerdem gab der Angeklagte dem Hund viel zu wenig zum Trinken. Der Angeklagte behauptete, der Polizeimeister S. habe ihm geraten, den Jagdhund in der Holzhütte unterzubringen. Er habe den Hund dort regelmäßig gefüttert und getränkt. Außerdem habe er die Hütte nahezu täglich gereinigt. Wenn es heiß war, habe er schließlich auch die Holztüre der Hütte offenstehen lassen, so daß genug frische Luft hineingekommen sei.

Diese Einlassung des Angeklagten ist eine bloße Schutzbehauptung. Der Polizeimeister S. sagte als Zeuge aus, er habe zwar dem Angeklagten den Rat gegeben, den Hund in der Hütte unterzubringen, zu dieser Zeit aber habe er selbst die Hütte gar nicht gekannt. Es sei im übrigen auch Winter gewesen, wo andere Maßstäbe als im Sommer gelten. Zwei andere Zeugen bekunden glaubwürdig, daß sie Ende Mai mehrmals an der Hütte gewesen seien, dabei hätten sie festgestellt, daß die Hütte völlig verschlossen und in der Hütte eine unerträgliche Hitze und ein bestialischer Gestank herrschten. Der Jagdhund habe erbärmlich gehechelt und der Boden der Hütte sei mit Kot bedeckt gewesen. Der Angeklagte hat sich demnach einer fahrlässigen Übertretung

nach dem § 9, Absatz 3, Nummer 1 und nach dem § 2, Ziffer 1 des Tierschutzgesetzes von 1933 schuldig gemacht. Der Hund des Angeklagten erlitt durch die große Hitze in der Holzhütte erbärmliche Schmerzen.

Der hinzugezogene Sachverständige, Regierungsveterinärarzt Dr. G., führte überzeugend aus, daß ein Hund nur in beschränktem Umfang die gegenüber seiner Körpertemperatur erhöhte Außentemperatur durch Schwitzen auszugleichen vermag. Im wesentlichen könne er diesen Ausgleich nur durch Hecheln mit der Zunge herbeiführen. Es komme daher bei ihm zu einem Hitzestau, der zu Angstzuständen führt, die erheblichen Schmerzen gleichzusetzen seien.

Bei Anwendung der ihm zumutbaren und möglichen Sorgfalt hätte der Angeklagte auch erkennen können und müssen, daß der Hund bei hohen Temperaturen in der Hütte sich nicht wohlfühlen kann und sogar Schmerzen erleidet.

Bei der Bemessung der Strafe (DM 50,-- Geldstrafe) berücksichtigte das Gericht, "daß der Angeklagte bisher noch nicht ungünstig aufgefallen war und einen guten und letztlich auch reumütigen Eindruck hinterließ."

Diskussion:

Das Strafmaß war meines Erachtens in beiden Fällen zu gering. Auch hier hätten die Angeklagten nach dem neuen Tierschutzgesetz bestimmt eine höhere Strafe zu erwarten gehabt. Bei dieser Unterbringung der Hunde handelte es sich doch wohl um eine erhebliche Vernachlässigung in der Unterbringung als auch in der Fütterung und Tränkung.

Vernachlässigung in der Hundehaltung - Kettenhunde-VO

1. Fall: LG Schweinfurt: AZ 1 b Js 151o/67
2. Fall: AG Mellrichstadt: AZ Cs P 69/71

Tatbestände:

1. Fall:

Der Beschuldigte hielt seinen Hund an einer 2 m langen Kette in einer alten Autokarosserie. Auf die Strafanzeige eines Tierschutzvereins kam als Begründung für die Einstellung des Ermittlungsverfahrens folgende Antwort:

"Diese Haltung bereitet dem Tier keine länger dauernden oder sich wiederholenden Schmerzen und auch keinen Schaden. Der Auslauf des Tieres war durch die lange Kette garantiert und für den erforderlichen Schutz sorgte die Autokarosserie. Daß das Tier durch diese Haltung keinen Schaden erlitt, beweist sein guter Allgemeinzustand."

2. Fall:

Der Beschuldigte hielt in seinem landwirtschaftlichen Anwesen einen Bastard (altdeutscher Schäferhund). Das Tier war gegenüber vom Haus in einer Halle untergebracht. Der Auslauf des Hundes wurde gehemmt durch eine ca. 3 m lange Kette ohne Knebel. Vor der Hundehütte stand ein Stützbalken um den der Hund seine Kette wickeln konnte und dadurch wurde seine Bewegungsfreiheit noch weiter eingeschränkt.

Das langhaarige Fell des Tieres war verfilzt und hing in armdicken verdreckten Zotteln am Körper.

Aufgrund einer polizeilichen Anzeige wurde der Beschuldigte zu einer Geldstrafe von DM 30,-- verurteilt.

Diskussion:

Im 1. Beispiel handelt es sich offensichtlich um eine Fehlentscheidung, denn eine alte Autokarosserie ist auf alle Fälle eine unzulängliche Unterbringung für einen Hund. Eine solche Unterkunft kann dem Hund einerseits keinen ausreichenden Schutz gegen schlechtes Wetter bieten und zum anderen birgt eine alte Autokarosserie auch noch zusätzliche Verletzungsgefahren, sei es nun durch Glassplitter oder hervorstehende Blechstücke.

Im 2. Beispiel halte ich das Strafmaß (DM 30,--) für viel zu gering. In solchen Fällen müßten ferner dem Besitzer neben der Geldstrafe noch besondere Auflagen gemacht werden. Auf jeden Fall muß den Hunden eine Unterkunft gewährt werden, die bestimmten Mindestanforderungen genügt. Hier sind die Hunde eindeutig in Haltung, Pflege und Unterbringung derart vernachlässigt worden, daß sie dadurch erhebliche Schmerzen oder erheblichen Schaden erlitten.

Der § 2 des Tierschutzgesetzes von 1933 lautet:

"Verboten ist:

1. ein Tier in Haltung, Pflege oder Unterbringung oder bei der Beförderung derart zu vernachlässigen, daß es dadurch erhebliche Schmerzen oder erheblichen Schaden erleidet;.."
Die schlimmsten Quälereien aus Unverstand oder Nachlässigkeit ereignen sich bei der Unterbringung der Tiere, seien es nun ungelüftete, verschmutzte Ställe oder allen Witterungseinflüssen ausgesetzte Hundehütten.

Wenn der Täter nicht einsieht, daß er hierdurch gefühllos für unsere Mitgeschöpfe und unklug gegen sich handelt, weil er die Lebensdauer der Tiere verkürzt und ihre Leistungsfähigkeit erheblich vermindert, so bedarf es eben einer Anzeige und einer gerichtlichen Bestrafung.

Bei den Hof- und Wachhunden, die angekettet sind, ist der

Tatbestand des § 2, Ziffer 1 zum Beispiel schon dann erfüllt, wenn die Kette nicht mindestens 2,5 m lang ist; auch muß die Hütte Schutz vor Hitze, Kälte und Nässe bieten (23).

Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 ist die Tierhaltung im § 2 angesprochen:

"(1) Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,
1. muß dem Tier angemessene artgemäße Nahrung und Pflege,
sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung gewähren,
2. darf das artgemäße Bewegungsbedürfnis eines Tieres
nicht dauernd und nicht so einschränken, daß dem
Tier vermeidbare Schmerzen, Leiden oder Schäden zu-
gefügt werden.

(2) Die zuständige Behörde ist befugt im Einzelfall Maßnahmen anzuordnen, die zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Anordnungen erforderlich sind.

(3) Tiere, die nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes in Haltung, Pflege oder Unterbringung erheblich vernachlässigt sind, können von der zuständigen Behörde dem Halter fortgenommen werden und so lange auf dessen Kosten anderweitig pfleglich untergebracht werden, bis eine ordnungsgemäße Haltung, Pflege und Unterbringung der Tiere durch den Halter gewährleistet ist."

Nach dem neuen Tierschutzgesetz von 1972 ist es also jetzt etwas leichter gegen solche Tierhalter anzugehen.

Jetzt muß die Vernachlässigung erheblich sein, d.h. die Handlungsweise, die unzureichende Fürsorge. In der früheren Gesetzesfassung von 1933 bezog sich die Erfordernis der Erheblichkeit auf etwaige Folgen, d.h. man mußte erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden nachweisen, die zwar häufig, aber nicht immer für jeden erkenntlich waren. Wer Hunde im Freien hält, muß künftig neue bundeseinheitliche Vorschriften beachten, die eine artgemäße Pflege

und verhaltensgerechte Unterbringung dieser Tiere gewährleisten. Eine entsprechende Verordnung des Bundesernährungsministeriums wurde am 1. Juni 1974 verkündet und ist am 1. Januar 1975 in Kraft getreten. Im einzelnen muß nun für im Freien gehaltene Hunde unter anderem eine den Verhaltensansprüchen des Hundes genügende Schutzhütte vorhanden sein. Außerdem ist regelmäßige Wartung und Pflege des Hundes sowie ein täglicher Auslauf vorgeschrieben. Die Anbindehaltung ist nach dieser Verordnung grundsätzlich nur in Verbindung mit einer Laufvorrichtung zulässig. Beschaffenheit und Abmessung der Laufvorrichtung sind im einzelnen geregelt. Bei der Zwingerhaltung sind Mindestgröße und Ausstattung des Zwingers nunmehr festgesetzt. Verboten ist, Hunde mit Würge- und Stachelhalsband angebunden zu halten; kranke Hunde sowie hochtragende und säugende Hündinnen dürfen überhaupt nicht angebunden gehalten werden. Auch bei anhaltend nasser Witterung ist Anbindehaltung im Freien, sowie die Haltung im offenen, nicht überdachten Zwinger verboten. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden bestraft.

In beiden Fällen hätten die Angeklagten empfindlich bestraft werden müssen, denn die Hunde wurden in Haltung, Pflege und Unterbringung derart vernachlässigt, daß sie dadurch erhebliche Schmerzen oder erheblichen Schaden erlitten.

Vernachlässigung in der Hundehaltung - Kontrollen

1. Fall: LG Schweinfurt: AZ 1 b Js 717/67
2. Fall: LG Würzburg: AZ 3 Js 1824/67
3. Fall: LG Bamberg: AZ 7 Js 1104/67

Tatbestände:

1. Fall:

In der Hundehütte des Beschuldigten lag bei der Überprüfung ein junger Hund auf einer blanken Holzunterlage. Die Hütte war an der Vorderseite völlig offen und das Dach lag lose auf der Hütte. Auf die Frage, warum kein Stroh in der Hütte sei, erklärte der Beschuldigte, das haben die Hühner aus der Hütte geholt.

Die Hühner haben zu der Hundehütte freien Zugang. Auf die Aufforderung, die Hühner durch eine Absperrung fernzuhalten, war der Halter sehr erbost. Es wurde ihm nun zur Auflage gemacht, die Hütte in einen sauberen Zustand zu bringen.

Acht Tage später ergab dann eine neue Überprüfung, daß die Hunde nun eine ordentliche und saubere Hütte haben. Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, "weil die Schuld des Täters nicht erheblich ist und im Hinblick auf die Nachkontrolle, die ergeben hatte, daß die Hunde nunmehr eine saubere und ordentliche Hütte haben, besteht auch kein öffentliches Interesse an der Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung."

2. Fall:

Das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten wurde eingestellt, da sich der Hund nach den Aussagen der Polizei in gutem körperlichen Zustand befand. Die Unterbringung in einem Blechfaß ist nach Meinung der Polizei auf die

Unbeholfenheit des Beschuldigten zurückzuführen. Im Faß waren alte Säcke und Decken zusammengelgt. Inzwischen hatte der Beschuldigte auch eine Holzhütte errichtet.

3. Fall:

Auf die Anzeige eines Tierschutzvereins wurde das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten mit folgender Begründung eingestellt:

"Die polizeilichen Feststellungen hatten ergeben, daß der Hund in der Größe eines Spitzes gut genährt aussah. Als Unterschlupf diente ihm eine Obstkiste von etwa 30 cm Höhe. Die Kiste lag mit der Öffnung auf dem Boden und ein schmales Seitenteil war entfernt. Hinsichtlich dieses Tieres konnte aufgrund des guten Zustandes nicht festgestellt werden, daß sich der Beschuldigte deshalb gemäß § 9 des Tierschutzgesetzes von 1933 strafbar gemacht hätte. Es waren keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß das Tier unnötig gequält oder roh mißhandelt wurde. Ebenso fehlte es am Nachweis dafür, daß das Tier in Haltung, Pflege oder Unterbringung derart vernachlässigt wurde, daß es dadurch erhebliche Schmerzen oder erheblichen Schaden erlitten hatte (§ 2, Ziffer 1 des Tierschutzgesetzes).

An sich erscheint die Unterbringung in einer Obstkiste zwar mangelhaft, es fehlt jedoch ein Anzeichen dafür, daß das Tier erhebliche Schmerzen oder erheblichen Schaden erlitt. Ein weiterhin bei der polizeilichen Ortseinsicht vorgefundener Bastard von der Größe eines Schäferhundes wurde sehr abgemagert vorgefunden. Ehe jedoch der Amtstierarzt den Hund vier Tage später untersuchen konnte, war das Tier verschwunden. Der Beschuldigte soll dem Amtstierarzt erklärt haben, daß das Tier zwei Tage vorher erschossen wurde. In diesem Fall fehlte es daher am Nachweis

dafür, ob das Tier infolge schlechter Ernährung oder Erkrankung so schlecht ausgesehen hatte. Daher mußte das Verfahren gegen den Beschuldigten eingestellt werden."

Diskussion:

In allen drei Beispielen wurden die Hunde in ihrer Haltung doch erheblich vernachlässigt. Die Unbeholfenheit eines Beschuldigten (2. Beispiel) sollte nicht vor Strafe schützen, denn mit der Haltung eines Tieres geht schließlich jeder die Verpflichtung ein, für das Tier zu sorgen. Diese Pflicht zur allgemeinen Sorge verwehrt jede Art der Vernachlässigung, also auch eine solche in Pflege und Unterbringung. Daß ein Blechfaß oder m.o.w. lose Bretter unzureichende Unterbringungen für Hunde darstellen, dürfte doch jedem einleuchten.

Im alten Tierschutzgesetz von 1933 (nach dem diese Fälle noch beurteilt wurden) war eine Vernachlässigung dann verboten, wenn das Tier dadurch erhebliche Schmerzen oder Schäden erleidet. So konnte argumentiert werden, daß keine Veranlassung zur Strafe bestand, wenn sich der Hund in einem guten körperlichen Zustand befand. Diese Voraussetzung wird nach der neuen Gesetzesfassung nicht mehr gemacht, d.h. nun besteht das Gebot, bei der Haltung oder Betreuung eines Tieres diesem angemessene artgemäße Nahrung und Pflege, sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung zu gewähren.

In solchen Fällen genügt eine einzige Nachkontrolle nicht, denn selbst wenn sie nicht vorangemeldet war, so war es für die Beschuldigten doch vorauszusehen, daß innerhalb kurzer Zeit eine Überprüfung erfolgen wird.

Bei dieser Art von Tierhalten kann man abwarten, daß die Tiere über kurz oder lang wieder vernachlässigt werden. Es sollten also auf jeden Fall mehrere Kontrollen vorgenommen werden, und zwar unangemeldet und in unregelmäßigen Abständen um zu überprüfen, ob die Hunde nun auf die Dauer ordentlich gehalten werden.

Vernachlässigung in der Hundehaltung - Begriff "erheblich"

LG Schweinfurt: 1. Fall: AZ 1 a Js 1879/67 jug

2. Fall: AZ 1 b Js 718/68

Tatbestände:

1. Fall:

Auf eine Strafanzeige des Tierschutzvereins wegen "schlechter Hundehaltung" kam folgender Einstellungsbescheid:

"Dem Beschuldigten konnte keine strafbare Handlung nachgewiesen werden. Da ein unnötiges Quälen und rohes Mißhandeln schon nach der Anzeige ausscheidet, kommt lediglich eine Übertretung nach § 9, Ziffer 3, Nummer 1 ("... wer einem der Verbote der §§ 2 - 4 zuwiderhandelt...") in Verbindung mit § 2, Ziffer 1 des Tierschutzgesetzes von 1933 ("...Vernachlässigung in Haltung, Pflege und Unterbringung...") in Betracht. Nach dem Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen ist jedoch auch dieser Tatbestand nicht erfüllt.

Daß der Beschuldigte dem Hund durch die Art seiner Haltung erhebliche Schmerzen oder einen erheblichen Schaden zufügte, steht nicht fest. Vor dem Regen konnte das Tier sich dadurch schützen, daß es unter einen Wagen kroch. Eine Zeugin, die täglich die Hunde dieser Händlerfamilie fütterte, sagte aus, sie habe selbst alte Steppdecken unter den Wagen gelegt, doch habe der junge Hund diese immer wieder hervorgezogen. Weiter steht fest, daß der Hund nachts in einem alten VW-Kombiwagen, der mit Decken ausgelegt ist, Unterschlupf findet. Eine länger andauernde unangemessene Unterbringung mit den bereits erwähnten Folgen liegt daher nicht vor. Nach alledem war das Verfahren einzustellen."

2. Fall:

Das Ermittlungsverfahren auf eine Anzeige des Tierschutzvereins hin wurde eingestellt, da die angestellten Ermittlungen keinen hinreichenden Anlaß zur öffentlichen Klage boten.

Folgendes Gutachten wurde von einem Regierungsveterinärrat erstattet:

"Die in der Feststellung der Landpolizei gemeldete Länge der Kette von 2,80 m entspricht den Bestimmungen der Ministerial-Bekanntmachung vom 3.4.1952 über die Durchführung des Tierschutzgesetzes, hier Anketten und Kupieren von Hunden und dem Merkblatt des Tierschutzvereins über Haltung und Ernährung des Wachhundes. In dieser Hinsicht dürfte also kein Vergehen gegen das Tierschutzgesetz zu sehen sein. Die Unterbringung des Hundes im Hasen- bzw. Schweinestall kann nicht als Tierquälerei bezeichnet werden, auch wenn kein Stroh auf dem Boden lag und derselbe teilweise mit Urin verschmutzt war. Auch die Einengung der Unterkunft durch den Sack Kalk und einen Korb Rüben reichen ebenso wenig wie das verfilzte Haar für den Tatbestand der Tierquälerei aus. Es ist unbestreitbar, daß der Hund in seiner Haltung und Pflege vernachlässigt wurde. Um jedoch den Tatbestand des § 2 zu begründen, fehlen die Merkzeichen eines erheblichen Schadens und erheblicher Schmerzen. Das Tier zeigte keinerlei Anzeichen derselben wie Abgeschlagenheit und Abmagerung. Diese Anzeichen wurden von der Landpolizei nicht angeführt und scheinen deshalb zu fehlen. Es ist bedauerlich, daß das derzeitige Tierschutzgesetz keine Handhabe bietet, gegen derartige Mißstände vorzugehen."

Unter diesen Umständen konnte dem Beschuldigten ein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz von 1933 nicht nachgewiesen werden.

Diskussion:

Im 1. Beispiel wurde schon bei der Anzeige ungeschickterweise der Tatbestand nur als "schlechte Hundehaltung" bezeichnet. Bei den Strafanzeigen wird sehr oft der Fehler gemacht, daß die Tatbestände jeweils nicht genügend konkretisiert werden. Wie soll das Gericht eine gerechte Entscheidung fällen können, wenn bereits der Tatbestand unklar ist? Man müßte in den Strafanzeigen die Anschuldigungen genau formulieren, zum Beispiel nach dem Wortlaut des Gesetzes, das hieße also in einem solchen Falle, dem Angeklagten "unnötiges Quälen und rohes Mißhandeln" zur Last zu legen. Dieser Vorwurf wäre hier durchaus berechtigt gewesen, denn die Möglichkeit unter einen Wagen zu kriechen, kann für den Hund keinen ausreichenden Schutz vor schlechtem Wetter bieten. Auch wenn der Hund die Steppdecken unter dem Wohnwagen hervorgezogen hatte, so heißt das noch lange nicht, daß er sich dort wohlfühlt.

Im 2. Beispiel wäre es besser gewesen, wenn der Regierungsveterinärerrat die Unterbringung des Hundes hätte selbst besichtigen können, bevor er das Gutachten erstellen mußte. Die polizeilichen Feststellungen waren viel zu ungenau ("Diese Anzeichen wurden von der Landpolizei nicht angeführt und scheinen deshalb zu fehlen"). Die Einschränkung im alten Tierschutzgesetz von 1933 (§4, Ziffer 1), daß eine Vernachlässigung in Haltung Pflege oder Beförderung dann verboten ist, wenn das Tier erhebliche Schmerzen oder erheblichen Schaden erleidet, ist äußerst unglücklich formuliert - wo soll man nur die Grenze zwischen erheblich und unerheblich ziehen? Es ist für einen Sachverständigen denkbar ungünstig, wenn er "erhebliche Schmerzen" von Schmerzen trennen soll. Man kann beim Tier wohl Schmerzen, Leiden oder Schäden feststellen; es ist aber sehr schwierig zu entscheiden, ob

sie erheblich oder unerheblich sind. Wo sind dort die Grenzen zu setzen? Macht es überhaupt etwas aus, ob es erhebliche oder nicht erhebliche Schmerzen sind? Die Frage lautet, sind sie notwendig oder nicht notwendig?

Der Tatbestand ist nur dann erfüllt, wenn das Tier durch die Handlung einen erheblichen Schmerz oder erheblichen Schäden erleidet, womit zum Ausdruck gebracht wird, daß nicht etwa schon ein Unbehagen (Tragen eines Maulkorbes) ausreicht. (23)

Die Justiz hält aber die Erheblichkeit höchstens dann für erwiesen, wenn das Tier auch in seinem Äußeren und in seinem Verhalten deutlich die Schmerzen oder die Schäden erkennen läßt durch Abgeschlagenheit, Freßunlust und ähnlichem.

Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 ist nicht mehr die Rede von erheblichen Schmerzen und erheblichem Schaden, sondern es untersagt, dem Tier vermeidbare Schmerzen oder Leiden zuzufügen. Es bietet in dieser Hinsicht mehr Möglichkeiten zur Begutachtung. § 2, Ziffer 1 lautet:

"Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,

1. muß dem Tier angemessene artgemäße Nahrung und Pflege, sowie eine verhaltensgerechte Unterbringung gewähren
2. darf das artgemäße Bewegungsbedürfnis eines Tieres nicht dauernd und nicht so einschränken, daß dem Tier vermeidbare Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden..."

Diese Vorschrift kann wohl mit Recht als Kernstück des Gesetzes bezeichnet werden. Sie enthält im Sinne einer "Tierhaltergeneralklausel" die grundsätzliche Verpflichtung für jedermann, in dessen Obhut sich ein Tier, sei es auch nur vorübergehend, befindet, dem Tier unter Berücksichtigung seiner Entwicklungs-, Anpassungs- oder Domestikationsstufe angemessene artgemäße Nahrung und Pflege zu gewähren (5).

Lediglich im § 2, Ziffer 3 ist die Rede von "erheblicher" Vernachlässigung.

Erheblich, also gewichtig (zum Beispiel nach Art und Dauer) muß die Vernachlässigung sein. Dieses Erfordernis bezieht sich auf die Handlungsweise, also auf die unzureichende Fürsorge. Nicht auf etwaige Folgen (Schmerzen, Leiden oder Schäden), da solche hier gar nicht vorausgesetzt sind, sie werden aber häufig vorliegen und gestatten dann einen Rückschluß auf die Handlung. Die erhebliche Vernachlässigung braucht nicht (mehr) schuldhaft zu sein. Ein Gutachten des beamteten Tierarztes (Veterinärverwaltung), das die erhebliche Vernachlässigung bestätigt, ist vorgeschrieben (13).

Man sollte also schon bei den Anzeigen zum Ausdruck bringen, daß es sich hier keineswegs um artgemäße Nahrung und Pflege, sowie verhaltensgerechte Unterbringung handelte.

Vernachlässigung in der Hundehaltung - Auflagen, Wegnahme
AG Hofheim/Ufr.: AZ Cs 18/72

Tatbestand:

Der Angeklagte hielt einen Hund im Freien. Als Schutz diente dem Tier eine Holzkiste (180 cm x 50 cm x 50 cm), die auf der Seite lag und deshalb an der Front völlig offen war. Vor dieser Kiste stand ein Eisengestell, das früher die Plane eines Lastwagens gehalten hatte und jetzt nur notdürftig mit Blechstücken zugedeckt war. Auf diese Weise war ein 6 - 8 qm großer Vorraum vor der Holzkiste geschaffen worden. Der Boden dieses Vorraumes war schmierig und bei zwei Kontrollen mit fünf Wochen Abstand mit flüssigem Kot bedeckt. Der Hund trug ein sogenanntes Dressurhalsband mit scharfkantigen Haken an der Innenseite und lag an einer 2,5 m langen Kette.

Bereits ein Jahr zuvor war der Angeklagte im Winter von Polizeibeamten darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Art der Unterbringung (nach der Landes-VO über das Halten von Kettenhunden im Freien) nicht zulässig ist. Der Angeklagte kümmerte sich aber nicht darum und stellte den Zustand auch jetzt nicht ab, als er nach zwei Kontrollen von einem Polizeibeamten und vom Regierungsveterinär auf die außerordentlich schlechte Haltung des Hundes hingewiesen worden war. Die Art, wie der Angeklagte seinen Hund unterbrachte, bereitete dem Hund erhebliche Schmerzen. Dies galt vor allem für Zeiten, in denen es sehr kalt war. Der Angeklagte wußte das, behauptete doch, daß diese Unterbringung erlaubt sei und dem Hund keineswegs erhebliche Schmerzen bereite.

Die Unterbringung verstieß gegen die LVO über das Halten von Kettenhunden im Freien. Gemäß § 1 dieser VO muß "Hunden, die im Freien gehalten werden, ein aus wärmedämmenden Stoffen hergestellter angemessen großer Unterkunftsraum zur Verfügung stehen, der so angeordnet und beschaffen sein muß, daß den Tieren ausreichend Schutz, insbesondere vor den Unbilden der Witterung geboten wird." Davon konnte hier nicht die Rede sein, hier konnte es sogar in die Kiste hineinregnen. Im allgemeinen müßte man verlangen, daß ein Kettenhund in einer Hundehütte untergebracht ist, deren Einschlupfloch im Winter sogar mit einem Sack zugehängt ist. Gemäß § 3 der VO muß die Kette an einem mindestens 6 m langen Laufseil befestigt sein, damit der Hund ausreichende Bewegungsfreiheit besitzt. Der Angeklagte wußte das, denn er war vom Polizeibeamten wiederholt und vom Amtstierarzt nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen worden. Der Angeklagte verstieß deshalb vorsätzlich gegen die Bestimmungen der LVO. Eine solche Zuwiderhandlung ist

gemäß § 9, Absatz 3, Nummer 3 des Tierschutzgesetzes von 1933 strafbar.

"...Mit Geldstrafe bis zu DM 150,-- oder mit Haft wird, so weit die Tat nicht schon unter die Strafdrohung des Absatz 1 (...unnötig quält und roh mißhandelt...) fällt, bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vom Reichsministerium des Innern oder von einer Landesregierung erlassenen Vorschrift zum Schutze der Tiere zuwiderhandelt..."

Der Angeklagte handelte aber darüber hinaus dem Verbot des § 2, Ziffer 1 des Tierschutzgesetzes von 1933 zuwider, ein Tier unter anderem in der Unterbringung derart zu vernachlässigen, daß es dadurch erhebliche Schmerzen erleidet. Der Hund des Angeklagten erlitt tatsächlich erhebliche Schmerzen, er wurde stark in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt, dadurch konnte er sich nicht einmal durch Bewegung etwas warm machen. Schließlich war der Hund in seiner Bewegungsfreiheit noch dadurch besonders beeinträchtigt, daß die Kette an einem Dressurhalsband befestigt war und er jedesmal beim Hineinspringen am Hals erhebliche Schmerzen erleiden mußte.

Urteil:

Zwischen diesen beiden Übertretungen bestand Tateinheit. Eine Geldstrafe von DM 60,-- erschien dem Gericht nicht mehr ausreichend, da sich der Angeklagte immer noch uneinsichtig zeigte. Es hielt zur Abschreckung auch anderer möglicher Täter eine Geldstrafe von DM 150,-- für unbedingt erforderlich.

Diskussion:

Das Strafmaß ist nach meinem Ermessen trotz der ausdrücklichen Heraufsetzung immer noch zu niedrig. Hier fehlt vor allem im Urteil eine Belehrung über die Haltung z.B. in

Form einer Auflage, eine Hundehütte mit vorgeschriebenen Ausmaßen zu errichten. Dann müßten aber auch laufend unregelmäßige und unangesagte Kontrollen erfolgen. In solchen Fällen wäre unter Umständen auch angebracht, dem Angeklagten die Hundehaltung überhaupt zu verbieten und ihm das Tier wegzunehmen. Allerdings muß dann gewährleistet sein, daß der Hund nicht nur einen anderen, sondern auch einen besseren Platz bekommt.

Am 1. Januar 1975 ist eine bundeseinheitliche "Verordnung über das Halten von Hunden im Freien" in Kraft getreten, in der genaue Richtlinien für diese Hundehaltung festgehalten sind.

Der § 10, Absatz 1 des alten Tierschutzgesetzes von 1933 lautet:

"Neben der wegen einer vorsätzlichen Zuwiderhandlung aufgrund von § 9 erkannten Strafe kann auf Einziehung oder auf Tötung des Tieres erkannt werden, wenn es dem Verurteilten gehört. Statt der Einziehung kann angeordnet werden, daß das Tier auf Kosten des Verurteilten bis zur Dauer von drei Monaten anderweit untergebracht und gepflegt wird."

Diese Möglichkeiten verfolgen den vorbeugenden Zweck, zu verhüten, daß der Täter seinen durch das Urteil hervorgerufenen Unmut oder Zorn an dem hilflosen Tier auslassen kann. Gerade dieser Zweck wird durch eine kurzfristige anderweitige Unterbringung des Tieres besonders gut erreicht werden (23).

Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 ist ein Haltungsverbot in § 2, Absatz 3 ausgesprochen. Dort heißt es wörtlich: "Tiere, die nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes in Haltung, Pflege oder Unterbringung erheblich vernachlässigt sind, können von der zuständigen Behörde dem Halter fortgenommen werden, und solange auf dessen

Kosten untergebracht werden, bis eine ordnungsgemäße Haltung, Pflege und Unterbringung der Tiere durch den Halter gewährleistet ist."

Erforderlich für die Wegnahme und anderweitige Unterbringung ist eine erhebliche Vernachlässigung der Tiere. Sie wird immer dann vorliegen, wenn die dem Tier zuteil gewordene Behandlung objektiv unrichtig ist und wenn der normal empfindende und mit gewissen Sachkenntnissen ausgestattete Mensch diese Behandlung mißbilligt, d.h. wenn die Norm des Verhaltens von Mensch und Tier sichtbar überschritten wird. Liegen diese Voraussetzungen vor und hatte der beamtete Tierarzt diese in einem Gutachten festgestellt, so kann die Behörde die Fortnahme anordnen bis der Halter selbst gewährleistet, daß er den Tieren in Zukunft eine ordnungsgemäße Haltung, Pflege und Unterbringung angedeihen lassen wird (5).

Vernachlässigung in der Haltung von Enten - Pflicht zur Tötung

LG Schweinfurt: AZ 1 b Js 1260/66

Tatbestand:

Dem Beschuldigten wurde vor allem vorgeworfen, er habe seine Enten bei der Haltung und Pflege derart vernachlässigt, daß ihnen dadurch länger dauernde erhebliche Schmerzen verursacht worden seien. Die Polizei stellte jedoch insoweit fest, daß Futter und Trinkwasser ausreichend vorhanden waren. Auch der zugezogene Amtstierarzt konnte sich davon überzeugen, daß die Tiere ordentlich genährt und gehalten waren.

Einstellung des Ermittlungsverfahrens:

Die Anzeige scheint vor allem deshalb erstattet worden zu sein, weil die Tiere meist stark verschmutzt waren. Diese Verschmutzung beeinträchtigt aber keineswegs deren Wohlbefinden. Gerade Enten gründeln besonders gerne im Schlamm und fühlen sich dabei wohl. Es ist nicht angängig, die Tiere zu vermenschlichen und deshalb zu glauben, daß sie unter einem bestimmten Zustand leiden, weil nur Menschen diesen Zustand so aufnehmen würden. So meint z.B. der Laie, ein Hundehalter, der seinen Windhund neben seinem fahrenden Auto herlaufen läßt, würde diesen quälen, in Wirklichkeit braucht dieser Hund diesen Auslauf und fühlt sich dabei wesentlich wohler, als wenn er neben seinem Herrn einhergehen müßte.

Darüberhinaus wird dem Beschuldigten vorgeworfen, daß er eine offenbar kranke Ente nicht getötet hat. Eine Pflicht zur Tötung eines kranken Tieres besteht nicht. § 2, Ziffer 4 des Tierschutzgesetzes von 1933 verbietet nur den Verkauf oder Erwerb eines solchen Tieres. Es ist zwar sicher, daß ein krankes Tier leidet und daß eine kranke Wildente z.B. durch einen Raubvogel von ihrem Leiden erlöst werden würde, diese Leiden sind aber eine Folge von Krankheit und nicht eine Folge von Quälereien. Im übrigen steht gar nicht fest, daß die von dem Anzeigeerstatter beobachtete Ente überhaupt litt."

Diskussion:

Abgesehen davon, daß bei einem so unklaren Tatbestand ("...die Anzeige scheint vor allem deshalb erstattet worden zu sein...") der Antrag auf Strafverfolgung ja abgelehnt werden mußte, hatte der Staatsanwalt hier offensichtlich eine recht eigenartige Einstellung zum Lebewesen Tier. Wenn Enten im Schlamm gern gründeln, dann besagt das noch lange nicht, daß sie sich besonders wohl fühlen, wenn sie total verdreckt sind.

Ebenso läuft ein Windhund doch wohl in erster Linie hinter dem Auto seines Herrn her, weil er panische Angst hat, ausgesetzt zu werden und seinen Herrn zu verlieren. Dem besonderen Bewegungsdrang solcher Hunde kann man ja schließlich auch auf "humanere" Art und Weise Genüge leisten, z.B. durch weite Spaziergänge, Ballspiele oder Mitlaufenlassen beim Fahrradfahren. Hierbei muß man natürlich die jeweilige Rasse, Größe und Kondition beachten, d.h. auch das Mitlaufenlassen beim Fahrradfahren kann Tierquälerei sein. Eine ausdrückliche Pflicht zur Tötung besteht im Tierschutzgesetz nach dem Wortlaut nicht. Im alten Tierschutzgesetz von 1933 steht im § 2, Ziffer 4: "Verboten ist, ...ein gebrechliches, krankes, abgetriebenes oder altes Haustier, für das das Weiterleben eine Qual bedeutet, zu einem anderen Zweck als zur alsbaldigen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben."

Daß der bisherige Tierhalter das Tier selbst töten muß, wenn es nicht mehr lebensfähig ist, kann also aus dem Tierschutzgesetz nicht entnommen werden, jedenfalls nicht direkt, d.h. es kann sogar ein Akt des Tierschutzes sein, das Tier zu töten und damit zu erlösen. Die neue Fassung des Tierschutzgesetzes von 1972 formuliert den entsprechenden Paragraphen (§3, Ziffer 2) etwas ausführlicher:

"Es ist verboten, ein gebrechliches, krankes, abgetriebenes oder altes im Haus, Betrieb oder sonst in Obhut des Menschen gehaltenes Tier, für das das Weiterleben mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist, zu einem anderen Zweck als zur unverzüglichen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben..."

Es muß sich also jetzt nicht mehr wie im früheren Recht um ein "Haustier" handeln. Von diesem vielleicht biologisch eindeutigen, aber rechtlich wenig klaren Begriff sind viele Zweifel ausgegangen. Zu den Haustieren gehören alle Arbeitstiere, aber auch Schweine, Ziegen, Schafe,

Hunde, Katzen usw., nicht jedoch gezähmte wilde Tiere, Stubenvögel und Zierfische. Jetzt kommen Nutz- und Liebhabertiere, Haus- und Heimtiere, einheimische Tiere und Exoten gleichermaßen in Betracht, auch gefangengehaltene und gezüchtete Exemplare einer wildlebenden Art. Es wird im neuen Tierschutzgesetz auch nicht mehr gefordert, daß das Weiterleben eine Qual bedeutet. Bemühungen im neuen Gesetz die Begriffe "veräußern" und "erwerben" durch "überlassen" und "übernehmen" zu ersetzen und damit jenseits aller bürgerrechtlichen Vorstellungen auf die rein tatsächlichen Vorgänge abzustellen, waren erfolglos (13).

Im Gesetz sollte jedoch zugleich eine Tötungspflicht verankert sein. Hier scheint man wohl ursprünglich von den Schlachttieren ausgegangen zu sein, die man ja zur Tötung (= Schlachtung) veräußert. Man sollte aber z.B. bei einem alten Hund in einem solchen Falle eine Veräußerung ausdrücklich verbieten und eine Tötung vorschreiben.

Das Gesetz will dem Eigentümer nahelegen, daß er ein Tier, bei dem eine Wiederherstellung des Wohlbefindens nicht mehr zu erwarten ist, dem "ordentlichen Schlächter" übergibt. Er darf nach näherer Maßgabe des § 4 das Tier auch selbst töten oder durch einen Tierarzt töten lassen. "Unverzüglich" bedeutet wie immer "ohne schuldhaftes Zögern". Eine Rechtspflicht zur Tötung des Tieres, das er nicht veräußern will oder kann, wird für den Eigentümer durch die Vorschrift nicht begründet. Seine Verpflichtung, die nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden nach besten Kräften zu lindern, bleibt unberührt. Der Erwerb verpflichtet aber den Erwerber zur schmerzlosen Tötung des Tieres (13).

Anderer Meinung jedoch sind ENNULAT und ZOEBE (5):

Den Erwerber des Tieres trifft nach ihrer Auffassung ebenfalls keine Pflicht, das Tier töten zu lassen, wenn er das Tier vorsätzlich entgegen der Zweckbestimmung (= Tötung)

des § 3, Ziffer 2 erworben hat, da er infolge des nichtigen Grundgeschäftes über das Tier nicht verfügen kann. Er kann daher nur wegen Verstoßes gegen diese Vorschrift belangt werden; das Tier ist dem Veräußerer zurückzugeben.

In derartigen Fällen kann sich aber eine Pflicht zur Tötung des Tieres ergeben, zumindest kann eine nicht unverzügliche Tötung den Tatbestand der Tierquälerei erfüllen.

In § 9, Ziffer 1, Punkt 6 des neuen Tierschutzgesetzes von 1972 fordert der Gesetzgeber im Interesse des Wohlbefindens des Tieres dessen Leben:

"Nach Abschluß eines Versuches ist jeder hierbei verwendete Einhufer, Paarhufer, Affe, Halbaffe, Hund, sowie jede verwendete und überlebende Katze und jedes verwendete und überlebende Kaninchen unverzüglich einem Tierarzt zur Untersuchung vorzustellen. Ist nach dem Urteil des Tierarztes ein Weiterleben des Tieres nur unter Leiden möglich, muß das Tier unverzüglich schmerzlos getötet werden. Andere als in Satz 1 bezeichnete Tiere sind gleichfalls zu töten, wenn diese nach dem Urteil der Person, die den Versuch durchgeführt hat, erforderlich ist."

Dieses Tötungsgebot ist unbedingt verpflichtend. Spricht der Tierarzt ein dahingehendes Votum, muß das Versuchstier unverzüglich getötet werden. Die Verpflichtung trifft den Leiter des Versuchsvorhabens bzw. seinen Stellvertreter (5).

1. Tierhandel ohne Gewerbe genehmigung

AG Butzbach: AZ Cs 57/72

2. Strafsache wegen Tierquälerei und Betrug beim Handel mit Hunden

Schöffengericht Tiergarten, Berlin: AZ (215) 58 Ls 221/72
(172/72)

Tatbestände:

1. Fall:

Der Angeklagte erhielt im April 1972 einen Strafbefehl zur Geldstrafe von DM 60,-- wegen Übertretung der Gewerbeordnung. Er wurde beschuldigt, den "selbständigen Betrieb eines stehenden Gewerbes angefangen und betrieben zu haben, ohne dies der zuständigen Behörde angezeigt zu haben". In der Zeitung habe er Inserate aufgegeben, wonach er laufend Hasen, Hunde und Katzen kaufe.

2. Fall:

Den beiden Angeklagten wurde vorgeworfen, Betrug zum Nachteil der Kaufinteressenten begangen zu haben. Zur Begründung wurde angeführt, die Angeklagten hätten kranke Hunde verkauft, wobei sie "mit der Möglichkeit der weiteren Erkrankung gerechnet, diese in Kauf genommen und eine Aufklärung der Käufer unterlassen hatten".

Außerdem ist den Angeklagten unter anderem eine in Tateinheit mit dem Betrug stehende strafbare Übertretung des Tierschutzgesetzes angelastet worden. Die Hunde wurden dem Händler meist von gewerbsmäßigen "Hundezuchtunternehmen" geliefert, wobei die Tiere in der Regel ohne vorhergegangene Impfung und oft schon im Alter von 4 - 6 Wochen und dazu häufig in unzureichenden Transportbehältern nach Berlin gesandt wurden.

Von Juli 1970 bis März 1972 verkauften die Angeklagten insgesamt etwa 7.300 Hunde (das entspricht einer Zahl von etwa 80 bis 90 Hunden pro Woche!).

Die Anklagebehörde führte dem Gericht in 30 Fällen ein Beispiel von zum Teil schon verjährten Verkäufen vor, das sich wie folgt darstellen läßt:

Der Hund wird vom Käufer schon beim Kauf als krank oder leidend erkannt, die Krankheitssymptome werden aber vom Händler bagatellisiert. Die Aufwendungen der Käufer werden nach Manifestation der Krankheit - belegt durch Zeugnisaussagen und tierärztliche Gutachten - oder aber nach dem Tode des Hundes vom Händler nicht oder nur teilweise anerkannt.

Der Hundehändler wußte also objektiv über die Erkrankung der Handelstiere Bescheid. In weiteren 19 exakt belegten Fällen hatte der Hundehändler und seine Ehefrau wesentlich kranke Hunde veräußert und den dabei auftretenden Vermögensschaden der Käufer in Kauf genommen.

Entscheidung des Gerichts:

Das Gericht legte unter anderem klar, daß die Symptome z.B. der Staupe, den Angeklagten geläufig sein müßten. Es sah zwar eine Tierquälerei als strafbare Handlung nach dem alten Tierschutzgesetz von 1933 nicht als erwiesen an, wies aber darauf hin, daß nach dem in der Zwischenzeit erlassenen neuen Tierschutzgesetz von 1972 der Tatbestand der Ordnungswidrigkeit als gegeben angesehen werden könne. Der Vorwurf des fortgesetzten Betrugs wurde vom Gericht übernommen und es verurteilte den Hauptangeklagten im Oktober 1973 zu einer Strafe von DM 10.000,-- und seine mitangeklagte Ehefrau zu einer Strafe von DM 4.000,--.

Diskussion von SCHMIDT (19):

Die Entscheidung des Gerichts ist zu begrüßen, wenngleich es bedauerlich ist, daß eine Verurteilung wegen Vergehens

gegen das alte, zum Zeitpunkt der Tat noch gültige Tierschutzgesetz von 1933, nicht erfolgte. Das Gericht hatte den Standpunkt vertreten, daß ein Hundehändler sich nicht allein auf die Beratung seines Haustierarztes (der einen Teil der Hunde passiv gegen Infektionskrankheiten geimpft hatte) verlassen darf, sondern selbst genügend Sachkenntnis besitzen muß, um die Grenzen zu strafbaren Handlungen erkennen zu können.

Diskussion:

Der Handel mit Tieren ist nunmehr auch unter das Tierschutzgesetz gestellt. Diese Vorschrift ist neu, sie hat kein Vorbild im früheren Gesetz und in vorhergehenden Entwürfen.

§ 11:

(1) "Wer gewerbsmäßig mit Tieren handelt, hat dies bei Beginn der Tätigkeit der zuständigen Behörde anzuzeigen. Dies gilt nicht für Personen, die mit landwirtschaftlichen Nutztieren aus dem eigenen Betrieb handeln, sowie für Züchter, die eingetragenen Züchtervereinen angehören und ausschließlich im Rahmen der Zweckbestimmung des Vereins Tiere halten, züchten und handeln.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für natürliche und juristische Personen, die gewerbsmäßig

1. einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhalten,
2. Tiere zur Schau stellen. Üben diese Personen die Tätigkeit als Reisegewerbe aus, so ist die Anzeige der für den jeweiligen Ort der Gewerbeausübung zuständigen Behörde zu erstatten..."

Bei Inhabern landwirtschaftlicher Nutztierbetriebe und Mitgliedern eingetragener Züchtervereine wird vorausgesetzt, daß diese in besonderem Maße mit der Haltung und Pflege der Tiere vertraut sind. Die Vorschrift gilt somit

nur für den allgemeinen Handel mit Tieren aller Art (sowohl Wirbeltiere als auch Wirbellose), beispielsweise für den zunehmend zu beobachtenden Handel mit Hunden, für den Handel mit Tieren in Zoofachhandlungen und Zoofachabteilungen großer Kaufhäuser, aber auch für den Handel mit Pferden außerhalb des landwirtschaftlichen Nutztierhandels (13).

Diese neue Vorschrift will Mißständen entgegenwirken, die bei einem gewerbsmäßigen Umgang mit Tieren auftreten. Das soll durch eine Erleichterung des Überblicks und damit der Durchführung des Gesetzes geschehen.

Die zuständige Behörde wird durch das Organisationsrecht der Länder bestimmt.

(§ 15 Absatz 1: "Die Durchführung dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden.")

Es ist vor allem an die untere Verwaltungsbehörde (Stadt- und Landkreis sowie die Gemeinden) zu denken. Im Untätigkeitsfall ist der Dienstaufsichtsweg gegeben.

Der Begriff Behörde wird im verwaltungsrechtlichen Schrifttum verstanden als "diejenige Amtsinstitution (und auch die in ihr tätigen Personen), die mit Wirkung nach außen Verwaltungstätigkeit ausübt". (6)

Unabdingbar ist also der öffentlich-rechtliche Charakter. § 15 Absatz 1 verlangt die Durchführung des Gesetzes durch Behörden. Sonach scheiden private - etwa ein Tierschutzverein oder -verband - hier aus; ebenso eine öffentliche Körperschaft, deren äußere Organisation sich nicht behördenmäßig darstellt.

Das Landesrecht regelt darüber hinaus auch alle anderen, mit dem (landeseigenen) Vollzug des Bundesgesetzes zusammenhängenden Fragen und zwar ausschließlich.

Ob der Landesgesetzgeber oder die Landesregierung tätig werden, ist nach Landesverfassungsrecht zu entscheiden.

Die Länder können für die Durchführung des Gesetzes Behörden errichten oder aber diese Aufgabe bereits bestehenden Behörden übertragen. Dafür kommen sowohl die Behörden der allgemeinen Verwaltung wie solche einer Sonderverwaltung in Betracht, die dann zugleich als "Tierschutzbehörden" tätig werden. Es ist an die Rangfolge, Struktur, Ressortzugehörigkeit, Ausstattung der Behörden zu denken wie auch ihren Sitz und Personalbestand. Im übrigen kommen nicht bloß Landesbehörden in Betracht, sondern beispielsweise (im Wege der Weiterübertragung) auch die Gemeinden. Es ist nicht zulässig, die Mitarbeit gemeindlicher oder anderer Tierschutzausschüsse (Beiräte) vorzusehen. Alle Kosten fallen dem Verwaltungsträger zur Last. Die nach dem Organisationsrecht der Länder zuständigen Behörden können durch ihre eigenen Angehörigen in hoheitlicher oder anderer Weise tätig werden; sie können sich dabei auch sonstiger Personen, welche die erforderliche Sachkunde besitzen, bedienen. Ihre Aufgabe ist, wie hier noch einmal hervorgehoben werden darf, die Durchführung des Tierschutzgesetzes, das seinerseits dem Schutz des Lebens und des Wohlbefindens, aber auch der Unversehrtheit der Tiere vor dem Menschen dient. Über diesen Schutz ist von der Behörde zu wachen. Die Länder können den sich daraus ergebenden Pflichtenkreis im Rahmen ihrer Befugnisse konkretisieren, nicht aber einschränken. Sie können den "Tierschutzbehörden" weitere, einem Schutz der Tiere dienliche Funktionen, übertragen (13).

Zweck der Vorschrift ist also, der Behörde einen Überblick über alle Überwachungspflichtigen Tierhandlungen und -haltungen zu geben, damit sie ihren Aufgaben gemäß § 16 Absatz 1 hinsichtlich ständiger Überwachung und Kontrolle nachkommen kann. Darüber hinaus ist eine Anzeigepflicht geeignet, den Tierhalter oder -händler anzuregen, die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten.

Vom Händler wird leider der Nachweis einer Ausbildung, Sachkunde, Zuverlässigkeit oder Befähigung wie auch Aufzeichnungen nicht gefordert. Ebenso hält das Gesetz für den gewerbsmäßigen Versandhandel mit Tieren, der in letzter Zeit unliebsam in Erscheinung getreten ist, keine Vorschriften.

Es kann also in unserem Land jedermann einen Tierhandel beginnen oder eine Zoohandlung führen ohne zuvor eine entsprechende Qualifikation nachweisen zu müssen, der Gewerbeschein genügt. Sogar beim Handel mit unbelebten Dingen gibt es einen Sachkunde- und Zuverlässigkeitsnachweis. Es kann nicht weiter geduldet werden, daß Leute mit Tieren, mit Lebewesen handeln, ohne eine Befähigung dazu zu haben. Es handelt sich hier nicht um ein Gewerbe, das man allein mit dem Besitz eines Gewerbescheins auszuführen berechtigt sein sollte, es sollte die Vorlage eines amtlichen Befähigungsnachweises gefordert werden; etwa daß der betreffende eine abgeschlossene Tierpflegerausbildung oder einen leitenden Angestellten mit einer solchen Ausbildung nachweisen muß. In der BRD ist der Tierpfleger bereits ein voller Lehrberuf mit einer abschließenden Prüfung. Es ist eine Tatsache, daß in allen Tierhandlungen der Tierpfleger und sein Verhalten zu den Tieren mit weitem Abstand wichtiger ist als sämtliche anderen Haltungsbedienungen. Es wäre hier weiter noch eine Bestrafung wegen Vergehens gegen das Erwerbs- und Veräußerungsverbot bestimmter Tiere möglich gewesen. Im Reichstierschutzgesetz von 1933 (2,4: "Es ist verboten,.... ein gebrechliches, krankes, abgetriebenes oder altes Haustier, für das das Weiterleben eine Qual bedeutet, zu einem anderen Zwecke als zur alsbaldigen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben") wurde gefordert, daß das Weiterleben für das Tier eine "Qual" bedeutet. Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 heißt es dagegen in § 3,2:

"Es ist verboten,ein gebrechliches, krankes, abgetriebenes oder altes im Haus, Betrieb oder sonst in Obhut des Menschen gehaltenes Tier, für das ein Weiterleben mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist, zu einem anderen Zweck als zur unverzüglichen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben; dies gilt nicht für die unmittelbare Abgabe von Tieren an Personen oder Einrichtungen, denen eine Genehmigung nach § 8 (- Tierversuche -) erteilt worden ist."

Verbot der Haltung einer Katze in einer Appartementwohnung
LG Düsseldorf: AZ 12 S 177/59

Tatbestand:

Die Beklagten bewohnten seit Juni 1957 eine Appartementwohnung, in der sie seit Juni 1958 aus Tierliebe eine Katze hielten. Die Katze verließ die Wohnung nie, die Mieter des Hauses wurden in keiner Weise beeinträchtigt und nahmen keinerlei Anstoß daran.

Da die Beklagte als Krankenschwester in einer Nervenklinik mit der Pflege von Geistesschwachen betraut war, stellte die Katze für sie ein wesentliches Mittel der Erholung und des seelischen Ausgleichs dar.

Fünf Monate lang hatte die im selben Haus wohnende Klägerin keine Einwände gegen die Haltung der Katze erhoben, bis sie erst mündlich und drei Wochen später auch schriftlich die Abschaffung der Katze verlangte. Sie berief sich auf den Formularmietvertrag, in dem folgende Bestimmung stand:

"Das Halten von Haustieren ist nicht gestattet. In Ausnahmefällen ist die schriftliche Zustimmung des Vermieters erforderlich. Der Mieter haftet für alle durch die Tierhaltung entstehenden Schäden."

Entscheidung des Gerichts:

Das Gericht hatte die Beklagte zur Abschaffung der Katze verurteilt, da die Klägerin keine schriftliche Zustimmung zur Haltung des Tieres erteilt hatte.

Berufung:

Die Berufung der Beklagten wurde zurückgewiesen, da die Kammer der Ansicht war, die Beklagten seien an den Inhalt des von ihnen abgeschlossenen Mietvertrags gebunden und haben sich hiernach zu richten.

Antrag auf Vollstreckungsschutz:

Die Beklagten stellten Antrag auf Vollstreckungsschutz, da die Haustierhaltung ein allgemeines Persönlichkeitsrecht im Sinne des Artikels 2 des Grundgesetzes sei und sie in absehbarer Zeit sowieso in eine andere Wohnung ziehen werden.

(Artikel 2 GG: "Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen das Sittengesetz verstößt.")

Es würde also eine unzumutbare Härte für sie bedeuten, die Katze für die kurze Zeit, die sie noch in der Wohnung der Klägerin verblieben, abzuschaffen. Das Gericht gab diesem Vollstreckungsschutzantrag nicht statt.

Verfassungsbeschwerde:

Wegen Verletzung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland Artikel 2, 3 und 13 erhoben die Beklagten Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.

(Artikel 2: siehe oben

Artikel 3, 1: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich"

Artikel 13, 1: "Die Wohnung ist unverletzlich")

Das angefochtene Urteil verstoße in erster Linie gegen das Grundrecht der Beschwerdeführer auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Unverletzlichkeit der Wohnung. Diese Verfassungsbeschwerde wurde ohne Angabe weiterer Gründe verworfen.

Gegen diesen Beschluß wäre noch ein weiteres Rechtsmittel gewesen, Verfassungsbeschwerde bei der Europakommission für Menschenrechte beim Europarat in Straßburg anzustrengen. Dieser Beschwerdeweg wurde jedoch nicht mehr gegangen.

Diskussion:

Die folgenden Äußerungen eines Rechtsanwaltes behandeln grundsätzlich die Frage der Hundehaltung in Mietwohnungen: "Der Hund gehört zur Lebensführung und trägt zur Bereicherung des Lebensunterhaltes vieler Bevölkerungsschichten bei und daher ist der Hauswirt zur Duldung der Hundehaltung verpflichtet, weil das im Wesen des Mietvertrages liegt.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sind entsprechend dem vorgeschriebenen Mustermietvertrag nicht berechtigt, die Hundehaltung schlechthin ganz zu untersagen.....

....Die einmal erteilte Genehmigung zur Hundehaltung kann "jederzeit" widerrufen werden. Das legen nun viele Hauswirte dahingehend aus, daß sie in der Lage sind, nach Gutdünken und rein willkürlich die einmal erteilte Erlaubnis jederzeit beliebig ohne Angabe von Gründen widerrufen zu können. Das ist aber ein ganz gründlicher Irrtum, dem zumeist die Neugrundeigentümer unterliegen.

Zur Genehmigung der Hundehaltung kommt es in der Praxis öfters durch stillschweigende Duldung als durch ausdrückliche Willenserklärung. Meistens geht der Mieter davon aus, wenn im Haus schon Hunde gehalten werden, daß er dann auch einen Hund halten kann. Das ist nicht immer richtig.

Zieht er dann mit einem Hund ein und es wird nicht widersprochen, so ist die Hundehaltung, wenn sie eine gewisse Zeit gedauert hat, damit stillschweigend genehmigt. Zwar steht in den Formularen, daß die Erlaubnis schriftlich erteilt sein muß, dieses Formerfordernis zieht aber dann nicht, wenn der Hund stillschweigend geduldet worden ist ohne Widerspruch.

Jedoch muß es immer so liegen, daß der Hauswirt selbst um die Hundehaltung gewußt hat, so daß er in der Lage gewesen wäre zu widersprechen. Der Widerruf ist "jederzeit" zulässig, jedoch nicht "beliebig", d.h. er muß auf einer vernünftigen sachlichen Erwägung beruhen...

Eine Erlaubnis zur Hundehaltung wird grundsätzlich in der Erwartung erteilt, daß das Tier durch sein Verhalten die Mitbewohner nicht störe und die Mietsache nicht verletze."

(19)

Das Verbot der Tierhaltung in Mietwohnungen stellt in einem modernen und fortschrittlichen Rechtsstaat mit dem Charakter einer freiheitlich ausgerichteten Demokratie nicht nur aufgrund des geltenden Grundgesetzes, sondern vor allem im Hinblick auf die allgemeine Wandlung des Rechtsempfindens und der Rechtsauffassung einen so tiefen Eingriff in die intimsten seelisch-geistigen Bezirke der Einzelperson eines Tierliebhabers dar, daß die Bestimmung des § 16 d des Deutschen Einheitsmietvertrages - das generelle Verbot der Tierhaltung in Mietwohnungen - einer Diktatur des sozial stärkeren Vermieters gleichkommt und damit in einem demokratischen Rechtsstaat nicht mehr tragbar ist.

Die Liebe zum Tier ist bei fast allen Menschen aufgrund einer langen Entwicklungsgeschichte so tief verwurzelt, daß sie mit der Gesamtpersönlichkeit eines Menschen unabdingbar verknüpft ist. Das ideelle Interesse an der Tierhaltung muß als ein wesentlicher Ausdruck der Einzel-

persönlichkeit vor verständnislosen oder gar böswilligen Angriffen Dritter durch die Gesellschaftsordnung des Staates wirksam geschützt werden, um seelische Grausamkeiten gegenüber dem oft wehrlosen Tierhalter unmöglich zu machen. Diese Bestimmungen finden sich im Bürgerlichen Gesetzbuch bei der Sittenwidrigkeit von Verträgen, bei der schikanösen Rechtsausübung und bei der Auslegung von Mietverträgen nach dem zu Grunde liegenden Sinn, daß nämlich Tierhaltung in Mietwohnungen nur dann verboten ist, wenn erhebliche Störungen und Beeinträchtigungen nachgewiesen sind.

Auch durch die Gesetzgebung ist der Persönlichkeitswert beispielsweise eines Hundes im Verhältnis zum Menschen hervorgehoben worden, indem bei § 811 Zivilprozeßordnung die Ziffer 14 eingefügt wurde, wonach ein Hund grundsätzlich nicht pfändbar ist.

Jedenfalls steht über das Vertragsrecht hinaus die Haustierhaltung unter dem besonderen Schutz des Persönlichkeitsrechts, Artikel 2, Absatz 1 GG. (HEPP)

Ist im Mietvertrag bzw. in der Hausordnung über das Halten eines Hundes oder anderer üblicherweise gehegter Haustiere (Hühner, Zimmervögel, Katzen) eine Vereinbarung nicht getroffen, so braucht gleichwohl der Vermieter einer städtischen Wohnung in aller Regel das Halten eines Hundes (gleichviel welcher Art und Größe) nicht zu dulden. Dies gilt regelmäßig dann, wenn das Halten eines Hundes stillschweigend vom Vermieter eine Zeitlang geduldet worden ist. Doch müssen für die veränderte Einstellung beim Widerruf besondere Gründe (Belästigung durch Unsauberkeit, Unruhe, Beschwerde anderer Hausbewohner) vorliegen. Das gleiche gilt für die Nichterteilung oder für den Widerruf der Erlaubnis des Vermieters, wenn die Erlaubniserteilung im Mietvertrag oder in der Hausordnung für das Halten von

Hunden vorgesehen ist; durch die Anerkennung des Vertrages bzw. der Hausordnung ist der Mieter zur Einhaltung auch dann verpflichtet, wenn die Tierhaltung niemandem im Hause lästig fällt. Die Entscheidung über die Erteilung oder die Versagung der Erlaubnis des Vermieters muß aber stets den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles Rechnung tragen; sie darf nicht willkürlich erfolgen.

Das gilt auch für die Duldungspflicht des Vermieters, wenn die Erlaubniserteilung nicht ausdrücklich vorbehalten ist. Deshalb ist das generelle Verbot der Haustierhaltung, das die Berücksichtigung des Einzelfalles von vorneherein ausschließt, als unzulässig anzusehen, wohl aber ist der Widerruf einer vorübergehenden Gestattung der Geflügelhaltung und das Verlangen auf Beseitigung eines Hühnerstalles in einem Wohnblock zulässig... (22)

Das Landgericht Hamburg legte in einem anderen Urteil (AZ 19 s 70/56) folgende Grundsätze dar:

"Bei Hundehaltung in der Mietwohnung kann ein Abschaffungsverlangen nicht einfach auf den Wortlaut des Vertrages gestattet werden, ohne daß Tatumstände dargelegt werden, die das Abschaffungsverlangen im einzelnen begründen könnten. Ein solcher Tatumstand ist gegeben, wenn aus dem Kreise der Mieterschaft Beschwerden eingehen. Diese Tatsache rechtfertigt bereits das Verlangen des Vermieters zur Abschaffung. Die Verbotsklausel im Mietvertrag soll dem Vermieter eine Handhabe geben, Streitigkeiten und Beschwerden wegen der Tierhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens unter den Mietern begegnen zu können. Das schutzwürdige Interesse des Vermieters ist darin zu sehen, daß er durch Geltendmachung des Unterlassungsanspruches in die Lage versetzt wird, den Interessen der anderen Mieter zu dienen und ihnen gegenüber seiner Vertragspflicht auf ungestörte Gebrauchsüberlassung nachkommen zu können. Die Verfolgung eines derartigen Interesses kann nicht als Rechtsmißbrauch oder als Schikane bezeichnet werden.

Die Überlassung von Räumen an Mieter zum Wohnen bedeutet nun nicht nur, daß sie sich in den Mieträumen aufhalten dürfen, sie umfaßt die Befugnis für die Mieter, in der Wohnung ihr Eigenleben entsprechend ihren Wünschen, Neigungen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu führen.

Seitdem die Haltung von Haustieren als Annehmlichkeit, insbesondere in weiten Kreisen der Bevölkerung die Haltung von Hunden als wesentliche Bereicherung des Lebensinhaltes betrachtet wird, gehört auch die Hundehaltung zur Lebensführung und ist in Stadt und Land in weitem Umfange üblich. Hieraus ergibt sich grundsätzlich, daß derjenige, der einem anderen Räume zum Wohnen vermietet, ihm das Wohnen in dem oben bezeichneten Umfange gestattet."

Für alle Streitigkeiten zwischen Vermieter und Mieter ist ohne Berücksichtigung des Streitwerts das Amtsgericht zuständig, sofern es sich um Überlassung, Benutzung oder Räumung handelt. Gegen diese im ersten Rechtszug erlassenen Endurteile ist die Berufung bei den Landgerichten zulässig, welche in zweiter und letzter Instanz entscheiden. Es gibt deshalb für die Frage der Tierhaltung in Mietwohnungen keine höchstrichterliche Rechtsprechung, sondern nur eine Vielzahl von teilweise recht unterschiedlichen landgerichtlichen Urteilen. Es mag auch mit dem Fehlen einer einheitlichen und richtungsweisenden Rechtssprechung zusammenhängen, daß die Frage der Tierhaltung in Mietwohnungen immer wieder zu Streitigkeiten führt, unklar geblieben ist und verschieden beurteilt wird.

Prof. SPITALER (21), ein profilierter Vertreter des Tierchutzgedankens, hat dazu unter anderem ausgeführt:

"Jedem Mieter aber, der wegen der Tierhaltung mit dem Hauseigentümer in Meinungsverschiedenheit gerät, muß man angelegentlich empfehlen, alle Anstrengungen zu machen,

um diese Differenzen nach Möglichkeit im gütlichen Einvernehmen auszutragen, da die Gerichtspraxis in diesen Fragen auch gegenwärtig eine für den Mieter nicht günstige ist." Dieser Ratschlag ist wertvoll und richtig; nur scheint der Hinweis auf die für den Mieter nicht günstige Rechtssprechung nicht ganz überzeugend. Aufgabe des Gerichts ist, gerade bei derartigen Prozessen die Abwägung der widerstreitenden Interessen unter Berücksichtigung der Erhaltung des Rechtsfriedens und vernünftiger Beachtung und Einhaltung abgeschlossener Verträge.

Die Rechtssprechung richtet sich weder gegen den Vermieter noch gegen den Mieter und schon gar nicht gegen die menschliche Tierliebe; sie muß aber im Interesse der Rechtsordnung und damit der Allgemeinheit bestrebt sein, abgeschlossenen Verträgen Geltung zu verschaffen und den Rechtsfrieden zu bewahren. Sie dient damit auch dem Schutze der Tiere, denn der ethische Tierschutz gilt dem Tier als Mitgeschöpf und nicht den Gefühlen der Menschen.

Eine Auflösung vertraglicher Vereinbarungen durch die Gerichte, sei es unter Berufung auf den Artikel 2 des Grundgesetzes über die freie Entfaltung der Persönlichkeit oder die Auslegung von Verträgen gemäß §§ 157, 242 BGB, würde besonders in den Wohnblocks der Großstädte zu unhaltbaren Zuständen führen, die notgedrungen zu Zwangsmaßnahmen der Tierhalter gegenüber ihren Tieren und zu Haßgefühlen anderer Menschen gegen diese Tiere Anlaß geben könnten (23).

Da die Katze hier die Wohnung nie verlassen hatte, konnten die anderen Mieter in keiner Weise irgendwie beeinträchtigt worden sein, es hatte ja auch niemand daran Anstoß genommen. Die Klägerin - vermutlich die Hausbesitzerin - hatte die Haltung der Katze zunächst fünf Monate lang stillschweigend

geduldet, bis sie die Abschaffung verlangte. Obwohl also im Mietvertrag das Halten von Haustieren nicht gestattet war bzw. eine schriftliche Zustimmung des Vermieters erforderlich war, hätte sich der Mieter nach fünf Monaten darauf verlassen können müssen, daß er die Katze nicht plötzlich wieder abschaffen muß, vorausgesetzt, die Vermieterin wußte ebenso lange von dem Tier Bescheid. Da also in diesem Beispiel die Katze niemanden gestört hatte und auch die Mietsache nicht irgendwie verletzte, hätte das Gericht deren Haltung gestatten müssen. Unverständlich bleibt mir, warum das Gericht nicht wenigstens vorübergehend bis zum Umzug der Beklagten die Haltung des Tieres gestattet hatte.

D. DISKUSSION

Sachbegriff im BGB

=====

Das Gesetzbuch unterscheidet "Personen" und "Gegenstände". Personen, sowohl natürliche als auch die sogenannten juristischen, wie Vereine und Stiftungen, sind rechtsfähig, d.h. sie können Träger von Rechten und Pflichten sein. Nur körperliche Gegenstände = Sachen können Gegenstand des Besitzes, Eigentums und der meisten anderen dinglichen Rechte sein (dingliches Recht ist die Herrschaft einer Person über eine Sache).

Es ist also nicht möglich, das Tier dem Menschen gleichzustellen, denn damit würde man ihm eine Rechtspersönlichkeit zugestehen, d.h. es kann dann weder verkauft noch gekauft noch gejagt werden; ja es müßte sogar für seine Handlungen zur Verantwortung gezogen werden und könnte als Kläger oder Beklagter auftreten. Dem Tier würden somit nach KOTTER (10a) "direkte Rechte" zukommen.

Es ist jedoch praktisch ohne Bedeutung, welche Stellung man dem Tier auf dem zivilrechtlichen Sektor gibt, wenn man es strafrechtlich schützt. Denn der Schutz der Tiere entspringt nicht eigenem Recht, da sie eben keine Rechtspersönlichkeit haben, sondern der Menschenwürde. Die Mißhandlung eines Tieres stellt ein Delikt gegen die gottgeschaffene Kreatur und somit einen Verstoß gegen die Menschenwürde dar.

Wenn die Tiere also auch heute noch auf dem Sektor des Zivilrechts den Sachen gleichgestellt werden, so ist dies vom tierschützerischen Standpunkt dann nicht zu beanstanden, wenn entsprechende strafrechtliche Vorschriften zum Schutze

der Tiere vorhanden sind und beachtet werden.

Wenn das Tier als besondere Art lebenden Gegenstandes mit Sonderrechtseigenschaften d.h. als "lebendige Sache" hervorgehoben würde, so wäre nicht viel gewonnen. Anders wäre es, wenn das Tier als besonderer Begriff neben die Sache und Personen im Gesetz gestellt würde und damit als selbständiger Rechtsträger ähnlich wie eine unmündige Person behandelt würde. Man müsste die Rechte des Tieres gegenüber jedem Menschen und die sehr viel weitergehenden gegenüber dem Tierhalter und gegebenenfalls dessen gesetzlichen Vertreter festlegen.

Wenn der Tierhalter oder dessen gesetzlicher Vertreter für das Tier wie ein Inhaber der elterlichen Gewalt oder wie ein Vormund für einen Unmündigen zu sorgen hat, ist den Belangen des Tieres weitgehend Rechnung getragen.

Eine solche Regelung dürfte sich auch ohne große Schwierigkeit in das bestehende Gesetzeswerk einfügen lassen, zumal weitgehend bereits bestehende Bestimmungen über die Vormundschaft bei Unmündigen für entsprechend anwendbar erklärt werden könnten. Eine solche Verbesserung der Rechtsstellung des Tieres hat den Vorzug, klare Verhältnisse zu schaffen, während die Einordnung als "lebende Sache" zahlreiche Ausnahmebestimmungen nicht nur im Sachenrecht erforderlich machen würde. Es würde sich eine Vielzahl von Rechtsproblemen ergeben, die dann, wie so oft, der Rechtssprechung zur Lösung überlassen werden. Es dauert dann viele Jahre, bis die Gerichte zu einer einhelligen Meinung kommen. Bis dahin besteht eine Rechtsunsicherheit zum Nachteil der Tiere und der Halter (20).

Eine Unterscheidung zwischen Nutz- und Haustieren hingegen würde ebenfalls zur Rechtsunsicherheit führen, da eine genaue Abgrenzung geradezu unmöglich wäre und es zu viele Grenzfälle gäbe. So eine Unterscheidung wäre auch gar nicht notwendig. Wenn der Mensch sich schon das Recht nimmt, einem

Tier die Freiheit zu nehmen und über sein Geschick zu verfügen, hat er auch eine im Gesetz verankerte Pflicht dem Tier gegenüber, für es ausreichend zu sorgen und vermeidbare Beeinträchtigungen zu unterlassen, ganz gleich, ob es sich nun um Nutz-, Schlacht- oder Haustiere handelt.

Tierschutz

=====

Das Tier gleich dem Menschen Teil der Schöpfung, hat genau wie er ein Recht auf Leben und Unversehrtheit seines Körpers. Da das Tier nicht in der Lage ist, seine Rechte und Interessen dem Menschen gegenüber selbst zu vertreten, ist es eine Gruppe Menschen, die es tut. Der Tierschutz muß jedoch versuchen, von dem rein sentimentalsten Niveau freizukommen, das mit wirklicher Kenntnis des Tieres und seiner Lebensansprüche wenig zu tun hat.

Wenn man heute von Tierschutz spricht, so meint man i.d.R. die Tätigkeit der privaten Tierschutzvereine. Das ist z.T. darauf zurückzuführen, daß der behördliche Tierschutz leider immer noch unzureichend ist. Die stumme Kreatur kann eben nicht selbst anklagen und deshalb haben die behördlichen Dienststellen bisher noch selten eine Veranlassung gesehen, sich einmal um dieses Sachgebiet intensiv zu kümmern. Außerdem ist die Tierschutzttätigkeit unpopulär und schafft Gegner. Der Gerechtigkeit willen sollen aber hier die vereinzelt im Tierschutz aktiven Behördenstellen, welche von tierfreundlichen Bediensteten geleitet bzw. beeinflusst sind, ausgenommen werden.

Daher mußten sich bisher Menschen auf privater Basis zusammenfinden, um im Rahmen von Tierschutzvereinen zu versuchen, das Los unterdrückter und manchmal sogar extrem ausgenutzter Tiere zu lindern. Das geschah durch Aufklärung der Bevölkerung und durch Betreiben von Bestrafungen sowie durch Veranlassung von Vorbeugungsmaßnahmen bei den zuständigen Behörden. Auch unterhalten heute private Tierschutzorganisationen Tierheime und sogenannte sonstige Wohlfahrtseinrichtungen für Tiere. Das alles diente aber bisher nur zur Behandlung von Einzelfällen, d.h. wenn irgendwo eine Tierquälerei durch besonders roh veranlagte

Einzelpersonen festgestellt wurde. Ausnahmsweise treten Tierschutzvereinigungen schon generell gegen solche Mißstände auf, welche nicht durch die besondere Roheit von Einzelpersonen ausgelöst wurden, sondern sich bei ganzen Berufszweigen eingebürgert hatten, wie bei Tierversuchen, bei der Haltung von Kettenhunden, Schlachttierexporten und dergleichen (SPOHR, persönliche Mitteilungen).

Nun stellt die Zukunft den Tierschutz wiederum vor eine sehr schwierige Aufgabe, da sich die sogenannte Intensivhaltung oder Massentierhaltung immer mehr durchsetzt, und zwar oft in besonders tierquälerischer Weise. Eine pauschale Diskriminierung der neuzeitlichen Haltungssysteme ist jedoch nicht berechtigt, denn gerade die modernen Haltungsformen haben gegenüber früherer Methoden auch viele Verbesserungen gebracht. Der umfangreiche Komplex der Intensivtierhaltung soll jedoch in diesem Rahmen nicht besprochen werden, da bei diesem Problem noch zuviel unklar ist, z.B. bestehen bisher noch keine Rechtsverordnungen, zu deren Erlaß der Bundesminister nach § 13 des neuen Tierschutzgesetzes von 1972 ermächtigt wurde.

Allgemeine Achtung vor dem Leben und Dasein unserer Mitgeschöpfe ist eigentlich selbstverständlich.

Professor Dr. Heuss bezeichnete es einmal als eine der blamabelsten Angelegenheiten der menschlichen Entwicklung, daß das Wort Tierschutz überhaupt geschaffen werden mußte. Jeder von uns ist aufgerufen, im Geiste humanitären Handelns aktiv am Tierschutz mitzuwirken. Wer einem wehrlosen Tier aus niederer Gesinnung Leid, Schmerz oder Qual zufügt, weist erhebliche charakterliche Mängel auf und handelt kriminell. Sein Tun sollte nicht bagatellisiert werden - im Gegenteil - ihn muß die ganze Härte des Gesetzes treffen, zu seiner eigenen Läuterung, zum Schutzbedürfnis

des hilflosen Tieres und letztlich auch im Interesse unserer menschlichen Gesellschaft, die doch wohl Anspruch darauf erhebt, auf einer erhöhten Kulturstufe zu stehen. Denn als Ausdruck der Humanität und Kulturstufe eines Volkes kann man die Art und Weise werten, wie die Menschen dieses Volkes miteinander und mit den Tieren umgehen, ob sie bereit sind Mensch und Tier vor Grausamkeiten und Leiden zu bewahren.

Wenn einer ein Tier grausam quält, dann schreckt er meist früher oder später auch nicht vor anderen kriminellen Taten zurück. Hier heißt es der zunehmenden Verrohung und Abwertung allen Lebens - ob Mensch oder Tier - kompromißlos und entschlossen entgegenzutreten.

Man muß die Daseinsberechtigung aller Geschöpfe anerkennen, versuchen gegen die Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit der Masse vorzugehen und ihr bewußt machen, daß Tierquälerei eine Vorstufe zur Kriminalität ist.

Im neuen TschG ist das Tier eindeutig um seiner selbst willen geschützt, d.h. es ist ein ethisches Tierschutzgesetz. Gäbe es jedoch nur ethisch denkende Menschen, dann bräuchten wir überhaupt keinen Tierschutz. Die unnötige Tötung von Tieren wird unter erhebliche Strafandrohung gestellt (§ 17,1) - eine begrüßenswerte Vorschrift, die geeignet erscheint, die weitgehend falsche Interpretation der rechtlichen Zuordnung des Tieres als "Sache" zu korrigieren. Denn obwohl das Tier im rechtssystematischen Zusammenhang nach wie vor als "Sache" gesehen wird und dies wahrscheinlich auch so schnell nicht geändert wird, darf der Eigentümer mit seinem Tier als Lebewesen doch nicht wie mit einem toten Gegenstand verfahren: Er darf das Tier nämlich nur dann töten, wenn ein vernünftiger Grund vorliegt, wenn also die Tötungshandlung zwingend geboten oder zumindest gerechtfertigt ist.

Grundlagen des neuen Tierschutzgesetzes ist der Schutz des Tieres um des Tieres willen. Genügt diese ethische Bekenntnis um auf eine Wandlung des Sachbegriffs verzichten zu können? Es wäre ideal, wenn dieser ethische Tierschutz wirklich genau befolgt würde. Dann wäre es geradezu selbstverständlich, daß keiner einem Tier Schmerzen oder Leiden zufügt. Ebenso wäre es selbstverständlich, ja sogar ein Akt des Tierschutzes, daß Prozesse, in denen es um Tiere geht, zeitlich viel rascher vorangetrieben würden.

Wenn es auch in Zivilprozessen schon fast zur Regel gehört, daß einige Zeit bis zur Gerichtsentscheid vergeht, so sollten doch in den gerichtlichen Streitigkeiten, in denen es um ein Tier geht, die Parteien und die Richter darauf bedacht sein, die Entscheidung möglichst bald herbeizuführen, damit den betroffenen Tieren keine Leiden zugefügt werden. Meines Erachtens bedeutet es für einen Hund nämlich eine enorme psychische Belastung (psychische Leiden), wenn er wie in dem hier angeführten Beispiel (AG Mannheim: AZ 5 c 326/65), zunächst den Besitzer wechselt, sich umgewöhnt und dann nach etwa 2 Jahren wieder zurückgegeben wird. Bei einem Möbelstück spielt es freilich kaum eine Rolle, wenn es so lange eingestellt wird, aber bei einem Tier gelten doch ganz andere Maßstäbe. Zumal hier auch die Gefahr besteht, daß sich in der Zwischenzeit keiner richtig um das Tier kümmert, bis klar geregelt wird, wem das Tier jetzt wirklich gehört.

Leider ist es nicht gelungen, die Straftatbestände in einer zumindest für den Tierschutz wünschenswerten Klarheit zu fassen. So finden sich in der neuen Gesetzesfassung nach wie vor unbestimmte Rechtsbegriffe wie "ohne vernünftigen Grund", "erheblich" oder "offensichtlich", die bereits in der Vergangenheit die Überführung von Tätern erschwert haben. Vom Staat aber ist eine eindeutige klare Gesetzgebung

und Begriffsbestimmung zu fordern, die keine Zweideutigkeit zuläßt.

Nach dem alten Tierschutzgesetz von 1933 konnte z.B. die Unterbringung eines Hundes zwar noch so mangelhaft sein, aber solange das Tier gut genährt aussah, war für die Justiz erwiesen, daß es dadurch keine erheblichen Schmerzen oder Schäden erleidet, denn dazu müßte es wenigstens Abgeschlagenheit, Freßunlust und dergleichen zeigen.

Im neuen Tierschutzgesetz von 1972 ist bei der Tierhaltung nicht mehr von erheblichen Schmerzen und Schäden die Rede, sondern es untersagt die Zufügung vermeidbarer Schmerzen oder Leiden. Nach § 2 können dem Tierhalter Tiere weggenommen werden, wenn sie in Haltung, Pflege oder Unterbringung erheblich vernachlässigt worden sind. Hier muß also die Handlungsweise, die unzureichende Fürsorge erheblich sein, nicht die etwaigen Folgen, wie Schmerzen, Leiden oder Schäden.

Es ist auch für einen Sachverständigen sehr schwer, die Grenze zwischen erheblichen und unerheblichen Schmerzen und Schäden zu ziehen. Bei Schmerzen ist es z.B. viel wichtiger zu unterscheiden, ob sie überhaupt notwendig (vermeidbar) sind oder nicht.

Es heißt, der landläufige Vorwurf gegen den Sachbegriff des Römischen Rechts bestehe nicht zu Recht. Viele Tierfreunde vertreten eine andere Ansicht. Sie sind von der Schädlichkeit des Sachbegriffs im BGB im Zusammenhang mit Tieren überzeugt. Die Einrede nur eine juristische Formulierung zu sein, lassen sie nicht gelten. Gesetze sollten nicht nur für Juristen, sondern insbesondere für die breite Masse des Volkes richtungsweisend und damit auch verständlich sein. Verordnungen müßten also klar, dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprechend und somit auch dem einfachen Bürger verständlich sein. Andernfalls würde der Zweck verfehlt und Verwirrung geschaffen. Schon rein sprachlich sei es ein Widersinn,

durch die gleiche Benennung lebende Geschöpfe mit toter Materie auf einen Nenner bringen zu wollen. Dies müßte zwangsläufig zu Fehlschlüssen führen, man könne das Tier als Sache bezeichnet auch als solche behandeln.

Daß dies z.T. auch aus Gleichgültigkeit oder bösem Willen geschieht, wird fast täglich durch Zeitungsmeldungen über Tierquälereien bestätigt. Manchmal liest man, daß der Tierbesitzer oder Tierschutzverein Strafantrag stellte, aber nur selten kommt die Presse durch Bekanntgabe des Urteils dem interessierten Leser und seinem Informationsdrang entgegen. Aktenzeichen werden kaum angeführt. Wenn man sieht, wie der Richter nach etwa einem Jahr Ermittlungsarbeit trotz Unterstellung der erwiesenen Straffälligkeit sich um einen Freispruch bemüht, dann kommt wohl mit Recht der Verdacht auf, daß es das Sachdenken ist, das die Verhältnismäßigkeit der Tat zur Strafe bestimmt. Diese Sache Tier ist eben dem Lebewesen Tier weit untergeordnet. Würde man das Lebewesen Tier dem lebenden Geschöpf Mensch gegenüberstellen, dann wäre die Verhältnismäßigkeit wohl eine andere (SPOHR).

Die Tatsache, daß das Lebewesen Tier mit toter Materie auf gleicher Stufe steht, verunsichert viele. Manche Leute glauben, dadurch berechtigt zu sein, mit ihrer Sache Tier tun und lassen zu können, was sie wollen. Auch wird den Richtern eine angemessene Urteilsfindung und die Festsetzung eines angemessenen Strafmaßes dadurch erschwert, ja sogar unmöglich gemacht. Viele Urteilsbegründungen weisen jedenfalls daraufhin.

Der Hund ist zwar nach dem Gesetz als Sache zu beurteilen, es ist aber immerhin noch ein Unterschied, ob man ein Fahrzeug mit überhöhten Kosten wiederherstellen läßt oder einen Hund zum Tierarzt bringt, wobei es im letzteren Fall nicht vorauszusehen ist, wie hoch sich die Kosten belaufen werden. Es ist doch selbstverständlich, daß man in erster Linie versuchen wird, dem Tier das Leben zu retten und sich

nicht zuerst den "gemeinen Wert der Sache" ausrechnet, bevor man höhere Aufwendungen macht. Sollte etwa ein Tierarzt vor Behandlungsbeginn den Kaufpreis, das Alter und den derzeitigen "Marktwert" des Patienten besprechen und mit den nicht genau vorhersehbaren Behandlungskosten abwägen? (AZ: 6 c 689/72) Bei Möbelstücken oder Autos z.B. ist es klar, daß man keine höheren Reparaturkosten in Kauf nimmt. Die Höhe der Aufwendungen, um dem Tier das Leben zu retten, sind jedoch weder für den Besitzer noch für den Tierarzt genau absehbar und es ist doch selbstverständlich, daß man die Behandlung nach besten Möglichkeiten durchführen läßt.

Nach dem neuen Tierschutzgesetz wären in den meisten Beispielen höchstwahrscheinlich höhere Strafmaße zu erwarten gewesen, da es doch weitgehend den heutigen Erkenntnissen und Erfahrungen des Tierschutzes und vor allem der völlig veränderten finanziellen Situation der Bevölkerung angepaßt wurde.

Die vorliegenden Fälle wurden hier noch meist nach der alten Gesetzesfassung beurteilt. Die Strafzumessungen mögen zwar nach dem Gesetz richtig gewesen sein, aber man hätte berücksichtigen müssen, daß die Höchststrafe von RM 150,-- bzw. DM den finanziellen Gegebenheiten nach 3 Jahrzehnten nicht mehr angepaßt waren.

(§ 9: Für unnötige Tierquälerei und rohe Mißhandlung war eine Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren und/oder eine Geldstrafe ausgesetzt. Für Versuche an lebenden Tieren ohne Erlaubnis sah das Gesetz eine Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten und/oder eine Geldstrafe vor. Mit einer Geldstrafe bis zu RM 150,-- bzw. DM oder Haft wurden vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen der Verbote der §§ 2 - 4 und der Vorschriften des § 7 bestraft.)

Zum Beispiel erhielt ein Beschuldigter, der seinen Hund bei hochsommerlicher Hitze in einer freistehenden Hütte, die er nur selten reinigte und in der bei mehreren Kontrollen kein Futter und Wasser vorhanden war, nur DM 50,-- Geldstrafe. Ein Bekannter von ihm wurde trotz der erheblichen Vernachlässigung in Unterbringung, Fütterung und Tränkung seiner beiden Hunde in derselben Hütte in der Berufungsverhandlung sogar freigesprochen. (AG Hofheim/Ufr.: AZ Cs 196/69, Cs 128/69)

Ebenso wurden 2 Beschuldigte in der Berufungsverhandlung (wegen einer Geldstrafe von DM 100,--) freigesprochen, die dem Hund eines anderen ohne vernünftigen Grund zunächst mit dem Gewehr schwerste Verletzungen beibrachten und ihn dann ca. 1/2 Stunde später mit einer Hacke grausam erschlugen. (AG Hammelburg: AZ Cs 13 a, b/73)

Es ist mir unverständlich, wie man jemanden mit einer derart rohen Gesinnung freisprechen kann.

Die im alten Tierschutzgesetz von 1933 angedrohten Strafen standen häufig in keinem angemessenen Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlungen. (Amtliche Begründung) Darunter hat in der Vergangenheit vielfach die strafrechtliche Verfolgung von Verstößen gegen tierschutzrechtliche Vorschriften gelitten (5).

Als Pluspunkt der neuer Gesetzesfassungen wird die wesentliche Strafverschärfung hervorgehoben. Man erhofft sich davon abschreckende Wirkung. Wie kann man aber eine solche erreichen, wenn die Richter davon keinen Gebrauch machen oder gar zu unverständlichem Freispruch kommen?

Für Straftaten (= "tatbestandsmäßige rechtswidrige und schuldhaft Handlungen, die der Gesetzgeber wegen des in ihr enthaltenen kriminellen Unrechts mit Strafe bedroht") ist im neuen Tierschutzgesetz von 1972 im § 17 eine Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder eine Geldstrafe ausgesetzt. Hierzu gehört die Tötung eines Wirbeltieres ohne

vernünftigen Grund, die Zufügung erheblicher Schmerzen oder Leiden aus Roheit und die Zufügung länger anhaltender oder sich wiederholender erheblicher Schmerzen oder Leiden. Die Strafandrohung einer Freiheitsstrafe von 1 Tag bis zu 2 Jahren ist weniger als bei leichter Körperverletzung; der Gesetzgeber hat wohl nicht hinreichend bedacht, welch grausige Verletzungen Tieren bisweilen zugefügt werden (13).

Als Geldstrafe sind DM 5,-- bis DM 10.000,-- vorgesehen, wobei das Höchstmaß u.U. überschritten werden kann.

§ 18 umfaßt alle Ordnungswidrigkeitstatbestände (= "tatbestandsmäßige rechtswidrige und schuldhaft Handlungen, für die der Gesetzgeber wegen des in ihr enthaltenen Unrechts die Ahndung mit einer Geldbuße zuläßt") und unterscheidet in nur vorsätzlich begehbare (Absatz 1) und in solche, die sowohl vorsätzlich als auch fahrlässig begreifbar sind. Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu DM 10.000,-- geahndet werden. Die Geldbuße verfolgt den Zweck, eine bestimmte Ordnung durchzusetzen, dem Betroffenen die Verletzung einer Gebots- oder Verbotsnorm vor Augen zu führen und ihn vor weiteren Gesetzesverletzungen abzuhalten. Das gesetzliche Höchstmaß kann überschritten werden, z.B. für die moderne Massentierhaltung.

Wie die amtliche Begründung ausführt, kann in den von § 17 nicht erfaßten Fällen tierschutzwidriger Handlungen die Beachtung der Vorschriften des Tierschutzgesetzes und der nach ihm zu erlassenden Rechtsverordnungen schneller und damit wirksamer durch Ahndung als Ordnungswidrigkeit ausreichend erreicht werden. Ersatzweiser Freiheitsentzug scheidet hier aus. Durch diese Ordnungswidrigkeitstatbestände ist das neue Gesetz also flexibler geworden.

Bei vielen Strafanzeigen wird häufig der Fehler gemacht, daß schon die Tatbestände nicht genügend konkretisiert

werden. Wie soll das Gericht eine richtige Entscheidung fällen, wenn bereits der Tatbestand unklar ist, wenn keine Zeugenaussagen festgehalten wurden oder wenn das Beweismaterial (wie z.B. die 2 Dias bei der einen "Schwanenaffäre"- AG Ingolstadt: AZ 44 Ns 206/68) nahezu unbrauchbar sind? Es sollte stets darauf geachtet werden, daß etwaige Beweismittel sichergestellt werden und der Tatbestand jeweils genau erhoben wird, dazu gehört beispielsweise auch die Sektion und Erstattung eines genauen Protokolls der Verletzungen etc.

Auch wäre zu fordern, daß in Prozessen, in denen es um Tiere geht, dem Gericht exakte Gutachten vorgelegt werden. Es genügt einfach nicht, nur festzustellen, daß das Tier in einem zu kleinen Käfig oder Raum untergebracht wurde, sondern hier fehlt die Angabe genauer Maße und welche Mindestmaße erforderlich wären, damit sich das Gericht an Hand der Akten auch genaue Vorstellungen machen kann. (LG Berlin: AZ 57 Os 19/65 und LG Verden: AZ 5 Js 1441/65).

Ebenso müßten die Anschuldigungen bei Erstattung einer Strafanzeige genau, d.h. möglichst nach dem Wortlaut des übertretenen Gesetzes formuliert werden (z.B. nicht nur "schlechte Hundehaltung" vorwerfen, sondern den Tierhalter in der Strafanzeige beschuldigen, daß er seinem Hund keine "ihm angemessene artgemäße Nahrung und Pflege sowie verhaltensgerechte Unterbringung gewährt" (LG Schweinfurt: AZ 1 a Js 1879/67 jug).

Wenn z.B. einem Schwan der Kopf mit einem Küchensägemesser abgeschnitten wurde, so handelt es sich doch zweifellos um eine unnötige Tierquälerei und rohe Mißhandlung, die einer gefühllosen Gesinnung entspringt. Warum also nur Strafanzeige wegen Sachbeschädigung (und Freispruch)? Die Tötung oder Verletzung eines fremden

Tieres stellt sich zwar nach § 303 StGB begrifflich als Sachbeschädigung dar, aber sie ist regelmäßig, sofern der Vorgang mit Quälerei oder Mißhandlung verbunden ist, nach dem Tierschutzgesetz als Spezialgesetz zu bestrafen (5,13,23).

Die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung ist durch die Einhebung einer Klage bedingt (Anklageprinzip). Zur Erhebung der öffentlichen Klage ist die Staatsanwaltschaft berufen und wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung vorliegen, auch verpflichtet (Legalitätsprinzip). Bei geringfügigen Delikten kann mit Zustimmung des Gerichts von einer Anklage abgesehen werden. Nach § 153 Absatz 1 Strafprozessordnung werden Übertretungen nicht verfolgt, wenn die Schuld des Täters gering ist, es sei denn, daß ein öffentliches Interesse an der gerichtlichen Entscheidung besteht.

Meines Erachtens bestehen bei derartigen Delikten gegen das Tierschutzgesetz, wie hier in einigen Beispielen angeführt wurde, durchaus ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung und zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung, aber trotzdem scheint es fast die Regel bei Tierquälereien zu sein, daß die Ermittlungen eingestellt werden, da "die Schuld des Täters gering ist". Kann man wirklich von einer geringen Schuld sprechen, wenn ein Tierhalter seinem Hund als Schutz nur m.o.w. lose aufeinander gelegte Bretter oder eine alte Autokarosserie bietet; wenn er seinen Hund mit einem Beil oder die Katze des Nachbarn ohne besonderen Grund tötet?

Wenn ein Tierhalter wegen Vernachlässigung in der Haltung seiner Tiere angezeigt oder bestraft wurde, so müßten ihm einerseits besondere Auflagen gemacht werden (etwa eine Hundehütte von bestimmten Ausmaßen zu bauen) und andererseits muß auch durch Kontrollen gewährleistet sein, daß er seinen Tieren nicht nur vorübergehend sondern auch auf die

Dauer bessere Nahrung, Pflege und Unterbringung gewährt. Mit solchen unangemeldeten und in unregelmäßigen Abständen erfolgenden Kontrollen wären entweder die Polizeibehörden oder Tierschutzbehörden zu beauftragen. Es muß sich nicht um Angehörige der Behörden handeln, sondern es können dazu besondere Personen beauftragt werden, die aber eine gewisse Sachkenntnis haben und unbefangen urteilen müssen.

Tierhaltung in Mietwohnungen

=====

Für die Frage der Tierhaltung in Mietwohnungen gibt es keine höchstrichterliche Rechtssprechung, sondern nur eine Vielzahl von teilweise recht unterschiedlichen Urteilen. So führt diese Frage immer wieder zu Streitigkeiten und wird verschieden beurteilt.

ENNULAT und ZOEBE (5) stellen 7 Regeln dazu auf:

1. Die Frage der Tierhaltung in der Mietwohnung betrifft nur Hunde und Katzen; ein Verbot ist grundsätzlich nicht verfassungswidrig.
(Wilde gefährliche Tiere dürfen schon gemäß § 367, Nr. 11 StGB nicht gehalten werden. Kleintiere, z.B. Vögel und Fische, die innerhalb der geschlossenen Wohnung in geschlossenen Behältnissen leben, fallen nicht darunter, da sie nicht störend in Erscheinung treten können.)
2. Wenn die Tierhaltung erlaubt ist, kann eine Abschaffung nur bei ganz ungewöhnlicher Belästigung verlangt werden.
(Der Vermieter kann wegen einer normalen Behelligung die Genehmigung nicht plötzlich wieder zurückziehen!)
3. Wenn die Tierhaltung vertraglich verboten ist, kann der Mieter nur den guten Willen des Vermieters ansprechen oder ausziehen.
(Vertrag ist eben Vertrag; hier bedarf es zur Haltung eines Hundes oder einer Katze einer ausdrücklichen schriftlichen Erlaubnis des Vermieters, die aber nicht erzwungen werden kann.)
4. Wenn der Mietvertrag schweigt, ist die Tierhaltung grundsätzlich erlaubt und darf nur beim Auftreten ungewöhnlicher Mißstände verboten werden.

(Der Vermieter und die anderen Mieter müssen also normale Behelligungen ertragen.)

5. Die Erlaubnis zur Tierhaltung kann vom Vermieter nur in Ausnahmefällen erzwungen, meist muß sie erbeten werden. Wenn sie jedoch erteilt wird, ist sie regelmäßig unwiderruflich.
(Wenn die Tierhaltung von der Zustimmung des Vermieters abhängig ist und erlaubt wurde, kann sie nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes widerrufen werden.)
6. Die stillschweigende Duldung der Tierhaltung entspricht einer Erlaubnis; sie kann ohne wichtigen Grund nicht widerrufen werden.
7. In Eigentumswohnungen ist die Tierhaltung meist so lange erlaubt, bis sie das Maß des ordnungsgemäßen Gebrauchs überschreitet und sich als Belästigung der übrigen Wohnungseigentümer darstellt.

Es müßte in das BGB aufgenommen werden, daß ein Vermieter dem Mieter die Haltung von Haustieren nur dann verbieten darf, wenn dadurch die Rechte anderer in besonderem Maße beeinträchtigt würden. Eine derartige Bestimmung ist dringend notwendig, wegen der Unsicherheit, die auf diesem Gebiet durch die unterschiedlichen Gerichtsurteile herrscht. Viele hunde- und katzenfreundliche Mieter leiden unter den Abschaffungsforderungen unvernünftiger Hauseigentümer oder Grundstücksgesellschaften.

Es darf nicht sein, daß z.B. ein Vermieter (der u.U. sogar nicht einmal selbst im Hause wohnt) willkürlich und ohne daß sich die anderen Hausbewohner beschwert haben, die Haltung eines Hundes oder einer Katze plötzlich verbietet.

In dem hier angeführten Verfahren (LG Düsseldorf: AZ 12 S 177/59) wurde die Katze nur innerhalb der Appartementwohnung gehalten, d.h. dadurch wurde kein Mieter irgendwie beeinträchtigt. 5 Monate lang nahm auch die Klägerin keinerlei Anstoß, bis sie plötzlich die Abschaffung des Tieres verlangte, da der Mietvertrag "das Halten von Haustieren nicht gestattet und in Ausnahmefällen eine schriftliche Zustimmung des Mieters erfordert". Obwohl die Mieter beabsichtigten, in Kürze eine andere Wohnung zu beziehen, blieb für sie trotz Berufung, Antrag auf Vollstreckungsschutz und Verfassungsbeschwerde die Haltung der Katze verboten. Hier urteilte das Gericht m.E. völlig falsch. Wenn die Tierhaltung laut Mietvertrag untersagt oder von der Zustimmung des Vermieters abhängig ist, so müssen sich die Mieter daran halten (es bleibt ihnen ja freigestellt sich eine andere Wohnung zu suchen). Wenn aber die Haltung eines Haustieres bereits 5 Monate stillschweigend aber wesentlich geduldet wurde, so dürfte die Haltung nicht plötzlich wieder verboten werden; das kommt fast einer Kündigung gleich, denn kaum ein Tierhalter wird deshalb sein Tier hergeben oder töten lassen. Da hier jedoch nicht die geringsten Beeinträchtigungen vorlagen, hätte das Gericht zumindest für die Zeit bis zum Umzug, u.U. sogar innerhalb einer bestimmten Frist, die Haltung der Katze gestatten müssen. Auch wenn das Halten von der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Vermieters abhängig gemacht wird, so sollte doch gesetzlich verankert werden, daß grundsätzlich eine Zustimmung nicht verweigert werden kann, wenn keine Beeinträchtigung der Mietsache oder größere Belästigungen anderer Hausbewohner zu erwarten sind. Sollen diese Beeinträchtigungen oder Belästigungen wider Erwarten doch eintreten, so kann eine Zustimmung auch wieder zurückgenommen werden. Soweit sich die Anzahl und Art der Tiere in üblichen Grenzen hält, müßte die Haltung von Vögeln und kleinen Tieren in Terrarien und Aquarien von einer Genehmigung ausgenommen sein.

Das Fehlen einer Rechtssprechungssammlung in Tierschutzfragen trägt dazu bei, die Einheitlichkeit der Rechtsprechung zu erschweren. Man sollte z.B. alle Gerichtsverfahren, in denen es um Tiere geht, unter bestimmten Stichworten (wie etwa Forderungen beim Kauf, Haltungsverbot in Mietwohnungen, Vernachlässigung in der Haltung, Tierquälerei usw.) registrieren. Besser wäre es noch, wenn die entsprechenden Aktenzeichen mit kurzem Sachverhalt oder sogar Urteilsabschriften an alle einschlägigen Institutionen, wie tierärztliche Fakultäten bzw. Institute für Gerichtliche Tiermedizin oder Tierschutzbehörden gesandt würden, um eine bessere Übersicht zu gewährleisten. Es könnte auch eine diesbezügliche Dokumentation bei den statistischen Landesämtern angestrebt werden.

Es ist wohl schwer zu ändern und grundsätzlich auch gar nichts daran auszusetzen, wenn das Tier im Gesetz als Sache behandelt wird, solange der Prozeßablauf jeweils dem Tier als Lebewesen angepaßt wird. Es muß dabei aber das Tierschutzgesetz auch wirklich befolgt und Verstöße gegen dieses Gesetz verfolgt und angemessen bestraft werden!

Bei zivilrechtlichen bzw. strafrechtlichen Verfahren sollte beim Verhandlungsgegenstand "Tier" deshalb nicht nur eine Seite, sondern grundsätzlich beide Begriffe "Sache" (BGB) und "Lebewesen" (Tierschutzgesetz) berücksichtigt werden.

E. ZUSAMMENFASSUNG

Anhand der hier vorliegenden Akten wurde die unterschiedliche Behandlung des Tieres im Zivilrecht und im Strafrecht aufgezeigt.

Den Begriff "Tier" als juristisch selbständigen Gattungsbegriff neben die Begriffe "Mensch" und "Sache" zu stellen, ergäbe Schwierigkeiten für die gesamte Rechtsordnung, da das Bürgerliche Gesetzbuch nur zwischen Personen und Sachen unterscheidet. Ein Tier als "Person" wäre rechtsfähig und somit Träger von Rechten und Pflichten. Nur ein Tier als "Sache" kann z.B. Gegenstand des Besitzes sein und gekauft und verkauft werden.

Es ist vom tierschützerischen Standpunkt praktisch ohne Bedeutung, welche Stellung dem Tier auf dem zivilrechtlichen Sektor gegeben wird, solange entsprechende strafrechtliche Vorschriften zum Schutze der Tiere vorhanden sind und vor allem auch beachtet werden. Auch muß der gesamte Prozeßablauf dem Tier als Lebewesen angepaßt werden.

Eine Rechtssprechungssammlung in Tierschutzfragen wäre anzustreben, da durch sie eine bessere Übersicht gewährleistet würde und die bestehende Rechtsunsicherheit durch die unterschiedlichen Gerichtsurteile verringert würde.

SUMMARY

The different treatment of animals in "Zivilrecht" and "Strafrecht" is demonstrated here in the preceding documents.

Jurisdictional difficulties arise when one attempts to place the term "animal" as a self-evident generic notion next to the terms "person" and "thing", as the "Bürgerliche Gesetzbuch" only differentiates between "person" and "thing". An animal as "person" would be a legally competent being consequently having legal rights and duties. Only an animal as "thing" can, for example, be the object of an owner and hence be bought and sold.

It is not important for the protection of animals which legal position is given to the animal, as long as the necessary and proper regulations under criminal law are applied and carried out for the protection of the animal. In addition, the entire procedure must recognize the animal as a "living being".

It is therefore necessary that legal decisions regarding animal protection be recorded and collected. A better survey of legal cases would be then guaranteed, and the resulting legal uncertainties and decision differences thereby reduced.

F. LITERATURVERZEICHNIS

- 1 v. Bary S. Das Jagdrecht im Lande Bayern, Verlag Paul Parey, Hamburg, Berlin 1972
- 2 Beissenhirtz W. Ein Wort an die Besucher von Laientiergärten, Das Recht der Tiere, 3/4, (1960), 45
- 3 --- Bürgerliches Gesetzbuch 1896
- 4 Eikmeier H. Forens. Fragen bei Pferdekauf, tierärzt. Praxis 2 (1974), 51
- 5 Ennulat, Zoebe G. Das Tier im neuen Recht, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1972
- 6 Forsthoff Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Beck Verlag, München, Berlin, 1971
zitiert in Lorz (13)
- 7 Fröhner E.,
Neumann-Kleinpaul K.,
Dobberstein J. Gerichtliche Tierheilkunde, Verlag Paul Parey, Berlin, 1955
- 8 Gerold H. Tierschutz - Dokumente zu den Beratungen im Bundestag, Athenäum Verlag, Frankfurt, 1972
- 9 Gunst D. Das Tier im privaten Recht, Information Deutsche Tierfreunde e.V. 3 (1961), 4
- 10 --- Kaiserliche Verordnung, 1899
BGB
- 10a Kotter L. Vom Recht des Tieres, Bayerisches Tierärzteblatt 3, (1966), 55

- 11 Krebs H. Vor und nach der Jägerprüfung,
F.C.Meyer Verlag, München, 1971
- 12 Lorz A. Naturschutz Tierschutz Jagdrecht,
C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung,
München, 1967
- 13 Lorz A. Tierschutzgesetz Kommentar, C.H.Beck'-
sche Verlagsbuchhandlung, München, 1973
- 14 Model O., Staatsbürgertaschenbuch, C.H. Beck'-
Creifelds C. sche Verlagsbuchhandlung, München
1972,
- 15 Nüßlein F. Jagdkunde, BLV Verlagsgesellschaft,
München, 1971
- 16 Palandt O. Bürgerliches Gesetzbuch Kurzkommentar,
C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung,
München, Berlin 1966
- 17 --- Reichstierschutzgesetz 1933
- 18 Schmidt J. Zur Frage der Hundehaltung in Miet-
wohnungen, Merkblatt 460 des Deut-
schen Tierschutzbundes
- 19 Schmidt O.C. Verurteilung eines Hundehändlers,
Deutsches Tierärzteblatt, 7 (1974), 366
- 20 Schwarz H. Das Tier im privaten Recht, Stellung-
nahme zu Gunst (9), Information
Deutsche Tierfreunde e.V., 4 (1961), 8
- 21 Spitaler Das Recht der Tiere, 1/2, (1960)
zitiert in Stolting, Zoebe (23)

- | | | |
|----|--------------------------|--|
| 22 | Staudinger | Kommentar zum BGB |
| 23 | Stolting H.,
Zoebe G. | Das Tier im Recht, Wilhelm Limpert
Verlag, Frankfurt/Main, Wien, 1962 |
| 24 | --- | Tierschutzgesetz 1972 |
| 25 | --- | Verordnung über das Halten von Hunden
im Freien 1975 |
| 26 | --- | Viehseuchengesetz 1969 |

Herrn Prof. Dr.H. KRAFT danke ich aufrichtig für die Überlassung des Themas, die stets gewährte Unterstützung und die wertvollen Anregungen.

Dank sagen möchte ich an dieser Stelle auch Frau G. NIERBAUER vom Tierschutzverein Schweinfurt für die Beschaffung von Aktenzeichen und Gerichtsunterlagen, sowie Herrn E. HEPP, den Archivar des Bundes gegen den Mißbrauch der Tiere, Herrn R. SPOHR von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierschutz und dem leider inzwischen verstorbenen Herrn Dr. W. BEISSENHIRTZ für ihre wertvollen Mitteilungen und Hinweise zu diesem Thema.

LEBENS LAUF

Am 8. September 1947 wurde ich, Susanne Schmidt, als Kind des Maschineningenieurs Eugen Schmidt und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Baumgart, in Rosenheim geboren.

Von 1953 bis 1957 besuchte ich die Volksschule in Raubling, Kreis Rosenheim und wechselte dann über in das Humanistische Gymnasium Rosenheim.

1960 zogen meine Eltern nach Ehingen/Donau, wo ich im Herbst 1966 das Abitur am Humanistischen Gymnasium ablegte.

Im Sommersemester 1967 begann ich mein Tiermedizin-Studium an der Tierärztlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Im Frühjahr 1969 bestand ich die tierärztliche Vorprüfung und im Herbst 1972 die tierärztliche Prüfung. Meine Bestallung als Tierärztin erhielt ich am 24. November 1972.

Im Februar 1971 heiratete ich Josef Kobler, Tierarzt.

